



Wortprotokoll

der 3. Sitzung vom 16. Dezember 2003

Resoconto integrale

della seduta n. 3 del 16 dicembre 2003

XIII. Legislatur
XIII. Legislatura
2004 - 2008



**SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO**

SEDUTA 3. SITZUNG

16.12.2003

INHALTSVERZEICHNIS

Wahl des Landeshauptmannes/der Landes-
hauptfrau.Seite 3

INDICE

Elezione del/della Presidente della Provincia.
..... pag. 3

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

Dr. RICHARD THEINER

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

ORE 10.04 UHR

(Namensaufruf – Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

PÜRSTALLER (Sekretär - SVP): *(Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale)*

PRÄSIDENT: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Die Mitteilungen gelten im Sinne des im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden erzielten Einvernehmens als verlesen und werden dem Wortprotokoll beigelegt.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Laimer und Lamprecht (nachm.) entschuldigt.

Punkt 1 der Tagesordnung: "**Wahl des Landeshauptmannes/der Landeshauptfrau**" (Fortsetzung).

Punto 1) dell'ordine del giorno: "**Elezione del/della Presidente della Provincia**" (continuazione).

Ich erinnere daran, dass die Behandlung dieses Punktes in der vergangenen Landtagssitzung vom 12.12.2003 nach der Verlesung der Regierungserklärung durch den designierten Landeshauptmann, Abgeordneten Durnwalder, unterbrochen worden war. Die Behandlung des Tagesordnungspunktes wird somit heute mit der Debatte zur Regierungserklärung fortgesetzt. Ich erinnere auch daran, dass im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden vereinbart worden ist, jedem/jeder Abgeordneten für seine/ihre Stellungnahme im Rahmen von maximal zwei Wortmeldungen eine Redezeit von 1 Stunde und, nach Replik von Seiten des designierten Landeshauptmannes, weitere 10 Minuten für die Stimmabgabeerklärung einzuräumen.

Das Wort hat die Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ (UFS): Es wäre mir natürlich lieb, Herr vorläufiger Präsident, wenn der nicht vorläufige Landeshauptmann da wäre. Ich bitte Sie deshalb uns zu sagen, ob er kommt, denn wir haben das Recht, dass er uns zuhört, so wie er das Recht hat, dass wir ihm zuhören. Ich bin zwar früher weggegangen, weil ich etwas Wichtige-

res zu tun hatte, aber ich ersuche Sie mir zu sagen, wie lange wir warten müssen. Ich werde mit der Rede erst dann beginnen, wenn er anwesend ist.

PRÄSIDENT: Ich bin nicht in Kenntnis, wie spät der Landeshauptmann eintreffen wird. Ihr Antrag ist natürlich begründet und deshalb unterbreche ich die Sitzung für 10 Minuten.

ORE 10.11 UHR

ORE 10.21 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.
Frau Klotz, Sie haben das Wort.

KLOTZ (UFS): Vorläufiger Herr Präsident! Nicht vorläufiger Herr designierter Landeshauptmann! Nicht immer sehr wertere Kolleginnen und Kollegen! Ich finde diese Regierungserklärung regelrecht angemessen, und zwar empfinde ich sie der derzeitigen politischen Situation, der derzeitigen Situation des Landtages angemessen. Ich finde sie der Befindlichkeit der wahrscheinlichen Landesregierung angemessen. Ich finde sie der Persönlichkeit der voraussichtlichen Regierungsmitglieder angemessen.

Und so beginne ich mit dem, was mir in dieser angemessenen Regierungserklärung als wichtigste Botschaft erscheint. Da ist eigentlich die Kernaussage, da ist eigentlich wohl das Hauptprogramm für diese Legislatur angegeben. Es heißt zwar "zu guter Letzt", aber diese paar Sätze erscheinen mir eigentlich als diejenigen Leitlinien, auf die wir uns gefasst machen sollten. Es ist hier, so wie auch am Anfang, von den politischen Absichten und Plänen im Koalitionsabkommen der Regierungsparteien die Rede. In vielen Zusammenhängen wird auf dieses Koalitionsabkommen verwiesen, sozusagen als Entschuldigung dafür, dass in dieser Regierungserklärung nicht viel Konkretes steht. Die ganz große Frage erhebt sich aber, wenn dauernd auf das Koalitionsabkommen verwiesen wird. Warum wird uns das dann nicht allen ausgehändigt? Ich bin überzeugt, dass nicht einmal alle Angehörigen der Regierungsparteien wissen, was konkret drinnen steht. Wenn in einer Regierungserklärung, die für den ganzen Landtag gemacht ist - schließlich ist es der Landtag und nicht das braune Haus in der Brennerstraße, das, theoretisch zumindest, offiziell die Regierungsmitglieder bestellt -, ... Deshalb ist es im Grunde genommen eine Zumutung, dass hier immer wieder auf ein Geheimpapier verwiesen wird, von dem wir eigentlich keine Ahnung haben.

Symptomatisch und wegweisend ist dann folgender Satz enthalten: *"Es findet also im Regierungsprogramm vieles nicht die gebührende Erwähnung, weil ich mich voll und ganz hinter das Koalitionsabkommen stelle und ich meine Anliegen auch*

dort eingebracht habe". Welche Anliegen sind das konkret? Ich komme dann im Detail auf einige Fragen zurück. Dürfen wir nicht wissen, was da drinnen steht? Warum dürfen wir es nicht wissen? Dann steht weiters: *"Dies soll auch als Zeichen und gleichzeitig als fester Wille ausgelegt werden, dass sich im Regierungsprogramm und in meinen Zusatzklärungen alle finden und somit alle vertreten fühlen können und dass all unsere Kräfte sprachgruppenübergreifend und in einer einzigen gemeinsamen Anstrengung unserem Projekt Südtirol gelten"*. Wer sind alle? Wir sind es bestimmt nicht, denn wir kennen diesen wesentlichen Teil der Abmachungen, auf den hier immer wieder Bezug genommen wird nicht. Infolgedessen also ist das entweder eine Ignoranz oder es drückt das aus, was man von uns Oppositionellen hält. Wir sind einige wenige, aber wir werden unsere Arbeit tun, auch wenn wir nicht alle Details bzw. sehr wenige Details kennen.

Dann kommt ein sehr denkwürdiger Satz: *"Ich werde auf alle zugehen, wünsche mir aber auch, dass die mir übertragene Hauptverantwortung respektiert wird, aus der mir die Verpflichtung zu Entscheidungen aus der Sicht des Gesamtinteresses erwachsen"*. Also, das ist sozusagen die Forderung nach einem Ermächtigungsdekret. Im Grunde ist das das Ermächtigungsdekret. Einen solchen Anspruch auf Machtfülle und auch auf Alleingänge im Grunde genommen, dass die ihm übertragene Hauptverantwortung respektiert ist, aus der ihm die Verpflichtung zu Entscheidungen aus der Sicht des Gesamtinteresses erwachsen, habe ich noch in keiner Regierungserklärung, auch in den bisherigen Regierungserklärungen von Luis Durnwalder nicht gefunden. Werte voraussichtliche Landesregierungsmitglieder! Ich hoffe Ihr versteht, was das bedeutet! Alle diejenigen, die sich noch einen Rest demokratischen Selbstverständnisses bewahrt haben, sollten diesen Satz einmal genau durchdenken und zu Ende denken, was das bedeutet und heißt. Deswegen habe ich gesagt, dass diese Regierungserklärung durchaus der Situation, wie sie sich darstellt, angemessen ist. Das heißt einmal, wir wissen zwar wie viele Landesregierungsmitglieder es sein werden, man weiß aber noch nicht welcher/welche voraussichtliche Landesrat/Landesrätin welche Kompetenzen bekommen soll. Dass man das nicht weiß, ist eigentlich prekär. Das steht für die Beliebigkeit in der Politik, meine Damen und Herren!

Hier gibt es den ersten großen Vorwurf. Wenn hier einer sagt, man solle respektieren, dass er die Hauptverantwortung trägt, warum verringert dann die Landesregierung die Mitglieder nicht? Wir haben immer den Vorschlag von 7 Landesregierungsmitgliedern gemacht, und das wäre mehr als genug. 7 Mitglieder sind genug. Ich bin realistisch überzeugt, und ich übertreibe nicht, dass 5 Mitglieder mehr als genug sind. Im Grunde genommen steht hier eigentlich, dass sich ein einziger für allgenügend hält. Das steht in diesem Satz. Einer genügt dem Land, genügt dem Landtag, genügt der Landesregierung. Das ist die Aussage! Infolgedessen kann ich nur sagen, werte voraussichtliche Landesregierungsmitglieder, dass ich Euch menschlich, charakterlich nicht verstehe. Ihr schweigt, Ihr hängt alle brav die Köpfe, wahrscheinlich werdet Ihr dann auch noch irgendwann einmal nicken. Ich verstehe nicht, was Ihr Euch

da eigentlich zumuten lässt! So wie wir gehört haben, weiß nur einer, dass er die Kultur bekommt, aber alle anderen anscheinend ... Frau Gnechi weiß, dass sie halt, zu was auch immer, die Industrie noch dazubekommt. Aber ansonsten, glaube ich, wissen die voraussichtlichen Landesregierungsmitglieder selbst noch nicht, was sie bekommen. Vielleicht ist der brave Florian Mussner jener, der noch einigermaßen weiß, was er sicher oder sehr wahrscheinlich bekommt. In einer solchen Situation sollen wir Wertungen abgeben, sollen wir etwas ernst nehmen, von dem wir nicht wissen, wer es dann morgen verwalten und gestalten soll, und wo einer sagt: "Aber die Hauptverantwortung habe ich". Und das soll man bitte sehr respektieren?

Ich komme nun aber zu einigen konkreten Fragen. So wie ich den nicht vorläufigen, den sichereren Landeshauptmann kenne, wird er mir darauf schon antworten, denn er hat eigentlich auf die meisten Fragen, die aus den Reihen der Opposition gekommen sind, geantwortet. Ganz konkret folgende Frage: Was ist das Projekt Südtirol? Die Regierungserklärung beginnt auf Seite 2 mit dem Begriff "Projekt Südtirol". Hier steht: *"Ich möchte in dieser Regierungserklärung nicht die Reihe von Vorhaben in den einzelnen Bereichen aufzählen, die in ihrer Gesamtheit das Projekt Südtirol ergeben, sondern lediglich mit einigen Kernaussagen das unterstreichen, also Förderung der Lebensbedingungen für alle, blühende Wirtschaft, Sicherung des Rechtes auf Arbeit, Chancengleichheit, soziale Aspekte usw."* Was ist konkret das Projekt Südtirol? Die Regierungserklärung beginnt auf Seite 2 mit dem Projekt Südtirol und endet auf Seite 43 mit dem Projekt Südtirol. Dann steht weiters: *"Die Kräfte bündeln in einer einzigen gemeinsamen Anstrengung, die sollen der Anstrengung Projekt Südtirol gelten"*. Ich möchte jetzt ein wenig konkreter wissen, was das Projekt Südtirol ausmacht und was man darunter versteht.

Wir hören immer wieder - auch das ist sehr, sehr schwammig und für mich nicht klar - von der dynamischen Autonomie. Dann ist irgendwo von den kleinen Vaterländern die Rede. Da ist auch zu hinterfragen, was die kleinen Vaterländer sind. Sind das die Nationalstaaten? Sind das neue Gebilde? Sind das, von mir aus, Regionen? Wir reden seit langem vom Europa der Regionen, das wir anstreben. Wir haben dies auch für eine Europaregion Tirol getan. Man kann sich sicher auf verschiedene Ziele festlegen, ein Ziel sollte uns aber genannt werden. Das Projekt Südtirol ist ein Ziel, das nicht näher erklärt ist. Das ist ein Etikett. Wenn ich aber ein Etikett sehe, dann bin ich natürlich neugierig, was dahinter steckt. Mit einem Etikett allein ist es nicht getan. Ich weiß schon, dass man uns eigentlich sagen will: Ihr werdet dann schon noch sehen! Wie gesagt, das alles, auch diese Wortfetzen hier und diese Hinweise geben keinen Rückschluss auf irgendetwas Konkretes, lassen keine konkreten Rückschlüsse zu und man versteht nicht, was diese Landesregierung konkret will, weshalb ich glaube, dass damit einfach gesagt ist, dass alles so bleiben soll, wie es ist.

Es geht um die Machterhaltung vor allem einer Partei. Es geht um das Mitnaschen einiger weniger hier. Vielleicht ist das das Projekt Südtirol und im Übrigen eben, dass man sich möglichst wenig Gedanken darüber macht, was die Zukunft

bringt. Was streben wir an? Ziele kann ich hier keine ausmachen. Ein konkretes politisches Ziel oder irgendein klares Projekt kann ich hier nicht ausmachen. Welche Zukunft für Südtirol stellt man sich vor? In dieser Erklärung finde ich keine Antwort darauf, wie man sich die Zukunft Südtirols vorstellt bzw. ob man ein Konzept hat. Das möchte ich wissen. Gibt es ein Konzept, ein Ziel für Südtirol? Wohin soll es gehen? Mehr und mehr ins Alto Adige oder in eine Europaregion Tirol? Soll die Altoatesinierung oder das Tiroler Element gestärkt werden? Das möchte ich ganz gerne wissen.

Auf Seite 1 ist die Rede von durchschaubaren Entscheidungen nahe an den Bedürfnissen der Bevölkerung und entgegen jeglicher nationalistischer Einstellung. Vollkommen einverstanden! Sind Sie sich aber dessen bewusst, was Sie hier sagen? Wenn Sie diese Forderung erheben, wenn Sie diesen Anspruch stellen, dann müssen Sie zuallererst den Abgeordneten Holzmann aus seinem Amt entfernen, denn Alleanza Nazionale hat niemals den nationalistischen Zielen und der nationalistischen Einstellung abgeschworen. Und in vielen Bereichen sehen wir, dass der Nationalismus feierliche Urstände feiert. Wenn Sie das ernst nehmen und wenn es nicht nur so hingeworfen ist, dann haben Sie in diesen fünf Jahren wahrlich zu tun. Wie gesagt, vielleicht macht sich der eine oder die andere doch noch Gedanken darüber.

Mehrfach ist die Rede von der Erarbeitung eines neuen Landesraumordnungs- und Entwicklungsplanes. In welche Richtung? Auch darauf ist auf mehreren Seiten recht unkoordiniert und recht unklar die Rede. Ich möchte wissen, was man sich darunter vorzustellen hat. Nach welchen Vorgaben, in welche Richtung?

Auf Seite 3 ist von der kritischen Begleitung, Anregung und auch Zusammenarbeit mit der Opposition die Rede. Also, bei der Verfolgung der Ziele, eine fähige Opposition, die in ihrer kritischen Begleitung Anregungen gibt und auch zur Zusammenarbeit bereit ist. Und umgekehrt frage ich ganz konkret und umgekehrt zwangsläufig arbeiten wir zusammen. Ich erinnere daran, wie oft wir in den letzten Legislaturperioden die Beschlussfähigkeit gewährleistet haben, wie viele Gesetzentwürfe hier verabschiedet worden sind, das aber nur, weil die Opposition konstruktiv gearbeitet hat. Zum Schluss der Legislaturperiode haben wir das Gesetz über die Unterhaltsvorschußstelle genehmigt, wobei wir immer gesagt haben, dass wir dafür arbeiten, dass es noch auf eine Vorzugsschiene kommt. Und so wie es aussieht, wird dieses Gesetz tatsächlich im Jänner zum Tragen kommen. Mir fehlt aber eine Aussage auch in die andere Richtung. Das hier ist eine ganz großartige Einbahnstraße. Die Opposition soll zur Zusammenarbeit bereit sein, aber auch von der Mehrheit müssen solche Signale der Bereitschaft kommen. Ansonsten bleibt es eine einseitige Angelegenheit.

Auf Seite 5 ist die Rede von der Festigung der Lebensqualität und der Wettbewerbsfähigkeit, von der Erhaltung einer so charakteristischen Kulturlandschaft. Das ist ein großes Wort, ich finde dann aber nicht die konkreten Maßnahmen. Was heißt hier Erhaltung der Kulturlandschaft, wenn in vielen Bereichen Raubbau betrieben wird? Ich bin gespannt, wie sich die voraussichtliche Landesregierung konkret

verhalten wird, wenn es tatsächlich um die Einforderung dieses Anspruches, dieser Ziele geht, wenn sie ernst gemeint sind.

Die Aussagen zu Europa, die Stärkung unserer kulturellen Identität in der sprachlichen Vielfalt, die Freizügigkeit in der EU, die tiefgründigere Erklärung zum Schutz der Grundfreiheiten, ... Was tut man konkret? Die Frage geht an das Mitglied des Ausschusses der Regionen. Was tut das Mitglied des Ausschusses der Regionen, das gleichzeitig sicherer Landeshauptmann ist, ganz konkret, um einmal Aufklärung zu betreiben? Wir wissen, dass in Europa, sei es im Europarat als auch im Europaparlament, in der gesamten europäischen Gemeinschaft über die wahren Hintergründe bzw. auch über die wichtigen Details der Autonomie viel zu wenig informiert worden ist. Das Modell Autonomie geistert in ganz Europa herum, wir wissen aber, welche Alarmsignale es betreffend Wahrung der Grundsäulen, die Proporzansässigkeitsklausel, die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung und dergleichen mehr gegeben hat. Hier braucht es sicher viel, viel mehr Einsatz und auch Leidenschaftlichkeit, diese Säulen zu erhalten.

In diesem Zusammenhang ist dann die Rede von der vertrauensvollen Ausrichtung an die bewährte Unterstützung Wiens. Auch darüber muss ehrlich informiert werden. Ich bin bei den Treffen der Volksparteispitze mit der ÖVP-Spitze bzw. anderen Treffen nicht dabei. Ich weiß nicht, ob dort vielleicht der eine und andere Klartext gesprochen wird. Von dem, was ich aber so höre und weiß, wird viel zu wenig konkret und ehrlich informiert. Auch das ist eine ganz klare Forderung, eine ganz klare Anforderung, ehrlich zu informieren und nicht, dass immer die übliche Schönfärberei "Wir haben eine super Autonomie, kommt alle hierher schauen" zum Ausdruck kommt.

Dann kommt der Satz: "*... mit dem der Wegweisung in ein Europa der kleinen Vaterländer ...*". Was stellt sich Luis Durnwalder ganz konkret unter "kleinen Vaterländern" vor? Ist es das Europa der Nationalstaaten? Soll es ein neues Europa der Regionen werden? Wenn ja, welcher Regionen? Ansonsten ist der Begriff "das Europa der kleinen Vaterländer" eigentlich einzigartig. Der Begriff "die kleinen Vaterländer" kommt in europäischen Texten nicht vor. Deshalb ist er erklärungsbedürftig.

Dann kommen wir zur verstärkten Absprache mit der Regierung und den staatlichen Institutionen. Was heißt hier "verstärkte Absprache"? Entweder gibt es ein klares Mitspracherecht bzw. eine klare Mitentscheidungsbefugnis ... Was soll hier sonst dieser schwammige Begriff "der verstärkten Absprache"? Auch das möchte ich wissen, gerade weil dann die größeren Vorhaben wie beispielsweise der Brennerbasistunnel genannt sind. Was die Alemagna anbelangt, Folgendes: Was ist dort mit der verstärkten Absprache? Gerade bezüglich dieser großen Vorhaben, bei denen wir den Staat bekanntlich nicht binden können. Wie steht es mit der konkreten Mitsprache, mit dem konkreten Mitspracherecht? Wir haben gehört, dass sich Nordtirol sehr bemüht, was die Miteinbeziehung bei Entscheidungen betreffend den Bau des Brennerbasistunnels anbelangt. Darauf hätte ich gerne eine Antwort.

Dann komme ich zum allgegenwärtigen Begriff der dynamischen Autonomie. Was steht am Ende der dynamischen Autonomie? Ich möchte das nach Eurer Meinung oder nach Euren Zielsetzungen wissen. Was steht am Ende der dynamischen Autonomie, ganz konkret? Welche politische Zukunft für Südtirol steht dahinter? Darauf möchte ich schon lange eine Antwort.

Schließlich komme ich zum Trauerspiel Finanzautonomie, das wieder kommt. Die diesbezüglichen Beschlussanträge, die wir in den letzten Legislatur auch wieder eingebracht haben, sind abgelehnt worden. Wir haben volles Verständnis dafür. Natürlich ist es angenehmer, auf Rom zu verweisen. Das böse Rom hebt die Steuern ein, da können wir nichts tun. Leute, wir müssen uns in unser Schicksal fügen! Das ist Kompetenz Roms, aber hier kommt sie wieder, die Finanzautonomie. Ich leite zur Finanzautonomie über. Herrlich! So als gäbe es die Finanzautonomie. Dann steht beim ersten Querstrich: *"... die Absicherung und Stärkung der eigenen Finanzautonomie"*. Wo ist diese große Finanzautonomie?

Dann geht es um die Suche nach neuen Einnahmen, Herr Landeshauptmann! Dann bleibt Ihnen nichts anderes übrig als diese Finanzhoheit tatsächlich anzustreben. Ich würde vorschlagen, sie anzustreben bevor sie uns Rom aufdrängt. Das wäre ehrenvoller und sicher auch besser. Das würde ich vorschlagen. Jetzt ganz konkret die Gretchenfrage, Herr Landeshauptmann: Wie halten Sie es mit der Finanzautonomie?

Wahlreform. Auch diese Aussage ist herrlich. Hier steht: *"Im Koalitionsabkommen sind auch Vereinbarungen über die Reform der Landtagswahlen enthalten"*. Das geht den Landtag etwas an! Das ist nicht Sache von Geheimdokumenten der Regierungspartei! Die Reform der Landtagswahlen betrifft alle Vertreter des Volkes, alle gewählten Volksvertreter und deshalb ist dieser Hinweis eigentlich eine Frechheit! Jetzt wollen wir aber klar wissen, was man hier will.

Dann ist die Rede vom System der Vorzugsstimmen, das dahingehend zu korrigieren ist, dass die Festlegung eines Höchstbetrages für Wahlspesen und die Regelung des Umfangs der Wahlwerbung der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten ermöglicht wird. Ich verstehe diesen Satz praktisch nicht. Was heißt, übertragen auf eine konkrete Regelung, dass das Vorzugsstimmensystem korrigiert wird? Soll dann das Vorzugsstimmensystem abgeschafft werden? Wie anders stellt man sich das vor? Also, ich habe sehr vieles durchgedacht, bin aber nicht draufgekommen, welche Lösung man da konkret könnte anstreben wollen. Das ist mir nicht klar geworden.

Schließlich komme ich auf einen ganz wichtigen Hinweis. Ich möchte vor allen Dingen meine Kolleginnen und Kollegen der Opposition ersuchen, da wachsam zu sein. Hier steht: *"Um die Arbeit des Landtages als das Gesetzgebungsorgan des Landes im Dienste der Wählerschaft zu verbessern und effizienter zu gestalten, ist auch eine Überarbeitung der internen Geschäftsordnung notwendig"*. Bitte, sagt uns gleich, welche Artikel Ihr abändern wollt und in welche Richtung. Schon allein wegen dieses Satzes könnte ich dieses Regierungsprogramm nie und nimmer unterstützen. Es braucht keine Abänderung der Geschäftsordnung! Wir haben in der letzten Legislatur

bereits Einschnitte erlebt, die mehr als scharf gewesen sind. Wir haben gelernt, damit umzugehen und damit zu leben. Es ist uns nicht leicht gefallen, aber gerade in diesem Punkt haben wir gezeigt, dass wir auch zu Kompromissen bereit sind und dass wir auch bereit sind, auf das eine und andere zu verzichten. Es gibt aber eine absolute Schmerzgrenze, was die Grundregeln des Arbeitens in diesem Landtag anbelangt. Da gibt es einfach eine Schmerzgrenze. Ich möchte hier zu höchster Wachsamkeit aufrufen, denn wenn das wieder überarbeitet werden soll, dann bedeutet das zwangsläufig eine Verschlechterung für das Antragsrecht der einzelnen Abgeordneten. Deshalb würde ich Luis Durnwalder ersuchen, Mut zu zeigen und uns klar zu sagen, was er konkret abändern möchte, was ihm vorschwebt.

Schließlich kommen wir zur Schule, die vor neuen Herausforderungen steht. Die Muttersprache, die an oberster Stelle steht, die Angelegenheit der Vorziehung des Italienischunterrichtes liegt inzwischen bei den Gerichten und auch beim Staatsrat. Die wahrscheinliche Landesrätin Kasslatter Mur ist nicht hier. Ich werde ihr betreffend ihrer Willfährigkeit in diesem Bereich dann einmal separat etwas sagen. Wenn hier steht: "..., wobei die Muttersprache an oberster Stelle steht", dann sind einige Dinge zu überdenken. Wir werden dann ganz konkret darauf zu sprechen kommen. Das wird noch ein zeitfüllendes Programm sein. Das wird noch sehr, sehr viele Stunden in Anspruch nehmen.

Schließlich kommt das Thema Toponomastik. Ich will nicht weiß Gott wie lange darüber reden. Die Absage an die wissenschaftlichen Argumente, das grenzt eigentlich an totale Ignoranz. Wie will man diese Frage dann regeln, wenn nicht durch Zuhilfenahme wissenschaftlicher Argumente, wo in aller Welt die wissenschaftlichen Argumente im Vordergrund stehen? Hier ist der Hinweis, dass die historisch gewachsenen deutschen Ortsnamen wieder überall Eingang finden. Die historischen Namen sind nicht immer deutsche Ortsnamen. Nur zwei Drittel der historischen Namen sind deutsche Namen, die anderen Namen sind viel, viel älter. Ich erspare Euch sonst die Vorwürfe, wenn aber eine oder einer von Euch sich die Mühe genommen hätte an der dreitägigen wissenschaftlichen Tagung teilzunehmen, vielleicht auch nur zu einem Referat, dann wüsstet Ihr, welcher Stuss hier steht, wie viel Dummheit, Blödsinn in diesen zehn Zeilen verankert ist. Ich habe den Eindruck, dass vor allen Dingen die Mitglieder der Mehrheit einen großen Bogen um alle wissenschaftlichen Tagungen in diesem Bereich, auch in anderen Bereichen machen, um ja in ihrer vorgefassten Meinung durch Argumente oder durch neue wissenschaftliche Erkenntnis nicht erschüttert zu werden. Die Tagung war unglaublich interessant. Es waren hochkarätige Referenten aus ganz Europa, kann man sagen, hier in Südtirol, bezahlt übrigens vom Land, also mit Steuergeldern, die Einblick in die Entwicklung von Namen gewährt haben, aber nicht nur generell, sondern auch anhand der Beispiele einzelner herausgenommener Namen, deren Entwicklung, deren Entstehung beleuchtet wurde. Ich kann nicht verstehen, dass die Leute diese wissenschaftliche Neugier abgelehnt haben. Das verstehe ich einfach nicht. Reden wir gar nicht vom Intellektuellen, aber von der ganz normalen

menschlichen Neugier her verstehe ich ganz einfach nicht, dass man so tut, als ob wir das nicht bräuchten, weil wir ja Politiker sind. Es ist ein Zeichen von Dummheit, wenn wir denken, dass wir keine Schulungen oder keine wissenschaftlichen Argumente mehr brauchen, denn wir sind die Politiker, die entscheiden! Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz. Lassen wir es bei diesem Ausdruck.

Dann kommt die vernünftige Diskussion, der Respekt vor dem Anspruch aller auf Heimatgefühl und auf dieser Ebene auch vor der geschichtlichen Wahrheit. Ein großes Wort! Ich bin gespannt, wie weit diese geschichtliche Wahrheit dann konkret reichen wird. Anspruch aller auf Heimatgefühl. Die konkrete Frage: Ist damit das Recht auf Imperialismus und kolonialistischem Geist eingeschlossen? Und das Recht auf die Zelebrierung dieses kolonialistischen Geistes? Ist das hier miteinbezogen? Wenn das hier nicht miteinbezogen ist, dann ist die Lösung klar. Dann darf es nicht die Festschreibung von kolonialistischem Geist geben. Dann darf es auch nicht die Festschreibung von gefälschten Namen geben, die einzig und allein zum Zweck der Geschichtsfälschung eingeführt worden sind. Wenn es das Recht auf Geschichtsfälschung und kolonialistischen Geist nicht miteinbezieht, dann ist die Lösung ganz leicht. Dann ist das sehr naheliegend. Dann braucht man nur die entsprechenden UNO-Empfehlungen einzuhalten. Dann braucht man nur die drei faschistischen Dekrete abzuschaffen und dann braucht man endlich nur die Konsequenz haben zu sagen: "Zweisprachigkeit ist nicht gleich Zweinamigkeit". Dann braucht man es nur darauf ankommen zu lassen, dass der Verfassungsgerichtshof ein für allemal sagt, wie er es mit den faschistischen Dekreten in diesem Bereich in Südtirol hält, wenn man dazu den Mut hat. Ich bin gespannt darauf. Es gibt verschiedene Aussagen. Die Ortsnamenfrage sollte man nicht jetzt angehen, denn bei dieser Regierung in Rom usw., ... Der Landeshauptmann hat dem eigentlich bis heute nicht widersprochen. Ich bin dann gespannt, ob wir das im Übrigen nicht zum vierten Mal, sondern zum fünften Mal sehen. 1983 hat das bereits in der Regierungserklärung gestanden, also zum fünften Mal steht es in der Regierungserklärung. Ich bin sehr, sehr gespannt, was das diesmal konkret sagt, ob es dann eine Regelung gibt oder ob wir eigentlich wieder zum Narren gehalten werden.

Etwas Positives sind die Berggebiete. Wesentliche Maßnahmen: *"Die nötigen Voraussetzungen für den Verbleib unserer Bergbauernfamilien in den Berggebieten"*. Das ist richtig und, meines Erachtens, wichtig. Ich bin mit diesem Schwerpunkt einverstanden, also die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Bauernhöfe gerade in den Berggebieten weiterhin bewirtschaftet werden. Es sind einige andere Dinge enthalten, die weniger konkret sind. Ich muss ja nicht zu jedem Bereich etwas sagen. Vieles ist nicht einmal klar genug ausgedrückt, um sich damit auseinander zu setzen.

Schlussendlich komme ich zum Transit. Bei der relativ kurzen Abhandlung fehlt mir eines als Schwerpunkt, nämlich das Recht auf Unversehrtheit. Es gibt ein Recht auf Unversehrtheit in allen einschlägigen Rechten. Das Recht auf Unversehrtheit ist wohl eines der ersten Menschenrechte. Dann ist hier die Rede davon, dass der Verkehr aus den bewohnten Zentren zu verbannen ist. Wir haben das Projekt der

Schnellstraße durch das Pustertal erst kürzlich vorgestellt bekommen. Die ganz konkrete Frage ist: Wie weit soll das jetzt mit dem Ausbau der Straßen gehen? Der Beschlussantrag, der ganz konkret die Bevorzugung der Schiene im Pustertal anbelangt, liegt bereits auf, Herr Landeshauptmann.

Wenn die Julia den Landeshauptmann kurze Zeit nicht bezirzen würde, dann wäre ich dankbar dafür, auch dieses Thema recht ... Julia hat noch fünf Jahre Zeit den Landeshauptmann zu bezirzen. Deshalb bitte ich doch um diese eine Minute noch um Geduld und Aufmerksamkeit.

Ich bitte um eine konkrete Antwort darauf, denn da bedarf es anderer Maßnahmen als der Verbannung aus den Ortskernen, aus den bewohnten Zentren. Wie hält es der Landeshauptmann ganz konkret mit den Maßnahmen für die Verbesserung der Schiene? Ich möchte mich nicht auf das Pustertal beschränken, sondern ich stelle die Frage schon bezogen auf das Land. Als Beispiel nehme ich aber tatsächlich die Schiene im Pustertal her. Ich will mich da nicht wiederholen. Ich habe den Lokalausweis gemacht, und ich muss ganz ehrlich sagen, dass es mich nicht wundert, dass kaum jemand den Zug benützt. Wenn auch noch der Fahrkartenschalter von Innichen weg kommt, dann werden es noch weniger Benutzer sein, aber der Zustand der Bahnhöfe ... Bei den allermeisten Bahnhöfen gibt es nicht einmal einen Fahrkartenautomaten. Es ist ganz einfach dazu da, um den letzten Zugfahrer zu vergraulen und auf die Straße zu zwingen. Deshalb ganz konkret noch eine Gretchenfrage: Sag, wie hältst Du es mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und mit der Übernahme der Eisenbahn dieser regionalen Zweige, vor allen Dingen was das Pustertal anbelangt?

Was die Strecke Meran-Bozen anbelangt, sind Waggons auch überfüllt. Dem muss einfach Rechnung getragen werden, dass diejenigen Züge, die von Schülern, Pendlern, Arbeitern am meisten genutzt werden, auch noch einigermaßen benützlich sind, dass nicht ein Drittel der Fahrgäste stehen muss, sondern dass man in Gottes Namen, wenn man weiß, dass jeden Tag dieser Zug von so und so vielen Leuten benützt wird, dann noch einen Waggon zur Verfügung stellt, denn hier muss man ganz einfach Prioritäten setzen. Es wird nicht anders gehen. Hier wird auf die knapper werdenden Haushaltsmittel verwiesen. Infolgedessen wird man immer mehr auch den Mut haben müssen, Prioritäten zu setzen und andere Dinge, die nicht so wichtig sind, einfach nicht mehr in dem Maße zu fördern, wie es bis jetzt geschehen ist.

Ich komme zum Abschluss. Was hier auch so ziemlich an den Anfang gestellt worden ist, ist die Maxime von Max Weber für politisches Handeln, die Leidenschaft, das Verantwortungsbewusstsein und der Weitblick. Noch einmal die Frage: Wo sind die Projekte? Was strebt man für Südtirol an? Welche politische Zukunft Südtirols? Wo ist das Recht auf Unversehrtheit als Kernrecht, als Kerngedanke, als Schwerpunkt, wenn es um das Verantwortungsbewusstsein geht? Gemessen am Recht auf Unversehrtheit, also auf die Gesundheit ist alles andere nämlich sehr relativ. Wir sind, leider Gottes, in einer Situation angelangt, wo sehr, sehr vieles hinter diesem Schwerpunkt, hinter dieser Forderung, dem Recht auf Unversehrtheit verblasen wird.

Schließlich der Weitblick, ein großes Wort. Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Weitblick, eine große Aussage. Ich will aber konkret wissen, was das bedeutet. Wo ist der Weitblick, politisch gesehen? Bisher habe ich im parteiischen Hickhack von Weitblick nicht viel gehört, außer der Weitblick beschränkt sich auf diese fünf Jahre, was die Posten anbelangt. In diesen fünf Jahren, nicht ich, werde aber ich so und so diesen Posten haben und 80 und 90 % mehr Gehalt usw. bekommen.

Noch einmal. Der Ausgangspunkt dieser Regierungserklärung ist eine angemessene Regierungserklärung, und zwar der derzeitigen politischen Situation, der derzeitigen Befindlichkeit der voraussichtlichen Landesregierung und der mangelnden, nicht erkennbaren Persönlichkeit der voraussichtlichen Landesregierungsmitglieder angemessen. Wenn Luis Durnwalder ein mutiger Mann wäre, dann hätte er diese Landesregierung, von der wir jetzt gehört haben, was er ganz konkret davon hält, auf 7 Regierungsmitglieder reduziert. Wir hätten Kosten eingespart, wir wären dem Steuerzahler entgegengekommen, Ihr hättet uns Holzmann ersparen können. Die Reduzierung auf 7 Regierungsmitglieder ... Nordtirol hat 8 und Kärnten 7 Regierungsmitglieder, die ganze Schweiz kommt mit 7 Ministern aus. Ich wiederhole nicht, denn unser aller Zeit ist auch kostbar. Im Grunde genommen steht hier aber, dass eigentlich einer auch genügen würde. Infolgedessen, Luis Durnwalder, warst Du, was diese Ausrichtung anbelangt, eigentlich nicht mutig. Du hast den Parteiinteressen nachgegeben, Du hast den niederen Instinkten Deiner Egoisten, den Ambitionen Deiner Leute nachgegeben! Ich weiß nicht, ob es Deine Leute sind. Ich an Deiner Stelle könnte keine Achtung vor solchen Leuten haben, das muss ich ehrlich sagen, die es nur darauf angelegt haben, mitzunaschen und vom Glanz des sogenannten Chefs abzukriegen. Dieses Bild stellt sich uns dar.

Deshalb möchte ich abschließend noch einmal sagen, dass es eine wirklich angemessene Regierungserklärung ist.

SEPPi (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Ho letto con molta attenzione questa relazione programmatica del presidente uscente e devo dire di non aver trovato molta difficoltà nella lettura. E' stata talmente ovvia, impropositiva sotto tutti i punti di vista, atta ad elencare una serie di problematiche che il primo cittadino che passa per strada è in grado con un minimo di mente locale di elencare, quindi tanti sforzi di lettura non dovevano esserci, come del resto ritengo molti sforzi invece ci siano stati nel redarla. E non mi riferisco certamente al fatto che il presidente in pectore non sarebbe in grado di esprimere molto di più di quello che ha espresso qua. Il fatto è che non ha potuto farlo. Il presidente Durnwalder è in una situazione molto difficile, però conoscendo le sue arti di astuzia e abilità politica non so se saprà uscirne. Certamente nessuno è in grado di poterlo sostituire in questa scaltrezza, presato come è da una realtà che gli sta attorno – e mi fa piacere che lo stia pressando, non lo voglio difendere – che parte dal suo partito in cui gli Arbeitnehmer finalmente

forse si faranno sentire. Nella scorsa legislatura sono solo serviti, con l'assessore Saurer, a creare i ticket sanitari. Vedremo se adesso riusciranno a muovere qualcosa.

Non si poteva dire di più in questo programma, anzi non si poteva dire nulla, perché anche verso l'ala sinistra del suo partito non poteva dire nulla, e non l'ha detto. Ma non poteva dire nulla nemmeno di tutto ciò che poteva dire l'altra volta. Ricordo quando Lei presentò la precedente relazione, in cui parlava, con una demagogia veramente qualunquista, ma comunque cara agli anni di piombo dell'Alto Adige, di fascismo, di antifascismo, di ragioni che è meglio lasciare alla storia. La relazione scorsa ne era piena. Considerazioni di questo tipo questa volta non ce ne sono, ma la ragione è questa, non si può andare a cercare scontri con il governo di centrodestra. Allora, non scontri con gli Arbeitnehmer, né con il centrodestra che è al governo romano. D'altra parte però non si può nemmeno cercare di avere delle diatribe interne con una Giunta composta dagli unici due membri eletti del centrosinistra. Quindi ragioni di questo tipo hanno imposto al Presidente Durnwalder di fare una relazione in cui dice tutto e nulla, dice ciò ed elenca problematiche che qualsiasi cittadino di Bolzano passasse per la strada sarebbe in grado di fare.

Mi aspettavo di più, e so che sarebbe stato in grado di fare di più. Evidentemente non l'ha potuto fare. E questo dà il segnale grave di una situazione politica molto accesa, molto triste da un certo punto di vista, non sicuramente dal mio, ma in cui il Presidente Durnwalder ha deciso, e non può fare altro, di navigare a vista, perché c'è un aspetto della situazione molto importante, che è quello che riguarda l'Europa, un'Europa che sta ponendo l'Alto Adige in una condizione disperata in futuro, in cui norme autonomistiche a livello di diritto, di costituzione, di regolamentazione europea si scontrano con quella che è l'Europa. Ed era ora! Ma si scontrano anche con le realtà economiche. Noi abbiamo un'autonomia in Alto Adige che quando si confronta all'estero o in Italia a livello di gare europee, non è in grado di cavare un ragno dal buco, perché è un'economia comunque assistita, nella quale i nostri imprenditori non sono in grado di farlo se non in una condizione di non concorrenza. Quindi quando sorgono quelle menti intelligenti, che creano condizioni di non concorrenzialità su mercato, l'Alto Adige riesce ad uscire da questa situazione. Parliamo di edilizia, quando si tratta di scontrarsi con realtà oggettivamente più grosse, scaltre, affinate in una realtà europea, l'Alto Adige rimane schiacciato. Il Presidente Durnwalder conosce questa situazione meglio di noi, quindi navigare a vista era l'unica soluzione che aveva per uscire da questo empasse, dimostrando di essere in crisi profonda politicamente all'interno del suo partito, all'esterno del suo partito verso sinistra, dove avremo una sindacalista che farà assessore all'industria, cose dell'altro mondo, dove assisteremo a personaggi che non sanno fare una "o" con il bicchiere e che andranno a fare assessori alla cultura, dove assisteremo a condizioni nelle quali non si poteva fare altro che girarsi verso destra, e non si è voluto farlo.

Ecco che quel passaggio iniziale dove dice, collegandosi al senso di responsabilità di cui parlava Max Weber, penso che senso di responsabilità imporrebbe

davvero delle posizioni diverse, ma senso di responsabilità è anche quello di prendere atto dei risultati elettorali e di una realtà verso la quale non poteva fare nulla, e per questo sta navigando a vista. Mancano in questo momento un elenco programmatico di problemi, una sola soluzione verso uno di questi non esiste. Se ci fossero degli accordi di Giunta, ci sarebbero anche delle soluzioni. Se assieme ai colleghi del centrosinistra Lei avesse trovata la possibilità di sapere come vuole la prossima legge elettorale, o la toponomastica, l'avrebbe proposto. Invece non propone nulla, perché gli accordi di Giunta con il centrosinistra li deve ancora fare, nella mancanza di un rispetto totale di quella che è stata la democrazia nei confronti del gruppo linguistico italiano, e quindi si è proposto un governo dove solo due consiglieri sono stati eletti, a differenza del centrodestra che ne ha cinque, ma una mancanza di democrazia anche nei confronti dei risultati elettorali all'interno del Suo partito, caro Presidente, perché questo la collega Klotz non ha avuto il coraggio di dirglielo, ma io glielo dico. E mi creda, Presidente, che se io ho rapporti umani con qualcuno all'interno del Suo partito, li ho con persone che adesso citerò, perché quando parlo di politica, di lavoro, di problemi reali devo anche capire che anche fosse mio fratello, devo prendere atto di determinate situazioni. Non per nulla mi sono sempre dovuto interessare di problematiche aziendali. Quando uno esce dalla vecchia legislatura come assessore e raccoglie delle competenze della massima importanza economica per l'Alto Adige quali l'artigianato, il turismo, il commercio, quindi dovrebbe avere una potenzialità elettorale che lo pone ai primi quattro o cinque posti della classifica delle preferenze, arriva ad aggrapparsi ad uno degli ultimi, significa che ha fallito il suo compito, che gli elettori interpretano che quello non deve più fare l'assessore. Lo direi se fosse mio fratello, anzi avrei la dignità di dirlo di me stesso. Però lo si propone comunque, perché le logiche all'interno del Suo partito per la composizione della Giunta saranno quelle dell'amicizia, della combriccola, della "compagnia di marenada". E' ora che se ne prenda atto anche da questo punto di vista, perché se è vero come è vero che anche uno degli ultimi che si è aggrappato in fondo alla classifica si chiama Saurer, e anche lui sarà di nuovo assessore, è altrettanto vero che lui si è assunto la grossa responsabilità dei ticket sanitari che Lei ha imposto, quindi il prezzo elettorale che ha pagato è alto. Ma c'è una ragione. Io glielo avrei fatto pagare ugualmente questo prezzo, perché un Arbeitnehmer non aveva da assumersi responsabilità né dei ticket né di tasse sulla vecchiaia, ma lo ha fatto, e se paga è conseguenza di essersi assunto una responsabilità che non doveva assumersi.

Presidente, anche nella composizione della Giunta ci sono considerazioni negative che vanno verso le scelte che farà all'interno del Suo partito, ma anche di quelle che ha fatto all'esterno, verso il gruppo italiano che ha dato delle precise indicazioni di voto non discutibili. Il gruppo italiano perde purtroppo due rappresentanti, ma manifesta su sette italiani cinque al centrodestra e due al centrosinistra. E' una scelta di comodo, che imporrà ad una ex sindacalista di fare l'assessore all'industria. Sono sconcertato da questa situazione, perché mi sembra che la Provincia di Bolzano a livello politico sia gestita con poca avvedutezza, sia gestita con la logica della "compa-

gnia di marende” e che sia una situazione sulla quale c’è poco da stare allegri. Ero contento che ci fosse quella famosa associazione femminile all’interno del Suo partito che si stava muovendo in una certa direzione, ho cercato di lanciarla quando, e non me ne voglia la collega Brantsch perché obiettivamente non conosco nessuno, ma ho solo sfruttato un’occasione politica per tentare di creare una spaccatura all’interno della SVP, forse ci sono riuscito, però non era nulla di personale, fosse stata lei al posto della collega Stocker, avrei fatto la stessa cosa. Ma questo ha dimostrato una debolezza all’interno di un partito che in questo momento soffre di problematiche interne di non poco conto. Certo fino ad oggi Lei è stato in grado di farvi fronte, non so fino a quando. Sicuramente non è accettabile che quando esce dicendo, se fosse uscito cinque o dieci anni fa dicendo sul giornale che non era accettabile che un consigliere provinciale eletto potesse essere anche direttore di un’importante associazione artigiana o commerciale o addirittura capo della più grossa formazione sindacale altoatesina e ciò potesse essere considerato ammissibile dal punto di vista politico, demagogico, etico, il giorno dopo sarebbe successo che si sarebbero dimessi dalla loro carica. Ma non lo fanno, perché il suo potere all’interno del partito, la Sua considerazione per questi nuovi eletti è praticamente uguale a zero. E questo è anche un segnale preoccupante, e non solo per Lei, ma per tutta la popolazione.

Vorrei arrivare ad una considerazione più ampia all’interno della Sua relazione. Se non fosse tragica per gli aspetti sociali, se non fosse pesante per gli aspetti politici, potrei, non avendo bisogno di un’ora ma solo trenta secondi, risponderLe in questo modo sulla Sua relazione: “Lieber lachen als krachen”. E’ un nuovo manifesto che hanno esposto per la campagna contro i petardi. Non posso fare altro quando mi aspetto da una persona come Lei una chiara presa di posizione alle problematiche e trovo solo un elenco che avrei potuto farmi fare davanti alla portineria di una qualsiasi fabbrica di Bolzano. E con questo non voglio offendere gli operai delle Acciaierie o della Lancia.

Lei dice “dobbiamo lavorare vicino ai bisogni della gente”. Non vedo nulla in tutte queste prese di posizione che possa essere considerato interesse della gente, che in senso generico è fondato sulla migliore convivenza, sul rispetto reciproco, non sui tentativi di assimilazione. Da cinque anni sento parlare in quest’aula di una “italianizzazione strisciante” avvenuta nel periodo anteguerra, di una criminalizzazione di quelle che furono determinate condizioni che in fin dei conti furono migliori di quelle che avvennero in luoghi conquistati da altri Stati in quel periodo. Mi chiedo, Presidente, a quale cultura e a quale italianizzazione si riferisce, nel momento in cui c’è una tedeschizzazione pazzesca. Farò una serie di interrogazioni in chi elencherò tutti gli uffici nei quali se si telefona rispondono “Jo, bitt schian” e dicono nome e cognome in tedesco. Gli uffici pubblici non parlano più in italiano, ma solo in tedesco. A parte che mi meraviglio del perché non abbiate ancora presentato una mozione, problemi in Alto Adige non ce ne sono, quelli del sindaco Salghetti sono le scuri del monumento, forse per Lei il problema più grosso poteva essere la ragione per cui sui pacchetti di sigarette

non viene scritto anche in tedesco che il fumo uccide e che fumare in gravidanza fa male al bambino. Lo dico anche al collega Pöder, perché è stato lui a portare avanti giustamente la questione sui farmaci. Non so perché sulle sigarette dove si scrive solo in italiano non vi siate ancora mossi, forse perché il fumo agli altoatesini non fa male, essendo di un'altra razza come voi pretendete di essere, o forse perché anche se gli fa male fa lo stesso. Mi aspetto una seria presa di posizione perché anche questo è un problema serio che mi sono permesso di segnalarLe, Presidente, perché non l'ho trovato nell'elenco delle sue prese di posizione. Per lo meno su queste avrebbe potuto proporre la soluzione di chiedere al Monopolio di Stato

di scriverlo anche in tedesco e forse non si sarebbe tirato addosso né l'Europa, né il centrodestra che governa Roma, né il centrosinistra che governerà con Lei a livello locale e nemmeno le frange più estreme all'interno del Suo partito, che riconosco essere sempre più vicine al PCI piuttosto che ai DS. Per fortuna sono tranquille e stanno ancora sotto controllo. Speriamo che le donne siano più battagliere. È lì che la voglio, Presidente, sulle pari opportunità, perché su questo discorso non sto scherzando, e allora quando dico che su questi passaggi c'è ipocrisia, lo devo dire, perché se l'avessi scritta io questa relazione non mi sarei permesso di dire che tengo alla pari opportunità fra uomo e donna, perché se non ci credo non posso scriverlo. Però prendo atto che Lei ha fatto uno sforzo anche in questa direzione. Mi raccomando però, quando sarà Presidente della Giunta, la scritta in tedesco anche sulle sigarette!

Presidente, lei vuole buone condizioni di vita per tutti. Ne sono convinto. Le buone condizioni di vita le possiamo anche garantire quando afferma che abbiamo una sanità che si comporta bene. Quando arriva un turista all'ospedale di Bolzano dice che è pulito. Sarebbe come se un avvocato o un notaio invitasse a casa sua un operaio il quale dicesse che ha una bella casa e che è bravo, dimenticandosi che la ricaduta di denaro nella nostra provincia è pari a 22, 23 milioni per abitante, a differenza dei 5 o 6 che raggiunge la Lombardia, il Veneto e altre regioni non a statuto speciale. Farsi vedere belli in queste condizioni è facilissimo. Spiegherò un concetto che ho spiegato a gente per strada. Quando dicevano "ma che bravi che siete", ho detto loro che se in una famiglia entrano 20 milioni al mese, anche se 15, li scialacquo, con cinque milioni al mese sto bene, e nessuno a casa mia può dire di star male. Questa è la realtà dell'Alto Adige, ne avanzano comunque talmente tanti che si può fare bella figura. Ma nel momento in cui si creeranno quelle condizioni, che non auspico, di cui l'ex ministro Costa ha fatto riferimento sui giornali, che sono già un sistema in un'ottica strisciante, intanto hanno buttato lì l'emendamento all'interno della finanziaria nazionale, l'hanno respinto, però intanto l'hanno fatto per la prima volta. Un ex ministro della Repubblica comincia a prendere posizioni sui giornali, cominciano a crearsi dei presupposti. Intanto Le do un'informazione che Lei forse non ha. Un mese fa si sono ritrovati gli albergatori del Veneto in un albergo di Arabba, davanti a dei parlamentari nazionali, e hanno deciso guerra aperta alle province di Trento e Bolzano, perché uno che fa l'albergatore ad Arabba non è in grado di reggere la concorrenza con Corvara e

con altri paesi limitrofi, nel momento in cui questi prendono contributi a pioggia per ogni tipo di lavoro che fanno, ristrutturazione o costruzione, quando in nessuna provincia del Veneto succede. Qual è la garanzia di porsi sul mercato a pari condizioni, in questo caso davanti al turismo, e poter dire di essere concorrenziali con l'Alto Adige? Stanno scoppiando una serie di petardi, intanto sono petardi, ma fra qualche tempo scoppieranno cose più grosse, che io non auspico, perché mi pongo in una condizione difficile nei confronti dei miei elettori. Se dovessi accettare questo tipo di ragionamento mi creerei anche delle antipatie, anche se affermo senza ipocrisia, se fosse dal mio punto di vista sarebbe ora che noi rientrassimo in un certo tipo di ottica. Non possiamo stare meglio di tutti gli altri italiani, né possiamo stare cento volte meglio di tutti gli altri austriaci. Non so quanto sia la distribuzione di denaro da parte della regione Tirolo nei confronti dei suoi residenti, sicuramente non è nemmeno la metà di quella dell'Alto Adige. Faremo i conti.

Buone condizioni di vita per tutti quando una persona che lavora nell'ambiente privato percepisce un salario pari al resto d'Italia quando la vita costa il 20,30 40% in più! Abbiamo creato in qualche modo dei presupposti, per fortuna, affinché l'altissimo numero di dipendenti pubblici dell'Alto Adige, che, diviso per il numero di residenti, crea una condizione per la quale si può affermare che il numero di dipendenti pubblici come in Alto Adige non esiste nemmeno nella Calabria dei mafiosi. Lei non l'ha scritto nella relazione, Presidente, ma abbiamo il più alto numero di dipendenti pubblici in Italia. E come la mettiamo con queste cose? Fa sempre parte di quel ragionamento che se porto a casa 20 milioni al mese e 15 li scialacquo, non se ne accorge nessuno. Ma quando qualcuno mi farà i conti, quando quei 20 milioni che porto a casa al mese diventeranno 12 o 14 e dovrò fare i conti, non potrò più dire che sono bello e bravo, perché lo sono se parto da pari possibilità economiche e arrivo a costruire ciò che gli altri non costruiscono, ma se prendo quattro volte tanto e riesco a fare più di un misero mortale, non sono bravo, sono solo fortunato o capace.

Vorrei adesso fare delle considerazioni punto per punto. Lei dice: *“Rafforzare la qualità della vita e la competitività. Il benessere economico offre opportunità occupazionali per gli altoatesini ma anche per molti cittadini/cittadine provenienti dall'estero.”* Questo benessere di cui Lei parla, è lo stesso di cui stavo parlando io, è il benessere del più alto numero dei dipendenti pubblici in Italia, è il benessere di un'economia ben gestita, finanziaria e assistita dal denaro pubblico, dato quindi solo da fattori legati al regalo pubblico, è un benessere dovuto a quei 15 milioni che non so che fine facciano, ma siccome ne ho altri cinque, non devo rendere conto a nessuno all'interno della mia famiglia. Non è un benessere chiaro, come quello per esempio di cui ho letto oggi sul giornale, e mi fa piacere, in cui lo speck altoatesino è raddoppiato. Questo è un benessere reale, un'azienda specifica dello speck, quindi un ramo specifico dell'economia altoatesina riesce a raddoppiare le sue vendite all'esterno. Questo è positivo. Questo è benessere costruttivo, ma non lo è sicuramente quello dovuto ad un'economia assistenziale e ad un numero di dipendenti pubblici che fa rabbrivire la

Sicilia degli anni legati al ministro Mancini. Il benessere economico si raccoglie raccogliendo nuove sfide, il benessere economico si raccoglie rendendo le aziende dell'Alto Adige realmente concorrenziali sul mercato europeo. Cosa impossibile allo stato attuale. Questo è il conto con la storia che dovrà fare l'Alto Adige da qui a breve. E lì dovremo collaborare tutti affinché questa macchina economica riesca a superare quel guado, perché per me non è in grado di farlo.

Quando Lei prende come primo punto *“favorire l'integrazione sociale dei cittadini stranieri che vengono a lavorare da noi”*, è compito di tutti ma principalmente loro quello di volerla. In una interrogazione a una mia interrogazione mi è stato detto che ci sono 159 cittadini extracomunitari in questo momento che hanno avuta assegnata una casa popolare. Solo uno sta pagando l'affitto che deve, degli altri 158 un buon 50% non paga nulla perché a reddito zero, l'altro paga il 20, 30% di quello che deve e nessuno si sta muovendo. Questa è integrazione sociale? Integrarsi socialmente significa avere voglia di farlo e anche avere una società che te lo impone, una situazione che ti impone di essere nelle condizioni di farlo, perché se noi abbiamo concesso a persone che vengono da paesi stranieri di avere una casa popolare, anche questo sarebbe da discutere, ma dal momento in cui l'avete fatto, dovete pretendere che paghino l'affitto. Dopo tre mesi che non pagano devono essere mandati fuori. Vorrei capire, Presidente, e lo dico in questa occasione, la ragione per la quale esistono extracomunitari assegnatari di case Ipes che hanno reddito zero, quando la legge Bossi-Fini dice che non si possono avere permessi senza lavoro che durino più di sei mesi. Posso pensare allora che nelle case Ipes vivano addirittura extracomunitari senza permesso di soggiorno, altrimenti non è possibile che abbiano nell'arco di tutto l'anno un reddito zero.

Quando parliamo di questo problema, di un'economia che ha bisogno della prestazione di cittadini che provengono da altri Stati, dobbiamo anche dire che non è solo compito nostro dire che si devono inserire, ma è compito anche loro che ci sia questa volontà, è compito di chi deve verificare, e dove questa volontà non c'è, deve esserci l'imposizione, perché i cittadini altoatesini normalmente l'affitto lo pagano. Uno su venti non lo paga, non uno su 159 come loro! Le dico francamente che se esiste un cittadino altoatesino che non paga l'affitto, posso anche dire che una pecora nera ce la manteniamo, ma non ho capito perché dobbiamo mantenere le pecore nere degli altri!

“Costruzione del progetto europeo di pace e progresso. I nostri partner dell'Unione Europea potranno contare su un Alto Adige fatto di europeisti convinti e aperti, su un governo provinciale che non vuole isolarsi né sottrarsi alle norme comunitarie ma che saprà tutelare sempre l'identità dello spazio vitale del suo territorio e lavorerà per la sussidiarietà e la partecipazione delle regioni.” Se dovessi dire qual è il comportamento della Provincia autonoma di Bolzano, affermerei l'esatto contrario. Le regole comunitarie sono il vostro nemico n. 1. Veniamo a raccontarci qua che gli Stati dell'Europa unita sono i vostri partner? Come se noi fossimo uno Stato che me-

rita di avere dei partner, perché penso che i membri dell'Europa Unita siano Stati, non siano Friuli-Venezia Giulia o Tirolo, ma siano Italia, Spagna, Francia, Germania ecc. Siamo arrivati al punto di avere, 450 mila residenti, pari ad un sobborgo di Milano, l'arroganza e la presunzione di credere che abbiamo dei partner in Europa! Ognuno è libero di credere quello che vuole, come diceva un mio carissimo amico, i manicomi, quando esistevano, erano pieni di persone che pensavano di essere Napoleone. Questo può accadere anche oggi, però che i nostri partner europei possano essere considerati gli altri Stati membri dell'Europa unita quando noi siamo la provincia più piccola dell'emisfero, ritengo ci sia un eccesso di presunzione, per lo meno. Credi ci sia anche un eccesso di ipocrisia quando si dice che vogliamo essere europeisti convinti, con delle norme di attuazione provinciali che sono il massimo dell'antagonismo alla regolamentazione europea. Non possiamo sicuramente affermare che la proporzionale sia nell'ottica di una reale e convinta possibilità di movimentazione degli uomini all'interno della comunità europea. Non so come possa spiegare ad un Suo collega di Parigi il fatto che un cittadino di Parigi non può venire a lavorare da noi senza dichiararsi italiano o tedesco, mentre invece un cittadino dell'Alto Adige al comune di Parigi se vuol essere assunto ha tutte le carte in regola per esserlo. Un cittadino altoatesino partecipa ad un concorso in Francia o in Spagna per operatore ecologico e viene assunto, se ha i requisiti. Sicuramente non mancano i requisiti per il fatto che lui è cittadino dell'Alto Adige, ma se un cittadino francese viene a lavorare a Bolzano, non è né italiano né tedesco, quindi deve essere aggregato. Se vado in Sudafrica a chi mi aggrego?

Quando affermiamo che vogliamo bene all'Europa e siamo disposti ad essere europeisti convinti, affermiamo l'esatto contrario. E' una tecnica. La miglior difesa è l'attacco. Questo concetto di isola in qualche modo distante da tutte le regole che fa finta di accettarle, però quando è all'interno di se stessa si piega e si contorce e rimane vincolata a delle concezioni che se svincolata la farebbero schiantare. Questo sarà il problema dell'Alto Adige nei prossimi anni.

Lei dice che si tratta di trovare *“attraverso il dialogo con le istituzioni, un ragionevole equilibrio tra le esigenze dell'Europa unita, di creare condizioni uniformi all'interno dell'Unione Europea e la nostra richiesta di corrispondere al meglio le specificità locali: non attraverso misure straordinarie o ad hoc, ma con maggiore flessibilità nell'applicazione delle direttive comunitarie.”* Allora Le chiedo come è possibile che noi, unica regione - regione, perché ci sta pure il Trentino - d'Europa che viaggia con la sua economia agricola più importante sui 200 metri a livello del mare, sia considerata una regione agricola di alta montagna, che consente, caso unico in Europa – ecco quelle famose normative comunitarie alle quali Lei dice *“non attraverso misure straordinarie”*, che i nostri contadini frutticoltori che lavorano nella piana dell'Adige abbiano le condizioni contributive a livello sociale, di tassazione fiscale e di contribuzione a livello di riacquisto e di ammodernamento del parco macchine delle proprie situazioni aziendali pari ai contadini di alta montagna e di conseguenza lascino

buchi all'Inps di decine di miliardi l'anno, con la benevolenza dell'Inps locale e nazionale. Su questo andremo a scavare, perché se la Parmalat vuole essere concorrenziale con la Mila, non può più accettare che la Mila paghi ai suoi dipendenti il 50% di contributi, a differenza della Parmalat che si scontra sul mercato nazionale e internazionale ogni giorno e li paga per intero. Mi risulta così, chiedo scusa se mi sbaglio. Obiettivamente però non si può affermare che non abbiamo misure straordinarie, perché non solo le abbiamo, ma abbiamo delle misure che non sono riscontrabili e legittime sotto tutti i punti di vista. Se poi vogliamo pensare che un contadino di Terlano debba avere gli stessi contributi di un contadino che vive a 1500 metri di pastorizia il quale avendo tutto ciò che deve, secondo me gliene manca ancora, perché la fortuna dell'Alto Adige è se il contadino rimane a fare il contadino, se le malghe rimangono masi, se i masi rimangono masi e se il contadino di alta montagna non diventa ricco con quello che produce. Non si può però arrivare ad affermare in uno dei terreni più fertili e con la più alta fertilità ortofrutticola dal punto di vista unitario, che sia giusto che abbia le stesse agevolazioni di un contadino di alta montagna quando lavora in valle. Onestamente ritengo che sia ora di finirla con situazioni di questo tipo, perché nel momento in cui le tasse le paga un lavoratore che lavora in fabbrica, è ora che le paghino anche i contadini che coltivano le mele e che producono vino nella zona di Caldano, come è ora che paghino i contributi come tutte le altre categorie di lavoratori. Ripeto perché sia chiaro che non mi riferisco alla pastorizia di alta montagna, non mi riferisco a coloro che coltivano la terra ad una certa altitudine, ma sicuramente a coloro che sono nella piana dell'Adige, con rendite pari a palude e che traggono dei profitti altissimi per l'alta produttività del terreno. "Non attraverso misure straordinarie" è da cancellare, e bisogna prendere atto di una situazione in totale controtendenza.

Bisogna anche prendere atto, in questa relazione, della Regione Trentino-Alto Adige. Lei, Presidente, esprime un Suo concetto facendo propria l'affermazione del presidente Dellai a Trento, e anche questo è storico, perché che il Presidente della Giunta provinciale di Bolzano riesca a fare suo per iscritto un passaggio di un presidente non molto amato trentino, non è mai accaduto prima. Ma evidentemente non gli venivano idee migliori quando scrive: *"Sulla Regione serve una riflessione approfondita e coraggiosa."* No, sulla Regione non serve una riflessione approfondita e coraggiosa, serviva prima che le ruspe di Dellai, assieme ai bulldozer della Svp, distruggessero la Regione, perché non si può spaccare la botte piena di vino e poi andare a cercare di salvare il contenuto. La Regione è distrutta, non esiste più, ha seguito i disegni politici che voi da quando esistete, dal dopoguerra, avete voluto imporre. La Regione va distrutta, perché vi pone dei vincoli che non avete mai voluto. Capisco, perché non abbiamo molto da condividere con quelli di Trento, ma sicuramente il disegno si è compiuto. Non accetto che Lei dica che sulla Regione serve una riflessione approfondita e coraggiosa, no, Lei deve dire che la Regione l'abbiamo distrutta, siamo riusciti a trovare nella sinistra trentina degli alleati comodi, subdoli, incapaci di reazione, per distruggerla, siamo contenti di averlo fatto, dal punto di vista istituzionale la Provincia

di Bolzano – di quella di Trento non ce ne può fregare di meno – assurge al ruolo di Regione, è costituzionalmente sancito, di conseguenza il nostro gioco è finito, il nostro disegno è ultimato, la Regione è affossata. Allora non veniamo ad affermare fesserie di questo tipo che sulla Regione serve una riflessione approfondita e coraggiosa. La Regione l'avete distrutta, quindi non parliamone più in questo tono, perché la realtà si scontra con una ipocrisia di fondo molto pesante. Su questo discorso delle deleghe, sulle battaglie fatte per salvare la Regione, il centrodestra nella scorsa legislatura, bloccando disegni di legge per tre anni con un ostruzionismo da capelli bianchi, penso che abbia dimostrato fino in fondo tutto il suo spregio nei confronti di un centrosinistra trentino e di una SVP che avevano questo disegno e sono riusciti a realizzarlo. Che poi oggi si voglia anche prenderci in giro su questi argomenti, fa rabbrivire e arrabbiare chi su questi argomenti ha speso due anni e mezzo di ostruzionismo.

Sull'autonomia finanziaria, forse è vero che la Provincia autonoma, oltre a distribuire quattrini e a non far pagare le tasse a chi deve, deve cominciare anche ad incassare. E' facile distribuire soldi, pretendere di raccogliere consenso con la possibilità di finanziamento, quando lo sceriffo di Nottingham lo fa lo Stato. E' ora che la Provincia vada a raccogliere i balzelli presso i suoi cittadini, che crei i presupposti per realizzare i piani di raccolta delle tasse e, di conseguenza, per essere considerata dal cittadino sì colei che distribuisce, ma anche colei che prende, che diventa in qualche modo antagonista del cittadino, in quest'ottica di autofinanziamento fiscale. E' ora che questo avvenga. Ne sono convinto. A quel punto si smetterà di ragionare in termini di quanto l'autonomia mi deve dare, si smetterà di andare a discutere a Roma sulla percentuale dovuta e raccolta, che non è del 90, 95% ma potrebbe essere intorno al 130%. Non si "ciullerebbe più nel manico", caro Presidente, e se Lei dirà nella Sua replica che il 130% non lo abbiamo mai preso, io dico va bene, raccogliamole e spendiamoci le nostre tasse. A quel punto nessuno avrà più nulla da dire, né Lei che afferma il contrario, né io che dico che siamo arrivati al 130%. Autonomia fiscale, quindi misure per orientare una nuova politica di spese, forse una nuova politica di spesa che ci creerà i presupposti per smantellare quattro ASL sul territorio di 450 mila abitanti, quando nella città di Milano ce n'è una sola. Forse si tratterà di creare i presupposti affinché quando l'ASL di Bolzano ha bisogno di carta igienica, faccia una gara d'appalto per tutte e quattro e non ci siano quattro gare per quattro forniture di carta igienica. A questo siamo arrivati. Quando Lei all'inizio dice che dobbiamo creare i presupposti per una spesa migliore perché potrebbero essere ridotte le entrate, questa è una cosa che si può fare subito, non facendo pagare i ticket alla gente.

Vorrei sapere a questo proposito quanto costa esigerli, vorrei sapere il costo dell'ufficio preposto all'emissione di fatture per i ticket sanitari, il costo totale della spedizione a casa delle fatture, i costi per gli incassi, gli insoluti, vorrei sapere cosa si fa in caso qualcuno non paghi. Vorrei sapere quanto costa tutto questo iter e credo di essere nel giusto se dico che forse si recupera il 20% netto di quello che si è fatturato, perché chi non paga e la gestione di tutto questo discorso ha dei costi altissimi che po-

sti vicino all'insolvenza da parte di qualche paziente, arriverà a raccogliere il 20% di quello che si è fatturato. Allora credo sia fallimento storico, dovuto ad una non avveduta condizione di partenza, ma anche ad una incapacità gestionale di quelle che sono le risorse. Smantellare immediatamente quattro Aziende sanitarie locali e crearne una sola è il primo passaggio. Bisogna studiare misure per recuperare nuove entrate, come Lei dice, si dovrà incentivare il miglior utilizzo delle opportunità offerte dall'Unione Europea. Ritengo che basta far pagare le tasse a chi non le ha pagate, legittimamente, basta farle pagare a chi sta pagando solamente sui redditi dominicali dei terreni le proprie tasse e creare i presupposti che coloro che sono frutticoltori in una delle aree più fertili d'Italia non debbano avere le condizioni favorevoli e non contributive dei contadini di alta montagna, che sono tutt'altra condizione che va tutelata e portata avanti di più ancora, se possibile, perché serve al turismo e all'economia. Bisogna dare aiuto a chi davvero in agricoltura ci pone anima e corpo. La presenza di mele nel fondovalle non serve né al turismo né ad altra condizione economica.

Lei vuole procedere nella semplificazione delle procedure amministrative nel ragionamento tecnico e rendere sempre meno burocratico il rapporto diretto con il cittadino, perfezionare una gestione efficace ed oculata dei mezzi di bilancio. Io penso anche che si dovrebbero bloccare le assunzioni per i prossimi 20 anni, perché siamo la provincia con il più alto numero di dipendenti pubblici d'Italia. Questo è un segnale negativo nei confronti di chi sta al di fuori del Palazzo, nei confronti di chi ogni giorno va a lavorare in una fabbrica o un cassa di un qualsiasi supermercato. Segnali di questo tipo non ne devono più giungere, da questo punto di vista il clientelismo deve essere finito, deve essere detta la parola fine a tutta una serie di condizioni che ci pongono in una vergognosa condizione di essere considerati quelli con il più alto numero di dipendenti pubblici. Poi le cose non vanno meglio che dalle altre parti. Fra il resto abbiamo appaltato tanti lavori, come ad esempio le pulizie all'ospedale, quando in altre zone d'Italia sono fatte da dipendenti, anche nei nostri palazzi tutto ciò è privatizzato, di conseguenza non si capisce questa ragione.

Quando arriviamo alla famiglia, il discorso diventa ancora più importante. Noi che siamo quasi la provincia più ricca d'Italia non siamo ancora arrivati al presupposto affinché un anziano ricoverato in una casa di riposo possa essere finanziato con denaro pubblico e posto nelle condizioni di essere autosufficiente economicamente per la sua permanenza all'interno della struttura pubblica. Noi andiamo ancora a chiedere soldi ai figli per mantenere l'anziano, un cittadino che ha lavorato una vita e che dovrebbe avere il diritto sacrosanto di vivere l'ultima parte della sua esistenza in una casa di riposo non cercando e non avendo sovvenzioni da parte dei figli, non certamente perché a figli come noi dispiacerebbe poter aiutare il proprio genitore, ma perché per un genitore non è accettabile dover essere mantenuto dai figli. E' una condizione importante che va al di fuori del diritto e del codice civile, perché è vero che un figlio deve aiutare un genitore, ma è altrettanto vero che un genitore non accetterà mai di essere aiutato da un figlio. E questo è cinque anni che lo dico. Conosco persone che mi

hanno detto di non veder l'ora di morire, perché il figlio non lo debba più mantenere. Per un padre farsi mantenere da un figlio è una cosa che si scontra con la sua dignità di uomo, di persona che ha lavorato e che ha il diritto sacrosanto di rimanere a vivere in pace senza sapere che il figlio lo mantiene. Deve essere autosufficiente in questa sua realtà economica con la pensione che percepisce. Se ne percepisce tanta, l'ente pubblico se ne prenderà tanta, se ne percepisce poca, l'ente pubblico ne prenderà poca. Ma lui, con le sue capacità economiche deve essere in grado di farne fronte. Non è pensabile che si debba andare a cercare soldi dal figlio.

La sicurezza nel sociale la si ottiene percorrendo anche delle strade importanti, avendo per esempio il coraggio di dire che agli operai e ai dipendenti del privato deve essere riconosciuta, come a quelli pubblici, una sovvenzione che si chiama in mille modi. Un operaio ha lo stesso stipendio di uno che abita a Torino o a Reggio Calabria e non può, con quello che percepisce qua, far fronte al caro-vita. Bisogna creare un assegno, un sistema previdenziale che possa dare un aiuto a tutte le famiglie che lavorano e dimostrano di averne bisogno nel settore privato. Non è possibile arrivare a condizionare un assistenzialismo con i costi che ha, perché se Lei dice, dal punto di vista di bilancio dove vado a prendere i soldi, glielo dico subito: tagliamo l'assistenzialismo, o mettiamolo in una forma che ci porti ad essere sociali ma non assistenziali. Ci sono i fondi, e sono da recuperare in quei capitoli dei comuni, dei consorzi dei comuni, della Provincia e della Regione, che oggi sono riservati alla costruzione di assistenzialismo gratuito nei confronti di chi non ne ha bisogno o comunque non ne avrebbe diritto. Non faccio un elenco, perché ci siamo già capiti.

Tengo questi ultimi sette minuti per un secondo intervento.

MINNITI (AN): Inizio questa mia terza legislatura in Consiglio con uno stato d'animo di disagio, perché mi trovo, come altri miei colleghi, a valutare una serie di concetti raccolti nella relazione programmatica del Presidente della Giunta, senza però avere chiaro quali sono i contenuti reali di un patto di coalizione che dovrebbe poi essere quello che i partiti dovrebbero poter valutare per assegnare un voto a favore o contrario ad una Giunta provinciale che si candida ad amministrare la nostra provincia per i prossimi cinque anni.

Prima questione, rischiamo di discutere su nulla, perché al di là di certi concetti ispirativi, non c'è nulla da discutere in questo contesto. In secondo luogo parliamo, ma questo accade spesso purtroppo, senza sapere quale sarà la composizione della Giunta, dal punto di vista umano ma anche politico, ovvero quali saranno le competenze che possono essere assegnate ai singoli assessori, ovvero come i singoli assessori di un'estrazione politica, sociale rappresentativa particolare possano poi rispondere del patto di coalizione, possano quindi esprimere anche con il loro apporto a questa Giunta provinciale che dovrebbe nascere da qui a qualche giorno, la propria opera risolutiva. Situazione di disagio, ribadisco.

Per venire più a noi, tre sono gli aspetti che devono essere sottolineati: un quadro costituzionale nuovo per la nostra provincia, un quadro istituzionale che sostanzialmente riproduce quanto abbiamo vissuto negli anni precedenti, in riferimento agli uomini ma anche ai partiti che vengono chiamati a gestire questa provincia, e poi una nuova dimensione sociale che deve essere affrontata. Fino a qualche anno fa abbiamo considerato la questione altoatesina come una questione prettamente etnica. Questo perché al di là di problemi che pure esistono tuttora, che riguardano non solo e non tanto i rapporti fra le comunità, ma uno stato di disagio e di malessere vissuto dalla comunità di lingua italiana, si è sempre ritenuto, a torto o a ragione, che comunque la condizione sociale nel quadro politico della nostra provincia fosse una condizione accettabile. Abbiamo potuto accertare, Alleanza Nazionale a dire la verità lo denuncia da anni questo malessere sociale, che anche all'interno del gruppo linguistico tedesco ci sono delle sensibilità diverse, più reali in questa direzione, altrimenti non daremmo una giustificazione al ruolo che hanno avuto gli Arbeitnehmer all'interno della SVP nel far eleggere un insieme di propri candidati che rappresentano più o meno una realtà sociale, un malessere sociale che serpeggia all'interno più o meno nella convinzione di alcuni esponenti della SVP, che si cerca di trasmettere in qualche maniera alla dirigenza di questo partito.

I tre aspetti fondanti delle parole che da qui a qualche momento andrò a sottolineare sono queste. Il quadro costituzionale. Noi ci ritroviamo con una legislatura, la XIII, che è figlia, non possiamo dimenticarlo, ecco perché quadro costituzionale nuovo, di una riforma dello statuto di autonomia votata nel gennaio 2001. Siamo quindi di fronte ad un evento nuovo, che ha modificato totalmente l'assetto politico e costituzionale della provincia. Non ci troviamo più di fronte al Consiglio regionale come ente primario, ma al Consiglio provinciale come ente primario. Non abbiamo addirittura giurato di fronte alla Regione, con le polemiche che ne sono scaturite, ma non abbiamo nemmeno giurato in questo Consiglio provinciale, credo sia la prima volta che accade, dinnanzi al Commissario del Governo, cosa che era avvenuta negli anni precedenti, Commissario del Governo che comunque rappresenta una figura non solo governativa ma istituzionale all'interno di questo assetto. Alleanza Nazionale non ha condiviso quella riforma dello statuto, nei contenuti e anche nei modi, perché ha indebolito lo statuto stesso, in quanto ha posto in essere l'accertamento che le modifiche allo statuto di autonomia possono anche essere fatte con una manciata di voti e soprattutto senza il consenso di tutte le comunità linguistiche. Quella riforma che rovesciava i termini stessi non fu assolutamente condivisa dalla componente linguistica italiana di centrodestra, del Trentino e dell'Alto Adige. Peraltro nel corso dell'ultima legislatura è stato affondata definitivamente la Regione, lo sosteneva prima il collega Seppi. E possiamo dire che al centrosinistra altoatesino e trentino è riuscito quello che nemmeno alla peggiore democrazia cristiana è riuscita a fare, cancellare la Regione. Dobbiamo dire grazie al centrosinistra che si deve in qualche maniera accollare questa responsabilità. Significa che la Provincia va incontro ad una nuova autonomia, che ha

assunto delle nuove competenze che creano una nuova autonomia. Ci tengo a sottolineare che Alleanza Nazionale, diversamente da altri esponenti di partiti che magari sono stati anche ex ministri della Repubblica, non ha paura dell'autonomia, o di più autonomie. Semmai nutre timori nei confronti di una gestione dell'autonomia, che abbiamo denunciato essere stata in passato a senso unico, provocando quel disagio che non è mai stato considerato da parte nostra solo psicologico ma materiale della comunità linguistica italiana. Alleanza Nazionale non ha paura né dell'autonomia, né di una maggiore autonomia, suggeriamo, invitiamo ad un maggiore equilibrio di questa maggiore autonomia, che non significa solo creare una equa concorrenzialità fra le aziende altoatesine e quelle poste sul territorio nazionale. Maggiore equilibrio significa creare anche eque situazioni, pari opportunità. Mi spiace che sia assente in questo momento la neo collega Julia Unterberger, presidente della commissione pari opportunità, alla quale mi sarebbe piaciuto sottolineare che pari opportunità non significa solo pari opportunità fra uomo e donna, significa anche pari opportunità fra i gruppi linguistici. Allora maggiore equilibrio in questa autonomia, maggiore flessibilità attendiamo da questa autonomia. Questi sono messaggi che possono essere inviati alla SVP da parte di una forza politica rappresentativa quale Alleanza Nazionale, ma soprattutto c'è il dovere da parte della SVP di recepirli in maniera opportuna questi messaggi. Maggiore flessibilità in un'ottica di bilinguismo, ma non diciamo nulla di nuovo, maggiore flessibilità in un'ottica di proporzionale, e Alleanza Nazionale ormai da sette anni ha rivisto la sua posizione, non abbiamo timore a dirlo. La forza delle idee è quella in cui si crede nelle idee. Da quasi un decennio abbiamo sottolineato come comunque, al di là delle sue storture, sia uno strumento di salvaguardia occupazionale, anche e soprattutto per il gruppo linguistico italiano. Certo la maggiore flessibilità che Alleanza Nazionale chiede nel rispetto della proporzionale riguarda la ripartizione dei posti. Noi chiediamo un adattamento della proporzionale su base orizzontale e non verticale. Ancora oggi non è concepibile il fatto che su 30 segretari comunali spettanti il gruppo linguistico italiano ne abbia effettivamente soltanto una decina, perché la proporzionale viene adottata in senso verticale, su 12 direttori fra generali, amministrativi e sanitari delle quattro aziende sanitarie locali, il gruppo linguistico italiano ha solo due direttori. Questo perché avviene all'interno delle singole aziende una proporzionale in senso verticale e non orizzontale.

Maggiore flessibilità anche nell'economia. L'autonomia dell'Alto Adige deve ampliare le possibilità della popolazione, non deve limitare le possibilità della stessa. In questo senso mi viene da fare una denuncia per quanto riguarda la situazione che vive il gruppo linguistico italiano in ordine all'edilizia abitativa. Negli ultimi 14 anni il gruppo linguistico italiano non ha goduto di oltre 136 miliardi di vecchie lire che gli spetterebbero, e questi non riguardano i famosi 107 miliardi di quel credito di cui si parlava cinque o sei anni fa e che l'assessore Cigolla qualche tempo fa disse di aver in qualche maniera recuperato attraverso l'edilizia realizzata al parco Mignone e nella zona Bivio. Si tratta di 136 miliardi di vecchie lire che non sono stati assegnati al

fabbisogno edilizio del gruppo linguistico italiano. Ma mi sembra sia anche un esimio rappresentante della SVP a sostenere sostanzialmente che l'autonomia non deve limitare la possibilità, Michl Ebner sulla stampa locale l'altro giorno diceva: *"Dico che non siamo in grado di sostenere a lungo tutto quello che abbiamo. L'imposizione fiscale diminuirà e quindi ci saranno meno soldi. Quindi o si interviene sui costi, oppure ci catapultiamo del tutto fuori dal mercato. Anzi già oggi siamo fuori dal mercato con i costi che gli imprenditori devono sopportare. E le tasse? Si può fare qualche cosa"*. Siamo diventati più poveri. Questo è l'allarme che ormai è stato lanciato anche finalmente dai sindacati, che si sono accorti anche loro che in Alto Adige abbiamo 23.500 persone che vivono al di sotto della soglia di povertà.

Ma l'autonomia deve significare anche rispetto per la cultura di tutti i gruppi linguistici, quindi non aggressione culturale, e creare un riferimento alla toponomastica in questo senso, agli ambigui passaggi, perché tendono a non risolvere nulla, collega Gnechhi, che abbiamo visto essere molto attenta sulla questione della toponomastica, gli ambigui passaggi nella relazione programmatica del presidente Durnwalder. Alleanza Nazionale ritiene che la garanzia per il futuro sia il bilinguismo e la bilinguità nei cartelli. Intendiamo richiamare ancora una volta la necessità che questo Consiglio provinciale riconosca con apposita legge anche i toponimi di lingua tedesca. E questa è un'esigenza alla quale nessuno si può sottrarre. Ma se diversamente le intenzioni sono quelle di rimettere in discussione anche la toponomastica di lingua italiana, dilaniando un'asse portante dello statuto d'autonomia che prevede la bilinguità in Alto Adige, allora Alleanza Nazionale non ci sta. La bilinguità deve esistere, in rispetto anche della cultura, le tradizioni, le radici della comunità di lingua italiana in Alto Adige, perché se è vero che 300 anni rappresentano per la comunità di lingua tedesca un punto culturale ben definito, un filo culturale e storico, è peraltro vero che 80 anni su questa terra e millenni precedenti di toponimi nella forma italiana, o preromana, rappresentano altrettanta forma di collegamento storico-culturale per la comunità di lingua italiana. Non credo che il giusto, serio e corretto confronto della questione toponomastica fra le forze politiche e le comunità umane che vivono in Alto Adige possa porre le basi sul livello che imporrebbe un nuovo torto culturale solo perché lo si è subito in passato.

Alleanza Nazionale lo ha detto anche di recente che fu grave quel gesto con il quale si cancellò la toponomastica di lingua tedesca. Fu un atto odioso perseguire politiche di sradicamento da questo territorio da parte del fascismo. Ma aggiungiamo che Alleanza Nazionale non può rispondere di questo fatto, essendo una forza nata successivamente, nel 1995. Può però riconoscere questi torti e li può valutare in maniera critica, come abbiamo fatto, proprio per non ripeterli. Su questa base credo possa realizzarsi un confronto serio e costruttivo, rispettando però anche la sensibilità della comunità linguistica italiana.

La nuova autonomia che va a nascere e che si è rafforzata deve rispettare il ruolo della Provincia in un quadro costituzionale statale, e comunque in un quadro co-

stituzionale europeo, visto che si parla anche di nuova Europa. Le fughe in avanti dell'Euregio che hanno squilibrato verso l'area tedesca, non fanno bene a nessuno. Alleanza Nazionale ha sempre ribadito anche a questo riguardo come la cooperazione economica, sia essa transfrontaliera come interna ad un medesimo Stato, debba coinvolgere quante più entità possibili, non debba essere penalizzante per alcuni. Questa cooperazione non deve avere una connotazione politica o etnica al punto da escludere regioni e province confinanti alla provincia di Bolzano. E non mi riferisco al Trentino, ma al Veneto, alla Lombardia, ovvero ad entità che comunque sono vicine all'Alto Adige, che rappresentano un legame economico, se è vero come è vero che ancora oggi ci sono spesso degli incontri fra i vari assessori dell'economia oltre che della sanità transalpina e alpina. Alleanza Nazionale intende rilanciare questo assetto anche europeo. Crediamo che l'Europa si debba fare con le nazioni e con le culture, e con i popoli, non con le regioni. All'interno di questo nuovo quadro costituzionale che si è definito con il gennaio 2001 e nel quale ci si è immersa la nuova provincia di Bolzano, c'è il quadro istituzionale, ovvero c'è quel quadro che è stato dipinto dalle elezioni del 26 ottobre, nel quale il centrosinistra italiano è risultato sconfitto, ha perso due esponenti. Eviterei le ironie della collega Gnechi, perché la collega Zendron e il collega Di Pippo non appartenevano certo al centrodestra. Il centrosinistra è uscito sconfitto dalle elezioni del 26 ottobre, ha perso due consiglieri, ha indebolito la comunità di lingua italiana, perché assente di un progetto politico che avrebbe potuto mantenere comunque viva la speranza della comunità italiana all'interno di quest'aula. E nonostante la sconfitta del centrosinistra italiano, esso viene premiato, viene chiamato a governare con la SVP, forse per fare gli stessi danni compiuti negli ultimi cinque anni? Non possiamo dimenticare che non è colpa di quest'aula se nella nostra provincia c'è stato un abbassamento della soglia di povertà, se ci sono 23.500 poveri, se c'è una nuova povertà alla quale la Giunta provinciale non ha saputo dare delle risposte, quanto semmai di chi ha mal governato e quindi anche del centrosinistra italiano, se tutti gli altoatesini sono più poveri. Non è colpa di quest'aula, ma di chi ha fatto le leggi, della Giunta provinciale e anche del centrosinistra italiano se l'accesso ad una casa è più complesso, se i prezzi della casa sono saliti. E quando parlo di quest'aula ovviamente alludo al centrodestra italiano e, se vogliamo, anche di lingua tedesca, che è stato all'opposizione e che non ha scritto, come avrebbe voluto, le leggi. Ha cercato di migliorarle nei frangenti in cui è stato possibile, ma non le abbiamo scritte noi le leggi che hanno creato nuova povertà in Alto Adige. Al di là di questo aspetto c'è un'altra considerazione da fare: la SVP "assume" il centrosinistra in Giunta, negando alla comunità di lingua italiana quella rappresentatività che le sarebbe dovuta essere riconosciuta. Ricordo alcune espressioni usate dal presidente designato Durnwalder circa il fatto che era ora che la comunità di lingua italiana venisse rappresentata adeguatamente in Giunta. Evidentemente si trattava di impulsi elettoralistici, perché oggi la comunità di lingua italiana non verrà rappresentata adeguatamente in Giunta. Non avrà né rappresentanza adeguata né rappresentatività adeguata in Giunta, perché comunque

il centrosinistra governerà. Quel centrosinistra che ha perso le elezioni, che rappresenta una minima parte della comunità italiana si arroga il diritto di rappresentare la comunità di lingua italiana in Giunta. Ecco che una legislatura come questa che si sta iniziando, che avrebbe potuto essere una legislatura riformista, rivoluzionaria perché avrebbe potuto porre le basi per un rilancio non solo politico ma anche culturale con il governo di centrodestra, che poteva essere riformista, visto come la Provincia si dovrà in qualche maniera rapportare con le nuove esigenze della politica e del quadro costituzionale a cui si faceva riferimento prima, sarà una legislatura di transizione, che non riuscirà a dare delle risposte concrete, perché non le abbiamo nemmeno lette, una legislatura che difficilmente riuscirà a fare quelle riforme e a rispondere alle necessità della popolazione altoatesina. E pensiamo alla riforma dell'edilizia sociale, o un tema a me caro, la riforma delle scuole materne. Dopo dieci anni di lavoro di commissione, la commissione apposita istituita prima dalla precedente assessore della collega Gnechi, poi dalla collega Gnechi, non ha saputo produrre uno straccio di riforma della scuola materna in Alto Adige. Questo nonostante che Alleanza Nazionale abbia presentato un disegno di legge nella scorsa legislatura, ripresentato, corretto, modificato e migliorato in questa legislatura, disegno di legge che è frutto di un confronto che Alleanza Nazionale ha effettuato con chi vive la scuola materna, ma anche di chi ha la necessità e vuole richiedere la scuola materna, come le famiglie. Questa Provincia deve dare delle risposte per quanto riguarda il lavoro. E' vero che in Alto Adige c'è l'1,9% della disoccupazione, se questa viene però misurata sul numero di domande che vengono poste all'ufficio del lavoro. Ma mancano oltre 140 mila altoatesini censiti. Se gli occupati in Alto Adige sono oltre 230 mila, e se è vero che i disoccupati sono 3.500, se è vero che la popolazione altoatesina è di 460 mila abitanti e che 81 mila di questi vanno dagli 0 ai 14 anni, è anche vero che ci sono 140 mila persone non censite. Alcune di queste saranno certamente pensionati, ma alcuni altri saranno disoccupati che per sfiducia nei confronti di questa istituzione, del sistema organizzativo della nostra provincia, probabilmente non fanno più nemmeno domanda all'ufficio del lavoro o si accontentano di un lavoro provvisorio o in nero. Una delle grandi riforme che deve essere effettuata da questo nuovo Consiglio provinciale riguarda proprio il lavoro, per dare risposte più concrete, adeguate con le nuove necessità della popolazione altoatesina.

Un altro tema caro alla neo collega Stirner che è stata assessore della materia a Merano, riguarda l'assistenza. Ci deve essere una nuova ottica riguardo l'assistenza. E non voglio discutere adesso sulla nuova tassa sulla vecchiaia, ma è ovvio che quando accertiamo che delle strutture private per lungodegenti costano meno di strutture pubbliche, evidentemente c'è qualcosa che non funziona nel sistema pubblico. Quando vedo che al giorno la clinica S. Antonio a Merano costa sui 120, 130 euro, e un'analoga struttura a Lana costa 46 euro, evidentemente c'è qualcosa che non funziona nel sistema. Questi aspetti devono essere approfonditi dalla Giunta provinciale.

Bisogna saper far fronte anche ad un altro dei temi che sono stati sottolineati dai colleghi che mi hanno preceduto, la questione del fisco. Arriveranno in Alto Adige meno soldi, dovrebbe esserci più ricchezza per le famiglie, che non può però essere affondata attraverso nuove imposte e tasse, attraverso la riproposizione continua di imposte e tasse. Alleanza Nazionale nella scorsa legislatura, e lo rivendichiamo con orgoglio, è riuscita a bloccare l'introduzione della tassa sulla vecchiaia. Siamo stati gli unici in commissione a bloccare quel provvedimento che avrebbe messo sullo stesso piano albergatori e operai. L'abbiamo contrastato, e ci siamo riusciti perché crediamo che nella opulenta nostra provincia non si possa dare quali risposte alla popolazione l'imposizione di nuovi oneri, non in questa provincia dove si spende e si spende, dove l'edilizia pubblica, lo hanno sottolineato anche gli organi di informazione grazie ad una conferenza stampa fatta dall'assessore ai lavori pubblici Mussner nei giorni scorsi ha fatto spendere tantissimo, ha fatto realizzare molto in provincia. Abbiamo speso molti soldi anche in altre opere pubbliche come per esempio la Merano-Malles, il cavallo di battaglia dell'assessore Di Puppò, che si è rivelato essere un cavallo di Troia. 250 miliardi di vecchie lire spese per la sua realizzazione da parte di questa provincia sono sproporzionate rispetto alle proprie possibilità e comportano la necessità di pretendere dal cittadino nuovi oneri. Questa provincia ha potuto spendere, ma non ha saputo spendere. La differenza è minima ma sostanziale. Mi insegnava il collega Benussi due legislature fa, che il buon amministratore non si avverte quando ha molti soldi da spendere, ma quando ce ne sono pochi, per come questi soldi vengono gestiti, assegnati. Il buon amministratore è colui che va incontro non alle necessità del cittadino, ma alle possibilità del cittadino. Il vostro eminente esponente di partito Michl Ebner dice che l'ICI ad esempio va tolta, non c'è ragione per tenerla. Questo è un altro aspetto per cui la SVP deve mettersi una mano sulla coscienza. Alleanza Nazionale già da sei anni attraverso le discussioni sui bilanci aveva presentato degli emendamenti per abolire l'ICI, l'imposta comunale sugli immobili, che noi chiamavamo "ingiustizia comunale sugli immobili". Oggi ci fa piacere vedere che una persona del calibro di Michl Ebner ribadisce questo concetto, affermando di conseguenza un altro principio essenziale, che la ricchezza deve essere ridistribuita, in maniera equa. Non possiamo fare la fine di quel pollo di trilussiana memoria. Non possiamo pensare che siccome c'è un pollo, e due le persone che siedono al tavolo, che quel pollo venga mangiato metà da uno e metà dall'altro, quando è solo uno che mangia. Non possiamo pensare che noi si sia effettivamente secondi solo a Milano per il reddito pro capite in Alto Adige, quando ci sono delle sacche di reale povertà a cui dobbiamo dare delle risposte.

La provincia di Bolzano deve ridurre i costi, ma non significa limitare i servizi, significa razionalizzare la spesa. E' giusto approfondire servizi sul territorio, non è importante quanto si spende ma come si spende, quindi riprogrammare socialmente la provincia. Se negli ultimi cinque anni si è abbassata la soglia di povertà, se questo benedetto campanello d'allarme che suona ormai da tempo è stato avvertito anche dalla SVP, crediamo che si debba intervenire. Occorre riequilibrare quella che i sindacati

hanno chiamato “dimensione sociale” nella nostra provincia, attraverso interventi non tanto coraggiosi, quanto decisi che la nostra provincia può fare anche grazie al bilancio di cui gode. Anzitutto c’è la necessità di ridurre le spese, che può anche significare ridimensionare le aziende sanitarie presenti sul territorio. Posso pensare ad un’azienda ospedaliera unica a Bolzano, e posso anche ipotizzare la riunione delle altre tre aziende sanitarie in una seconda azienda sanitaria, dimezzando il loro numero, questo per risparmiare sui costi. Ma dobbiamo ridurre i costi anche proprio nel non realizzare delle strutture inutili, delle opere pubbliche inutili, dobbiamo riorganizzare i servizi sul territorio, e quando parlo di territorio parlo anche di aree urbane all’interno della città. Nella scorsa legislatura alcune iniziative di Alleanza Nazionale sono state accolte. Una di queste per esempio è stata la possibilità di realizzare i micronidi nei quartieri della città, non più queste strutture dove esiste la domanda di 15 persone nei paesi che sono sprovvisti di asili nido, ma addirittura la possibilità di istituire queste strutture all’interno dei quartieri della città, cercando di ramificarsi sempre più nel territorio, andando sempre più vicini al cittadino. Su questo si sta lavorando attraverso il servizio di Tagesmutter, ma bisogna riequilibrare alcune opportunità anche su questo aspetto. Non riesco a comprendere per quale motivo si possano prevedere dei contributi a quelle famiglie che si servono di Tagesmutter che si offrono all’interno di un’abitazione, e si negano contributi analoghi a quelle altre famiglie che si servono di cooperative sociali che svolgono questa azione in strutture magari più ampie. Riequilibrano magari la possibilità.

Dobbiamo ricordare che in questa nostra provincia, nonostante gli oltre 9 mila miliardi di vecchie lire di bilancio, si chiede ancora il 90% della tariffa dei servizi alla popolazione. Quando si dice di riequilibrare e riprogrammare socialmente la nostra provincia, bisogna andare incontro alle necessità, bisogna sostenere le famiglie altoatesine attraverso vari provvedimenti. Alleanza Nazionale nella scorsa legislatura ne presentò specificamente sulla materia quattro: il bonus neonati, il riconoscimento e il sostegno della famiglia, il bonus sport e cultura. Avvertivamo che le famiglie che in Alto Adige stavano diventando più povere. Alleanza Nazionale fece la sua parte nel sostenerle, assieme alle categorie deboli, che sono gli anziani ai quali non si danno gli alloggi che gli spettano. Se vediamo dati che abbiamo raccolto a Bolzano, Merano e Laives, vediamo che a Bolzano per esempio manca il 77% di alloggi per anziani, sulla base di quelli che sono i parametri previsti dalla legge provinciale. Crediamo che sia un grosso deficit. A Merano siamo attorno al 68%. Sono queste le risposte che la Provincia assieme ai comuni riesce a dare alle categorie più deboli? Pensiamo ai separati, alla necessità nel caso specifico di garantire un maggior sostegno, non assistenza, alle famiglie divise, in questo contesto rientrando anche i padri separati, ai quali deve essere riconosciuto uno status di “debolezza”, così come viene riconosciuto spesso alle donne separate. Crediamo ci debbano essere maggiori attenzioni per i disabili. Si sta concludendo l’anno del disabile e mi piacerebbe sapere in che cosa è consistito per l’Alto Adige. Si sono dimenticati i problemi del disabile, ancora oggi costretti a soste-

nera delle spese che spesso non possono sostenere. Che fine ha fatto quella casa famiglia che era stata approvata da questo Consiglio provinciale nel gennaio 2002, su proposta di Alleanza Nazionale, per le persone disabili e nello specifico per le persone affette da sclerosi multipla? Che fine ha fatto quella operazione che si era tentato di realizzare, volta a tutelare le persone diversamente abili nelle tariffe che devono sostenere? Le nostre città sono ancora inaccessibili a molti portatori di handicap, e la Provincia non interviene sufficientemente.

Fra le riforme che questa Provincia deve fare comunque, c'è quella dell'edilizia sociale, che deve essere scritta con gli inquilini Ipes, che deve prevedere degli aspetti innovativi. L'edilizia sociale non deve esserlo solo di nome, ma di fatto. Non possiamo pensare di offrire degli alloggi "sociali" a prezzi di mercato più o meno analoghi a quelli che troviamo nel settore privato, con cittadini che si trovano a pagare, 6 mila inquilini Ipes su 11 mila, fino a 250 euro di spese condominiali oltre l'affitto. Non possiamo pensare che l'edilizia sociale possa avere una caratterizzazione solo dal punto di vista legislativo, deve essere anche di contenuti. Non dobbiamo offrire un alloggio agevolato, ma anche agevolare l'accesso ad un alloggio, nel mercato pubblico e in quello privato, dove abbiamo detto che i costi degli affitti sono aumentati del 10%. Certo non significa proseguire con la politica degli aiuti a pioggia, probabilmente contributi più oculati, dobbiamo cercare di calmierare i prezzi. Ma in ogni caso per quanto riguarda l'edilizia sociale, che riguarda l'Ipes, si deve intervenire in maniera adeguata.

Alleanza Nazionale ha presentato tre disegni di legge nella scorsa legislatura. Siamo riusciti a far approvare diversi emendamenti, ma ci sono degli aspetti di quella normativa che devono essere rivisti. Anche sulla materia abbiamo già presentato un nuovo disegno di legge. L'edilizia sociale è uno degli appuntamenti più importanti della prossima legislatura. Lo diceva anche il collega Baumgartner un anno e mezzo fa, in una trasmissione radiofonica, che la nuova legislatura dovrà affrontare questo tema.

Bisognerà rimettere mano anche all'aspetto della sanità che in Alto Adige sta subendo dei grossi freni per tutta una serie di considerazioni. Partiamo dall'abbandono dei medici. Tutti parlano degli infermieri, ma c'è anche quello dei medici. Negli ultimi sei anni 242 medici hanno abbandonato il servizio ospedaliero, e di questi 182 per dimissioni volontarie, quasi 200 medici che hanno abbandonato il servizio non per raggiunti limiti di età ma per trovare un'altra soluzione professionale. Si tratta di dati che emergono dalle risposte ad interrogazioni che abbiamo presentato. Quando c'è un quadro di questo genere nell'ambito della sanità altoatesina, evidentemente ci sono le condizioni che spingono alla realizzazione di questo quadro nella sanità altoatesina. Se ci sono queste condizioni bisogna andare a sottolinearle e risolverle. Bisogna motivare i medici ancor più nel loro lavoro. Questo significa solo dargli uno stipendio migliore? Non credo. Significa dare a loro degli stimoli professionali, creare delle condizioni affinché possano rimanere dei rapporti, dei contatti con le università, che dopo la laurea non ci si possa seppellire negli ospedali altoatesini, ma ci siano degli sbocchi, degli

sviluppi per la professione medica. E parimenti a questo problema vi è sicuramente anche quello degli infermieri. Non è stato risolto nonostante gli sforzi, e spezzo una lancia in favore dell'assessore Saurer, per cercare di recuperare il personale che era andato in pensione anticipata. Non ricordo quante furono le lettere che l'assessore Saurer spedì agli infermieri altoatesini, che quindi avevano già tutti i requisiti, affinché riprendessero servizio. Erano sicuramente migliaia, risposero in 29. Ricordo che su quel tavolo firmava quelle migliaia di lettere con le quali si invitava a rientrare in servizio. In 29 gli hanno risposto. Ed è fallito totalmente anche quel piano per recuperare infermieri attraverso convenzioni, per quanto riguarda almeno l'azienda sanitaria di Bolzano, con consorzi e cooperative. Ancora oggi la risposta che ci si attendeva non è quella che era stata concordata. Bisogna quindi creare anche nel settore infermieristico delle condizioni ottimali.

Non possiamo dimenticare nemmeno un altro degli aspetti della sanità, ovvero la necessità che la sanità possa essere efficiente ma anche efficace, efficiente laddove si offrono dei tempi di visita stretti. Non è pensabile che in questa nostra efficiente provincia altoatesina si debbano aspettare anche otto mesi per una mammografia convenzionata, perché poi magari se si va in una clinica privata dove la convenzione non c'è, la macchina è in funzione solo due ore al giorno ma la gente piuttosto che andare a pagare aspetta anche otto mesi, con quel carico psicologico che ciò può portare al soggetto che si deve rapportare con quel tipo di esame. Ho fatto l'esempio della mammografia, ma ci sono tantissimi altri esami. La stessa attesa dell'analisi del sangue a volte è superiore ad una settimana, quando nelle cliniche private bastano 24 ore. Efficienza quindi che è strettamente collegata all'efficacia, perché prima si riesce ad attivare una prevenzione nei confronti di una patologia che potrebbe insorgere, più si riesce ad essere efficaci nel settore. Ed è indubbio che nella sanità in questo contesto bisogna riflettere anche sull'aspetto che riguarda il patentino di bilinguismo, in una situazione in cui i nostri ospedali si stanno svuotando di personale. Se la situazione all'interno delle strutture ospedaliere non è da stimolo per gli operatori, è ovvio che se ne vanno. E coloro che non se ne vanno, magari sono costretti a subire dei turni assai pesanti di lavoro, spesso perdendo il rapporto anche con il malato. Quando si parla di sanità dal volto umano, si parla di un rapporto che deve essere integro fra paziente e infermiere, ma quando non ci sono le condizioni per l'infermiere o per il medico di operare in maniera adeguata all'interno delle strutture ospedaliere e quindi si cercano nuove soluzioni per riempire nuovamente anche di qualità e non solo di quantità gli ospedali altoatesini, bisogna cercare di fare un passo in avanti per cercare di favorire un nuovo ingresso, anche ipotizzando, derogando il concetto del patentino.

C'è quindi un nuovo quadro in questo contesto altoatesino. Abbiamo vissuto fino adesso una dimensione etnica che ha caratterizzato l'Alto Adige fino ad ora, abbiamo ora una nuova dimensione sociale. Credo che questa sia un po' la scommessa della nuova Giunta provinciale: dare delle risposte concrete alla nuova dimensione sociale, alla nuova povertà che insorge in Alto Adige. Mi dispiace non aver potuto fare

riferimenti adeguati alla relazione programmatica del designato presidente e mi dispiace anche dover aggiungere che non c'era nulla da fare riferimento a quella relazione perché sostanzialmente nulla era indicato in maniera concreta in quella relazione. Avremmo avuto volentieri il compito di esaminare il patto di coalizione. Sarebbe stato opportuno poterci confrontare sui contenuti di quel provvedimento, ovvero sui provvedimenti concreti, ipotizzati da questa Giunta. Questa sarà una legislatura di transizione, durante la quale la dimensione sociale in Alto Adige farà fatica a posizionarsi, con il rischio che si dilati ancora di più lo scarto fra le due velocità con le quali cammina da tanto tempo la nostra provincia, uno scarto che si sta dilatando, a meno che la prossima Giunta provinciale non riesca ad individuare con l'aiuto di tutta l'aula, in un confronto serio, sereno e franco anche con le opposizioni, quelle che possono essere le soluzioni ottimali per riprogrammare la provincia di Bolzano in un'ottica anche sociale e non solo etnica.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

GIORGIO HOLZMANN

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Suspendo la seduta fino alle ore 15.

ORE 12.59 UHR

ORE 15.04 UHR

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

Dr. RICHARD THEINER

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

(Namensaufruf – Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Das Wort hat der Abgeordnete Heiss, bitte!

HEISS (GAF-GVA): Sehr geehrte Kollegen! Werter Herr Landeshauptmann! Meine Bemerkungen zur Regierungserklärung, die uns vom designierten Landeshauptmann vorgelegt wurden, werden kurz sein und sich auf einige grundsätzliche Dinge beschränken. Meine weiteren Kollegen der Fraktion werden detailliertere Kritikpunkte anzumerken haben. Ich halte, aus meiner Sicht, wenig von einer Detailkritik an einem Dokument, das bewusst unscharf gehalten ist, und ich nehme daher vor allem jene Basiselemente und jene Grundhaltungen heraus, die ich in Ihrer Vorlage, Herr Landeshauptmann, vermisse. Sie stehen jetzt am Beginn Ihrer vierten Amtszeit als

Landeshauptmann. In den letzten fünfzehn Jahren haben Sie - und es wäre müßig, dies zu leugnen - vieles bewegt und waren auch über lange Zeit hinweg ein grundlegender Hoffnungsträger eines modernen, aufgeschlossenen Südtirols. Nun geht - das kann ich auch aus der Sicht eines Historikers sagen - die Ära Durnwalder ins Finale. Die Endrunde hat begonnen, mag sie auch noch fünf oder vielleicht zehn Jahre lang dauern. In einer solche Phase wünschte Mann oder wünschte Frau, dass der oberste Verantwortungsträger relativ deutlich, relativ selbstsicher oder selbstkritisch auch zu verstehen gibt, welche Ziele, welche Leitprinzipien sein Amt und seine Person verfolgen. Davon aber lässt seine Erklärung relativ wenig verlauten.

Der Landeshauptmann spricht eingangs und am Schluss, wie dies auch Kollegin Klotz angemerkt hat, von einem "Projekt Südtirol" und verwendet damit einen sehr schwammigen Begriff. Wir wüssten als eine der Genehmigungsbehörden dieses Projekts, als eine Art von politischen UVP-Beirat nur zu gerne, um welche Art von Projekt es sich dabei handelt. Meint der Landeshauptmann ein Vorprojekt, ein Ausführungsprojekt oder ein Varianteprojekt? Nun ist es gewiss klar, dass das Projekt bereits relativ weit fortgeschritten ist, aber einige Auskünfte über den aktuellen Bauabschnitt und die paar Kosten hätten wir doch ganz gerne. Ihre Erklärung, Herr Landeshauptmann, lässt nicht durchgehend erkennen, in welche Richtung dieses Projekt verlaufen soll. Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt aber, der aktuelle Zeitpunkt erfordern mehr denn je eine Positionsbestimmung und den entschiedenen Wunsch auch zur Politikgestaltung. Ihre Erklärung aber liefert in erster Linie eine Aufzählung von zentralen, auch wichtigen Punkten. Das ist keine Frage. Sie ist eine Art von Shoppinglist, eine Einkaufsliste von Themen und Inhalten, die für den zunehmend mageren oder abgeschlankten Haushalt Südtirols noch zu besorgen sind. Diese "lista da spesa" ist daher vor allem eines nicht, nämlich ein Dokument politischer Leidenschaft, die Sie in Ihrer Einleitung für einen Politiker, für politisches Handeln reklamieren. Dabei wären Leidenschaft, dabei wäre eine Spur mehr passionierte Zukunftsgestaltung recht wichtig für unser Land im neuen Europa.

Wir müssen uns der Grundfrage stellen, welche Rolle Südtirol in einem erweiterten Europa einnehmen will und wird. Der uns nicht zugestellte, aber immerhin halbwegs bekannte Koalitionsvertrag liefert hierzu durchaus auch kluge und weiterführende Aussagen, die in Ihrer Regierungserklärung aber nur mehr in homöopathischen Dosen wiederkehren. Es wäre mehr als wünschenswert, wenn sich Südtirol, wenn sich diese Provinz zu einer europäischen Modellregion entwickeln würde. Es wäre schön gewesen, Herr Landeshauptmann, wenn Sie gesagt hätten: "Wir wollen, liebe Bürgerinnen und Bürger, alle Kraft daran setzen, dass dieses Land zu einem Vorbild der europäischen Einigung wird, exemplarisch im Umgang zwischen verschiedenen Sprachgruppen und Kulturen, vorbildhaft in punkto Bürgerbeteiligung im Hinblick auf eine zeitgerechte soziale Sicherung und Solidarität". Dieses Land, so hätten Sie sagen können, muss beim Aufbau einer ressourcenschonenden und mitarbeiterfreundlichen Wirtschaft, eines offenen und leistungsfähigen Bildungssystems sowie einer innovativen

und doch volksnahen Regionalkultur vorangehen. Solche Kernbotschaften lässt Ihr Dokument in vieler Hinsicht vermissen. Wir wünschen beileibe keine pathetische Haltung, aber nur wenn Ziele hochgesteckt sind, wird vieles erreicht. Wir aber haben den Eindruck, dass Ihre Ziele relativ niedrig hängen und sich darauf beschränken, das Erreichte zu sichern und zu festigen. Eine solche Haltung mag zwar ehrenwert sein, sie ist aber die sicherste Garantie auch für ein Abrutschen in Mittelmäßigkeit, in Erstarrung und Lähmung aussichtsreicher Entwicklungen. Die Autonomie Südtirols im nationalen und im EU-weiten Kontext wird am besten dadurch abgesichert, dass dieses Land zum Vorreiter, zum Träger von Zukunftsorientierung mehr denn je aufsteigt und vor allem daraus auch seinen Sonderstatus jenseits aller völkerrechtlichen Absicherungsformen legitimiert. Wenn Südtirol im Zukunftswagen vorangeht, dann hat es weniger denn je Restriktionen zu befürchten, dann liegt es als förderungswerte Modellregion, als "fiore all'occhiello" weit über den Nationalstaat Italien hinaus.

Geringen Mut für die Zukunft beweist Ihr Papier vor allem in zwei Fragen, und zwar im Hinblick auf die Beziehung der Sprachgruppen und auf Themen der Bürgerbeteiligung und Demokratie. Wir alle spüren, dass das Verhältnis der Sprachgruppen, die Beziehung zwischen Deutschen, Italienern und Ladinern zunehmend auch, außer lokaler Kultur, dringend einer Neubestimmung bedarf. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine gewisse Blockade, eine anhaltende Lähmung deutlich spürbar. Diese Wahl hat mit einer – man muss es wohl so sehen – politischen Schwächung der italienischen Sprachgruppe geendet. Es ist dringend darauf zu achten, dass die Gewichtungen und die prinzipielle Gleichrangigkeit der Sprachgruppen in politischer Hinsicht gewahrt bleibt. Darauf haben wir auch als Grüne gedrängt. Die Sprachgruppen müssen einander starke und vitale Partner sein. Sie dürfen nicht in Resignation, in Gleichgültigkeit oder Arroganz auf unterschiedlicher Augenhöhe miteinander, nebeneinander herleben. Wir Grüne sind jene Partei, die die Vielfalt der Sprachen als Reichtum begreift und spüren aktuell an unserer eigenen Haut auch die Konsequenzen der Hegemonie einer Sprachgruppe. Aber so wie wir unsere Situation als deutschsprachige Mandatare als Herausforderung begreifen, mit den anderen Sprachgruppen verstärkt in einen Dialog einzutreten, so wünschen auch wir, dass Südtirol hinsichtlich der Förderung und Begegnung der Sprachgruppen entschieden nach vorne blickt.

In einem früheren Entwurf des Koalitionsprogramms stand der schöne Satz: *"Die Zeit der Wiedergutmachung des faschistischen Unrechts im öffentlichen Bereich ist erfüllt"*. Demnach begänne nun eine neue Ära, deren Bedeutung die politisch Verantwortlichen den Bürgern in aller Deutlichkeit vermitteln müssen. Wir wünschen, aus unserer Sicht, endlich einen Übergang von der Vergangenheits- zur Zukunftspolitik, die Überwindung historischer Hypothesen und ihre Umsetzung in eine friedliche Zukunftsdividende. Hier ist unser, hier ist vor allem aber auch Ihr persönlicher Einsatz massiv gefordert, Herr Landeshauptmann! Wir wünschen eine graduelle Entschärfung jener historischen Zeitbomben, die seit Jahrzehnten vor sich hinmotten, etwa jenes notwendige Minimum an Depotentierung des Siegesdenkmals, das einen deutlichen

Schritt nach vorne bedeuten würde. Hier sind auch die Kollegen zur Linken oder, politisch, zur Rechten gefordert, die Abgeordneten von AN, die endlich einen auch glaubhaften, symbolisch aussagestarken Akt setzen sollten, der über freundliches Bedauern der "torti del fascismo" hinausreicht. Ihre unbestimmte Haltung ermöglicht es, dass von anderer Seite, aber auch von vielen wohlmeinenden Bürgern der deutschen und ladinischen Sprachgruppe die Unverbesserlichkeit "der Italiener und das Fortleben des Faschismus" beschworen wird. Es nützt aber auch herzlich wenig - und das an die andere Seite -, wenn die deutsche Rechte und die Schützen, wie letzten Freitag geschehen, am Landtag mit Likatorenbündeln Spalier stehen. Die Absage der Schützen an den Faschismus verliert dann an Glaubwürdigkeit, wenn sie zwei Tage später anlässlich der Noldin-Feier in Salurn mit einem Festredner besonderer Güte, mit jenem Otto Scrinzi auftreten, der nicht nur als früherer Nationalrat der FPÖ, sondern auch als ehemaliger Nationalsozialist bis heute mit rechtslastigen, an der Grenze des Zumutbaren operierenden Aussagen aufwartet.

Ich denke, in diese Richtung, in diese Richtung der Versöhnung muss Politik gehen. In diese Richtung der Depotentierung muss Politik, müssen Sie, Herr Landeshauptmann, vorangehen! Was wir brauchen, ist ein Operationskalender des Vertrauens, ein neues Aufeinander-Zugehen der Sprachgruppen unseres Landes, eine schrittweise überlegte, unvollzogene Abrüstung im Bereich der Symbole und Namen. Dies gilt auch für den Bereich der Toponomastik. Hier sind die Willkür und der nationale Vernichtungswille auch von Ettore Tolomei in nachholender Gerechtigkeit zweifellos entschieden zurückzuschneiden. Neben einem deutlichen und ersatzlosen Einschnitt in vieler Hinsicht aber ist auch die inzwischen erfolgte Einbürgerung vieler Namen im öffentlichen Bereich anzuerkennen. Es braucht eine vorsichtige Justierung, die das Prinzip wissenschaftlicher Grundlage entsprechend der Erfahrung anderer Staaten und der UN-Empfehlungen deutlich macht, zugleich aber den Aspekt der Versöhnung und Beheimatung aller Sprachgruppen gelten lässt. Vor allem aber ist eine Heranführung von Kindern und Jugendlichen aller Sprachgruppen an die Zeit- und Landesgeschichte Südtirols im regionalen und europäischen Kontext endlich zu leisten. Die Fülle an Museumsgründungen und Geschichtsinitiativen, die in den letzten Jahren entstanden sind, wird erst zu einem Bruchteil für eine angemessene didaktische Vermittlung genutzt. Die Einsicht in die Geschichte und in die Kultur der jeweiligen Sprachgruppen muss entschieden gefördert werden und sie muss über kommitive Einsicht hinaus auch zu einem vertieften Einfühlen und Begreifen in jeweils andere Mentalität und Sichtweise führen. Interkulturelles Lernen, interkulturelle Geschichtsarbeit stehen in Südtirol erst am Anfang. Sie sind jedoch über die Situation unserer Provinz hinaus wegweisend für die Zukunft Europas, unverzichtbar im fortschreitenden Prozess der Globalisierung, auf die das Koalitionsabkommen auch verweist. Diese Aufgabe ist vor allem Auftrag an unsere Kultur, an ihre vielen Facetten, die stärker als bisher neben ihrer gemeinschaftsbildenden Rolle in ihrem Mediationsauftrag, in ihrer europäischen Dimension zu fördern ist.

Die großen Aufgaben, die in dieser Hinsicht auf unsere Schulen zukommen, werden in der Regierungserklärung nur knapp gestreift. Im vorliegenden Text der Regierungserklärung ist das Kapitel Schule knapper gehalten als jenes der inneren Sicherheit. Wir sind froh darüber, dass der Koalitionsvertrag in dieser Hinsicht weiter trägt und das Ziel einer umfassenden sprachgruppenübergreifend und europäisch ausgerichteten Bildungspolitik ins Zentrum rückt.

Ein zweites großes Defizit der Regierungserklärung ist die vielleicht auch wohl bewusste Marginalisierung von Demokratie und Bürgerbeteiligung. Seit kurzem ist in unserem Land eine neue Welle der Bürgerbeteiligung auf unterschiedlichen Ebenen feststellbar. Großprojekte werden diskutiert, vor Ort bestimmte Themen aufgearbeitet. Bürgerbewegungen haben sich in mühsamer Arbeit Kompetenzen angeeignet, die nicht selten die Kompetenz von Politikern und Experten übertreffen. Neue soziale Bewegungen, vor allem auch Frauen verweisen auf konkrete Benachteiligungen, und dieses gestärkte Potential direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung ist in Südtirol dringend erwünscht. Es bildet das oft notwendige Korrektiv gegen die übermächtige Exekutive in Land und Gemeinden. Es hinterfragt die Expertenschaft und die Abläufe der Verwaltung. Sie, Herr Landeshauptmann, haben dieses große, auch fruchtbare Reservoir an den Rand gedrängt. Für Sie ist Bürgerbeteiligung vielfach auch die Freiheit der Bürger, sich zur Morgenstunde an Sie zu wenden und die Entscheidung an Sie zu delegieren.

Der erste Gesetzentwurf dieser Legislaturperiode ist jener zur direkten Demokratie. Dies ist kein Zufall, sondern ein ernst zu nehmender Auftrag. Bürgerbeteiligung hieße auch, ein stärkeres Gleichgewicht zwischen den Bezirken unseres Landes zu suchen. Es muss eine Aufgabe der künftigen Legislatur auch sein, ein neues Leitbild für die Bezirke unseres Landes zu suchen. Das wachsende Ungleichgewicht in der Bezirkssituation trifft vor allem strukturell schwächere Regionen wie das hochbelastete und auch gefährdete Eisack- und Wipptal, das immerhin – man darf das nicht vergessen – ein Fünftel der Abgeordneten dieses Hauses stellt. Ein erster Schritt zur Aufwertung dieser Region wäre etwa der administrative stärkere Zusammenschluss der Bezirke Eisack- und Wipptal zur Stärkung ihrer gemeinsamen Interessen und Synergien. Herr Landeshauptmann! Sie haben zurecht Kooperation und Zusammenarbeit immer wieder ins Zentrum Ihrer Erklärungen gerückt. Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit dient jedoch nicht nur, wie Sie in Ihrer Regierungserklärung vornehmlich betonen, zur Mitteleinsparung, sondern vor allem auch zur Gewinnung jener Flexibilität, zur besseren Berücksichtigung und Wahrnehmung gemeinsamer Interessen. Dies gilt in allen Bereichen wie in der Kooperation der Bezirke, in der Landesverwaltung, auf der Ebene der Sanitätseinheiten und erst recht in der Wirtschaft. Die Gruppenegoismen, die Egoismen der einzelnen Sektoren und von einzelnen Individuen sind, aus meiner Sicht, der gravierendste Kosten- und Verschwendungsfaktor und jenes Element, das Südtirol für die Zukunft mit am stärksten lähmt.

Sie haben, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, drei Grundkomponenten genannt, die nach dem großen Soziologen Max Weber politisches Handeln bestimmen sollten, nämlich Leidenschaft, Verantwortung und Weitblick. Weber hat jedoch in seinem Büchlein vom Beruf der Politik nicht den Weitblick, sondern das Augenmaß als dritte Komponente angeführt. Mit Augenmaß meint Max Weber die Fähigkeit, die Wirklichkeit mit innerer Ruhe und Gelassenheit auf sich wirken zu lassen, also Distanz zu den Dingen und Menschen zu schaffen. Distanzlosigkeit, falsche Parteilichkeit für eine Sache oder für bestimmte Gruppen ist, so Weber, eine der Todsünden jedes Politikers. Wir wünschen Ihnen für die kommenden Jahre die notwendige Distanz, das notwendige Augenmaß und Unvoreingenommenheit, jene Eigenschaften, die Ihren Vorgänger, dem wir bei aller Skepsis dies zuerkennen müssen, in hohem Maße auszeichneten. Sie stünde Ihnen als Leitmotiv Ihrer späten Jahre als Politiker besonders gut an. Danke schön.

PÖDER (UFS): Werte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Regierungserklärung fehlt es am Erneuerungswillen. Diese Regierungserklärung strotzt sozusagen vom Willen, nichts zu erneuern, und sie zeigt keine Fortschritte in den wesentlichen und wichtigen Bereichen. Es ist mit Sicherheit so, dass wir uns auch nach dem Wahlergebnis insgesamt erhofft hätten, dass man in den verschiedenen wichtigen Bereichen, ob das jetzt die Familien- oder Sozialpolitik ist, ob das jetzt auch die Politik im Bereich Landesraumordnung, im Bereich Verkehrspolitik ist, ob das die Vorgangsweise hinsichtlich einer Europaregion Tirol ist, ob das die Demokratiepolitik ist, ob das die verschiedenen Bereiche der Reform der öffentlichen Verwaltung angeht, wesentlich mehr Zukunftsvisionen, Pläne oder Konzepte präsentieren würde. Es mag einer sagen, Visionen sind in der Politik, wenn man Regierungsarbeit, Verwaltungsarbeit leisten will, eher unangebracht, da braucht es knallharte und klare Konzepte, da braucht es klare Pläne, wie man vorgehen will. Ich denke, dass man sehr wohl eine Vorstellung, eine "Vision" von der Zukunft des Landes, von der Zukunft der Menschen, der Umwelt, der Familien und insgesamt der Gesellschaft haben sollte. Südtirol sollte zu einem Familien- und Kinderland werden. Meiner Meinung nach sollte es zu einem europareifen Land, einem Europaland und zu einem Umweltland werden, wenn man es so will. Südtirol braucht eine Landesregierung, eine Politik, es braucht selbstverständlich auch Verbände und Organisationen, die Erneuerung wollen, die erneuern können und die bereit sind, neue Ideen zuzulassen, neu zu denken und diese auch zu verwirklichen. Von alledem ist zu Beginn dieser 13. Legislaturperiode aus den Reihen der sich gerade konstituierenden Regierungsmehrheit im Lande wenig bis gar nichts zu hören. Sie sind mehr Bewahrer, nicht aber Bewahrer der Landschaft und des Wohlstandes, sondern Bewahrer ihrer Besitzstände, der Posten, der Futtertröge, der Kleinkariertheit und der Engstirnigkeit. Das kann man sagen.

Die Regierungserklärung, die am vergangenen Freitag verlesen wurde, ist verstaubt. Den designierten Landeshauptmann und seiner Frau- und Mannschaft fehlt

es, wie gesagt, an Erneuerungswillen und Reformbereitschaft. In den Reihen der SVP und in der designierten Regierung herrscht viel mehr Zukunftsverweigerung denn Zukunftsbereitschaft. Die Europaregion Tirol zum Beispiel wird zu Grabe getragen, die Region Trentino-Südtirol hingegen künstlich am Leben erhalten, wenn man dem wenigen, was in der Regierungserklärung steht, zumindest Glauben schenken darf.

Die Belastungen für Bürger und Wirtschaft sollen nicht geringer, sondern eher noch größer werden. Das lese ich heraus. In der Haushaltspolitik gibt der designierte Landeshauptmann zu, in den letzten Jahren zu viel Geld ausgegeben zu haben, zieht aber als einzige Konsequenz daraus die Aussage, dass man jetzt nicht mehr viel ausgeben könne. Er formuliert es so, dass man das Getane, das Gemachte bewahren müsse. Es scheint die Luft draußen zu sein. Zu Beginn dieser Legislatur wirken einige, auch der Landeshauptmann, amtsmüde und ideenlos. War bereits in der letzten Legislatur ein Reformunwille erkennbar, so lässt die Regierungserklärung - zumindest das Koalitionsprogramm kennt man ja noch nicht zur Gänze - befürchten, dass aus dem Reformunwillen ein Reformstau wird. Man hat überhaupt keine Lehren aus der Wählerbewegung, die stattgefunden hat, gezogen. Es ist sinnlos, sie zu leugnen. Man will sie nicht ziehen, man verleugnet die Wählerbewegung.

Es fehlt, wie gesagt, an Ideeninhalten und Zukunftsprojekten, und leider sind auch die designierten Landesrätinnen und Landesräte nicht dazu angetan, auf Reformen und Erneuerung zu drängen. Sie lassen nicht auf solche Schritte hoffen. Da schickt ein politisches Wachsfignrenkabinett sich an Regierungsverantwortung zu übernehmen, welches regungslos, aber von sehr schwacher Konsistenz ist. Dieser Landeshauptmann, diese Landesregierung, diese SVP-geführte Mehrheitskoalition, diese Regierungserklärung und dieses Regierungsprogramm weisen nicht in die Zukunft zurück, sondern voran, nämlich in den Abgrund.

Ich erlaube mir einige Bereiche wie die Demokratiereform und die Machtkontrolle in dieser Erklärung anzusprechen. Diese fehlen, meiner Meinung nach, zur Gänze. Die Landesregierung erweist sich einmal mehr als demokratieresistent. Die Bürgermitbestimmung bleibt weiterhin leerer Buchstabe. Die Frage der Bürgerbeteiligung bei Entscheidungsfindungsprozessen wird nicht bürgerdemokratisch gelöst werden. Die Volksbefragung bleibt Stiefkind der Demokratiepoltik. Man will die Menschen in diesem Land einfach nicht noch mehr mitbestimmen lassen. Offenbar hat man doch ein Landtagswahltrauma in diesem Sinne. Die zum Teil hohen Verluste in den meisten Gemeinden des Landes haben gezeigt, dass die Menschen im Lande sehr wohl imstande sind, gute Politik von schlechter Politik zu unterscheiden, falsche Versprechungen von echtem Politik- und Erneuerungswillen zu unterscheiden. Vor allem haben die Südtirolerinnen und Südtiroler offenbar doch eine klare Meinung von dem, was sie politisch wollen und was nicht. Wohl deshalb will man im neuen Regierungsprogramm die Bürger auch in Hinkunft nicht stärker in die Entscheidungsfindungsprozesse der Politik in Südtirol miteinbinden, weil man Angst hat, dass die Menschen im Lande die eine oder andere politische Dummheit dann selbst stoppen könnten.

Im heurigen Frühsommer hatte ich das Vergnügen, mit einigen Kollegen auf Einladung des Schweizer Kantons Glarus an der dortigen Landsgemeinde teilzunehmen. Ich will das Modell jetzt nicht auf Südtirol übertragen. Ich möchte das nur als Beispiel sagen. Die Landsgemeinde findet einmal im Jahr statt und ist die Versammlung der wahlberechtigten Bürger des Kantons. Sie beschließt den Steuersatz, die Steuererhöhungen. Also die Bürger des Kantons beschließen den Steuersatz, die Steuererhöhungen, die Steuersenkungen, alle Gesetze oder Gesetzesänderungen. Sie wählen direkt ihren Regierungschef. Sie wählen auch die Richter des obersten Gerichtshofes und sie entscheiden über Projekte und Vorhaben, die 500.000 Franken aus dem Haushalt übersteigen. Ich halte das für eine grandiose Einrichtung, natürlich dort basierend auf dem historischen Kontext, auf der demokratischen Tradition dieses Landes, dieser Kantone, der Eidgenossenschaft an sich. Es ist sicherlich ein Beispiel von Demokratie- und Politikreife. Wie gesagt, man muss dieses Modell nicht übernehmen. Vielleicht kann man es auch in dieser Form gar nicht übernehmen. Etwa ein Drittel der stimmberechtigten Bürger nehmen an einer solchen Landsgemeinde teil. Dort entscheidet also zumindest ein Drittel der Bevölkerung über die Geschicke des Landes, über Gesetze, Steuern und Projekte. Bei uns entscheidet im besten Fall, wenn es der Landtag tut, ein 13.751-tel der Bevölkerung, also der Landtag, über die Gesetze. In der Regel sind es noch weniger, eigentlich im Prinzip nur einer.

Wir möchten schon eine Demokratiereform und Südtirol bräuchte eine solche. Der Landtag sollte doch wieder die zentrale gesetzgeberische und auch politiklenkende Rolle einnehmen, die ihm zusteht, dies aber nicht durch noch weniger Einfluss und Mitspracherecht durch Änderungen der Geschäftsordnung u.dgl., sondern im Gegenteil, eher mehr. Projekte sowie Ausgaben, die einen bestimmten Umfang des Landeshaushaltes oder der Gemeindehaushalte übersteigen - dieses Modell könnte man ohne weiteres übernehmen - sollten einer Volksbefragung unterzogen werden, warum nicht?

Was wir nicht brauchen, ist ein demokratieverhinderndes Landtagswahlrecht, der einzig wirklich konkrete Punkt, wenn es ein Reformpunkt ist. Im Regierungsprogramm scheint es ja das Landtagswahlrecht und die Geschäftsordnung zu sein. Das ist direkt damit verbunden. Man will das Landtagswahlrecht reformieren. In einem sehr verwirrenden Satz wird die Korrektur der Vorzugsstimmenregelung mit der Wahlkampfkostenbeschränkung in Verbindung gebracht. Es ist lächerlich, dass man nach der Materialschlacht der SVP und ihrer Kandidaten eine Wahlkampfkostenbeschränkung vorschlägt und mit einem Vorzugsstimmenmodus, einer Vorzugsstimmenregelung in Verbindung bringt. Es ist aber doch wesentlich, dass diese "korrigierte" Vorzugsstimmenregelung in der Regierungserklärung angesprochen wird. Damit bringt Luis Durnwalder sein Lieblingskind hinsichtlich der Landtagswahlneuregelung im Regierungsprogramm doch indirekt wieder unter. Er will die Vorzugsstimmen abschaffen und kleine Ein-Mann-Wahlkreise oder Eine-Frau-Wahlkreise einführen. Damit würden künftig nur noch die Lobby-Vertreter, einige Bezirksgrößen oder Dorfka-

ser im Landtag vertreten sein, in den Landtag gewählt werden. Ich denke doch, dass es hier großer Anstrengungen bedarf, speziell von Seiten der Opposition und jener Kräfte in der Mehrheit, die sich in einem Wahlkreissystemmodus ohne Vorzugsstimmenregelung nicht sozusagen die bereits gewählten Abgeordneten vor die Nase setzen lassen wollen. Hier bedarf es doch einiger Anstrengungen, um eine solche Reform des Landtagswahlrechtes zu verhindern.

Auch eine Politikreform sollte es hin und wieder einmal geben. Wenn wir die inhaltslose Wahlschlacht der SVP vor den Wahlen und den Postenschacher nach den Wahlen gesehen haben, dann sieht man, dass in großen Teilen der Politik vorwiegend die Futtertrogmentalität herrscht. Themen wie Familie, Umwelt, Heimat, Landschaft und soziale Gerechtigkeit mussten letztlich dem Postengerangel weichen und müssen dem wahrscheinlich auch weiterhin weichen. Es geht nicht mehr um Themen oder um die Zukunft der Gesellschaft unseres Landes, sondern um Posten, Geld und Privilegien. Man kümmert sich weder um abgegebene großmundige Wahlversprechen vor den Wahlen noch um die Themen, welche den Bürgern offenbar wichtig sind, sonst hätten sie ja keine Wählerbewegung, die doch teilweise beachtlich war, selbst ausgelöst.

In den letzten Wochen wurde ausschließlich um Posten gefeilscht. Die Politik wurde von Luis Durnwalder, von der SVP-Führung sowie von den SVP-Mandataren zum Marktplatz persönlicher Macht und Privilegiengier degradiert. Jeder Posten im Landtag, in der Landesregierung, im Regionalrat und in der Regionalregierung wurde zum Handelsobjekt zwischen SVP, Bezirkslogik oder Bezirksunlogik, zwischen Interessensgruppen, Verbänden, parteiinternen Strömungen, politischen und privaten Seilschaften und Strippenziehern. Sogar vor dem Präsidentenamt im Landtag hat der Postenschacher nicht halt gemacht. Bekanntlich wird er derzeit, ebenso wie der Präsidenten- oder der Vizepräsidentensessel im Regionalrat, irgendwo als Parkplatz benutzt. Beim Postenschacher im Landtag und Regionalrat sowie in der Landesregierung und im Regionalausschuss geht es auch nicht um persönliche Fähigkeiten oder um Wählerzuspruch. Es geht lediglich um ein parteiinternes Machtspiel. Wir haben von Anfang an - Kollegin Klotz hat es angesprochen - die Zahl der zur Verfügung stehenden Posten kritisiert. Man hätte die Zahl der Landesregierungsmitglieder verringern können. Wie gesagt, sie hätte ganz einfach und leicht auf 7 verringert werden können. Man hätte mehr Effizienz, geringere Kosten und zusätzlich hätte man Giorgio Holzmann als Landtagsvizepräsident verhindern können. Die Schweiz wird von 7 Bundesräten, Kärnten von 7 Landesregierungsmitgliedern regiert. Das Bundesland Tirol kommt mit 8 Landesregierungsmitgliedern aus. In Südtirol braucht es 11 Regierungsmitglieder, um eine ordentliche, aber, wie man doch sieht, letztlich unordentliche Politik zu machen. Wahrscheinlich wollte man sich aber die Postenverteilungsmaschinerie erhalten, denn ohne Posten kann man die einzelnen Kräfte und Strömungen auch nicht als Puppenspieler im Hintergrund gegeneinander ausspielen. Teile und herrsche ist die

Devise! Manchmal kann aber diese Teile-und-Herrsche-Mentalität bzw. Strategie auch ein Rohrkrepiierer sein oder nach hinten los gehen, wie man so schön sagt.

Themenlosigkeit war insgesamt in diesen letzten Wochen und Monaten angesagt, und auch heute bis zur Stunde hat man wenig bis gar nichts von Themen, Vorhaben und Projekten gehört, die in den nächsten fünf Jahren verwirklicht werden sollen. Ich frage mich wirklich, wie ein Landtag, wie Landtagsabgeordnete ihrer Verantwortung gerecht werden wollen, wie sie sich überhaupt an der Wahl der Landesregierung beteiligen können, wenn sie gar nicht wissen, was diese Landesregierung in den nächsten fünf Jahren eigentlich tun will und wer was, welche Aufgaben übernehmen will.

Zu Beginn dieser Legislatur fordern wir im Landtag Gesetzesinitiativen und auch Beschlussvorlagen, um die Privilegiendebatte und die gesamte Postenregelung neu zu definieren. Natürlich wird man das in einigen Kreisen mit Bauchweh registrieren. Natürlich ist es bequemer, wenn man, wie bisher, die Regelung beim Regionalrat angesiedelt belässt und die Koppelung der eigenen Amtsentschädigungen oder Gehälter an die Abgeordnetengehälter und letztlich an die Amtsentschädigungen der Richter des Kassationsgerichtshofes gekoppelt lässt. Natürlich ist es bequemer, wenn man nicht selbst die Debatte hier im Landtag führen muss. Ehrlicher ist es aber allemal, wenn wir eine offene Debatte führen und uns nicht vorher im stillen Kämmerchen einigen und sagen: "Gut, das ziehen wir schnell über die Bühne", so wie das zum Beispiel im römischen Parlament, auch unter Beihilfe und Mittäterschaft der Südtiroler Volkspartei, immer wieder der Fall ist. Man streitet und rauft sich um Gesetze und Gesetzesvorhaben, es wird oft lange Zeit, auch richtigerweise, diskutiert, aber wenn es einmal darum geht, über die Amtsentschädigungsregelung der Parlamentarier zu debattieren, dann geht das ziemlich schnell und es gibt in der Regel ziemlich große Mehrheiten bis hin zur Einstimmigkeit. So sollte es hier nicht sein. Man sollte doch eine ehrliche und offene Debatte führen. Man sollte vielleicht, wie gesagt, drangehen, die Sonderfonds zu halbieren, die den Landesregierungsmitgliedern zustehen, und auch die zusätzlichen Amtsentschädigungen etwas reduzieren. Die Dienstautos sollten künftig nur mehr innerhalb der Region Trentino-Südtirol eingesetzt und nicht zum Kaffeetrinken auf eine Fahrt nach München benutzt und missbraucht werden. Das sind vielleicht Tropfen auf den heißen Stein. Es wäre aber allemal eine ehrlich gemeinte und gut gemeinte Geste an die Bürger. Dann kommen natürlich die großen Posten. Ich rede von den Amtsentschädigungen, von einer neuen Pensionsregelung an sich. Es ist, wie gesagt, wieder das Wesentliche in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Dann würde man vielleicht auch dem Postenschacher ein wenig Herr werden und diesen Postenschacher ein wenig eindämmen. Wenn es wieder um Themen, Land und Leute und um die Zukunft dieses Landes geht, dann würden sich schnell jene herauskristallisieren, die Ideen für die Zukunft haben und jene, die nur in die Politik wollen, um Posten zu besetzen und irgendwelche Privilegien zu genießen.

Die Haushaltspolitik ist im vorliegenden Regierungsprogramm, in dieser Erklärung nur marginär angesprochen, obwohl ihr zentrale Bedeutung zukäme. In der Haushaltspolitik werden die Grenzen der Durnwalder-Politik mehr als deutlich. Die finanziellen Ressourcen sind aufgebraucht. Wir haben eigentlich keinen Spielraum mehr für neue Ausgaben, für größere, vielleicht notwendige Ausgaben. Die derzeitige Haushaltspolitik hat hauptsächlich vier Eckpunkte. Die ausufernden Kosten in der öffentlichen Verwaltung und Sanität sind einer davon, dann die verschwenderische Ausgabenpolitik bei der öffentlichen Verwaltung, bei den öffentlichen Bauten und Arbeiten, die mittlerweile verschleierte Haushaltsverschuldung von 650 Millionen Euro, der Anstieg der laufenden Ausgaben und der Rückgang des Investitionsrahmens. Das sind die vier Eckpunkte insgesamt der bisherigen Haushaltsgebarung, der bisherigen Haushaltspolitik, die eigentlich als Politik, als Regierung so nicht stattgefunden hat. Bei der öffentlichen Verwaltung wird nicht an Kürzung oder Ausgaben gedacht und in der Sanität schon gar nicht, wohl aber über höhere Steuern oder zumindest über das Erhalten des hohen Steuerdruckes. Die Verschwendungspolitik wird man so sicherlich nicht in den Griff bekommen.

Die Landesregierung und die SVP müssen sich auch auf Staatsebene wohlweislich mit Händen und Füßen gegen Steuerkürzungen wehren. Ich meine jetzt nicht die geringeren Zuweisungen, sondern echte Steuerkürzungen, die letztlich den Bürgern und den Unternehmen zugute kommen. Man kann diesen bisher aufgebauten Verteilungsapparat nur mit dem großen und hohen Umfang der Finanzen weiter finanzieren. Auch mit dem bisherigen Umfang wird man das aber nicht in der bisherigen Form tun können. Man wird sich einschränken müssen, nur wo? Da hat man überhaupt keine Ideen. Man hat überhaupt keine Ansätze einer neuen Haushaltspolitik. Sie müsste auf vier Säulen stehen, nämlich Reduzierung der Kosten in der öffentlichen Verwaltung und der Sanität. Da braucht es einfach einen Konsens. Da braucht es einfach auch eine ganz klare Zielvorgabe, die es nicht gibt. Jedes Jahr geht man mit Achselzucken in den Landtag oder auch in die Haushaltskommission und sagt: "Die Kosten sind halt hoch, das ist in der öffentlichen Verwaltung und Sanität halt einmal so. Was wollen wir da noch eindämmen? Was wollen wir da noch kürzen?" Regelmäßig treten dann mit dem Nachttagshaushalt die Riesenlöcher, die Finanzlöcher in der öffentlichen Verwaltung und in der Sanität auf.

Die zweite Säule einer vernünftigen Haushaltspolitik wäre die eigenständige Wirtschafts- und Steuerpolitik mit Steuersenkungen, eine ausgabenseitige Kürzung bei den verschiedenen unnötigen Subventionen, bei verschiedenen unnötigen Projekten und dann natürlich die Umschichtung der verschiedenen Haushaltsziele. Das haben wir immer wieder in der Haushaltskommission besprochen. Manchmal hat man uns – uns von der Opposition meine ich - dann Recht gegeben, man hat aber trotzdem keine Konsequenzen daraus gezogen.

Wesentlich erscheint mir der Umstand, dass man die verschleierte Haushaltsverschuldung von 650 Millionen Euro in den Griff bekommt und abbaut. Das ist si-

cherlich eine der vordringlichsten Aufgaben, die wir in dieser neuen Legislatur hätten. Von der letzten Legislatur ist eine Altlast übrig geblieben. Man hat diese Haushaltsverschuldung einmal eingebaut und dann hat man sie als SEL AG, sozusagen als Kapitalaufstockung verschleiert. Sie ist aber nichts anderes als eine Haushaltsverschuldung. Es sind 650 Millionen Euro, die irgendwann einmal eine zu hohe Hypothek für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden.

Übrigens wurden die Bürger im Landtagswahlkampf hinsichtlich der Haushaltslage von der Landesregierung belogen. Nach den Wahlen kam heraus, dass es dann doch noch irgendwo ein Loch von 13 Millionen Euro gab. 11,5 Millionen Euro wurden für die Beamtengehälter und der Rest von ungefähr 1,5 Millionen wurde für die Zivilinvalidenrenten ausgegeben. Es kam heraus, dass ein Betrag von insgesamt 13 Millionen Euro fehlt. Dass es einen Fehlbetrag gibt, das wurde uns vorher nie gesagt. In den Haushaltsdebatten, in der Kommission und im Plenum haben wir schon darauf gedrängt, dass uns gesagt wird, wo denn nun vielleicht doch Engpässe auftreten könnten. Man hat gesagt: "Keine, wir haben alles im Griff". Auch im Wahlkampf hat man dieses auch finanziell starke Südtirol vorgegaukelt, das letztlich so stark, finanziell zumindest und auch in anderer Hinsicht, nicht ist. Man hat gesehen, es fehlen Gelder, es sind Löcher da. Man hat herumgewurstelt, man hat zugedeckt, zugekleistert und nach den Wahlen ist dann das eine oder das andere aufgebrochen. Es ist eigentlich der Beweis, einer der Beweise dafür, dass beim Haushalt 2003 geschwindelt und falsche Zahlen präsentiert wurden. Die Gelder mussten dann aus dem Reservefonds abgebucht werden, der auch nicht unbedingt für solche Zwecke geschaffen wurde, und gerade solche Beträge sollte man eigentlich schon vorher im Griff haben und planen können. Wie gesagt, das wurde nicht getan, warum auch immer.

Die finanziell negative Entwicklung war bei dieser Ausgabenpolitik in den letzten Jahren, die auch in der letzten Legislatur fortgesetzt wurde, vorhersehbar. Wir haben immer wieder vor dieser Entwicklung gewarnt. Bereits vor vier Jahren haben wir einen Personalaufnahmestopp in der Landesverwaltung gefordert. Man hat uns immer gesagt, dass es ihn de facto ja schon gibt. Die Statistik des ASTAT hat aber gezeigt, dass es dem nicht so war und nicht so ist. Es hat Personalaufstockungen gegeben. Erstaunlicherweise hat es sogar bei der Region Personalaufstockungen gegeben, obwohl diese immer weniger Arbeit, immer weniger zu tun hatte, also weniger Arbeit, weniger Zuständigkeiten hatte und mehr Personal brauchte. Diese Logik verstehe einer! Wir haben immer gefordert, dass man die Sanitätsausgaben und die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in einem vorgegebenen Rahmen über mehrere Jahre hinweg in den Griff bekommt, diese Forderung wurde aber nie in Betracht gezogen. Man hat die zu verschwenderische Politik fortgeführt und jetzt bekommen die Bürger dafür die Rechnung präsentiert.

Ich denke schon, dass wir zu Beginn dieser Legislatur einen ehrlichen Kassensturz machen sollten, dass wir ehrlich daran gehen sollten zu schauen, welche Gelder wirklich noch da sind, wie viel überhaupt noch ausständig ist. Das wird immer

vornehm verschwiegen, auch wenn man nachfragt. Welche Gelder haben wir eigentlich noch von Rom zu bekommen? Wie groß sind die Verzögerungen in diesem Bereich? Wo sind noch offene Posten? Wir sollten einmal ganz ehrlich jene Posten ansprechen, die eigentlich schon im Haushaltsvoranschlag zu finden sind, nämlich die langfristigen Bindungen, die jährlichen Ratenzahlungen sozusagen, die mittlerweile bis in die Jahre 2023 und 2025 hineinreichen, die einen großen Umfang des Haushaltes ausmachen, die immer wieder in den Investitionsausgaben hineingefügt werden, die aber eigentlich laufende Ausgaben sind.

Auch eine Verwaltungsreform wäre angebracht. Einen Erneuerungs- und Reformprozess in der öffentlichen Verwaltung haben wir auch schon des Öfteren angesprochen. Wie sollte dieser vonstatten gehen? Einfach Personal kürzen u.dgl.? Natürlich kann man nicht mit der Brechstange vorgehen. Das ist schon klar. Ein lange aufgebautes System mit einem riesigen Beamtenapparat ist nicht so leicht zu reformieren. Das ist selbstverständlich. Man muss aber danach trachten, denn letztlich fehlen uns auf dem freien Markt, auf dem privaten Markt sozusagen die Arbeitskräfte, weil sie von der öffentlichen Hand, ob das jetzt das Land, die Gemeinden oder auch teilweise der Staat sind, absorbiert werden. Letztlich fehlen uns natürlich die finanziellen Ressourcen, die dieser öffentliche Apparat kostet. Ich will jetzt nicht einzelne Bereiche ansprechen und fragen, ob dort Beamte abgebaut werden könnten oder nicht. Das ist irrelevant. Das muss in einer gesamten Reform geschehen. Das soll jetzt auch nicht eine Beamtschelte sein, im Gegenteil. Die Beamten haben ihre Anstellung, ihren Job, ihren Beruf. Das ist eine politische Frage und keine, sagen wir mal so, Arbeitsmarktfrage.

Wir sollten die Verwaltungsapparate dezentralisieren, noch mehr dezentralisieren. Sie sind noch viel zu wenig dezentralisiert und sind teilweise in die Bezirkshauptorte verlagert. Ich würde Hand in Hand damit gehen und zum Beispiel die Bezirksgemeinschaften einfach abschaffen. Diese haben keinen Sinn. Die Gemeinden sind sicherlich als Lokalkörperschaften hinsichtlich Gemeindeautonomie zu stärken, die Bezirksgemeinschaften haben aber keinen Sinn in dieser Form. Diese sollte man vielleicht nach dem Muster der Bezirkshauptmannschaften im Bundesland Tirol in irgendeiner Weise umfunktionieren, so weit das in unsere Möglichkeiten, verwaltungsrechtlich, politisch und auch autonomierechtlich gesehen, fällt. Man sollte sicherlich eine Dezentralisierung mit Verlagerung von Personal von der Zentrale in Bozen hinaus in die Bezirke vorsehen. Ich meine jetzt wirklich die Verwaltungsebenen. Ich rede nicht von den Sanitätsbetrieben und auch nicht von den Schulen. Da ist eine auferzwungene Dezentralisierung vorhanden. Ich rede ganz einfach von der Landesverwaltung an sich, die dezentralisiert werden sollte. Man sollte vielleicht solche Möglichkeiten wie Zukunfts- und Bürgerzentren in Betracht ziehen. Wie gesagt, dies sollte nach dem Muster der Bezirkshauptmannschaften im Bundesland Tirol gemacht werden, aber nichts dergleichen wird getan. Man hat vor über 10 oder 15 Jahren einmal aus den Reihen der damals neuen Landesregierung und von Seiten des damals neuen

Landeshauptmannes gehört, wie stark man darangehen werde, die Verwaltung zu dezentralisieren, zu reformieren, Kommissionen abzubauen und was weiß ich noch alles geschehen sollte. Nichts dergleichen ist bisher geschehen. Es ist alles, mehr oder weniger, beim Alten geblieben, außer dass noch einige Verwaltungsebenen wie zum Beispiel die Ressortdirektoren – ich will jetzt nicht über Sinn und Unsinn der Ressortdirektoren reden - und einige Kommissionen dazu gekommen sind.

Man könnte die Verwaltungswege kürzen und gleichzeitig die Zeiträume für Genehmigungsverfahren und bürokratische Vorgänge wesentlich straffen. Zum Beispiel ist es so – und ich sage das wirklich als Beispiel, weil ich mir die Sachen einmal angeschaut habe -, dass die Bezirkshauptmannschaften im Bundesland Tirol dermaßen strukturiert und gegliedert sind, dass ein Bürger oder ein Unternehmer, der irgendetwas braucht, egal ob das jetzt eine Lizenz, ein Beitrag, eine Genehmigung oder sonst irgendetwas ist, innerhalb von spätestens 3 Wochen darüber Bescheid bekommt, ob das in Ordnung geht oder nicht. Das sind bei uns ganz andere Realitäten. Das dauert bei uns nicht Wochen, sondern Monate. Bei der Beitragssituation in der Wirtschaft dauert es bis zu 20 Monate, bis ein Genehmigungsverfahren erst einmal abgeschlossen ist. Zum Beispiel im Gastgewerbe und auch beim Handwerk dauert es über 10 Monate, bis man darüber Bescheid bekommt. Die Auszahlung lässt dann noch weiter auf sich warten. Das sind unendlich lange Wege, bis das Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist, ob dann jemand ein Ja oder ein Nein erhält, das weiß er nach unendlich langer Zeit. Bis er dann, wenn er eine Zusage erhält, wenn es sich um einen Beitrag handelt, den Betrag ausgezahlt bekommt, dauert es dann wiederum länger. Hier ist eine Reform dringend nötig. Wie gesagt, ich würde dezentralisieren, weil wir in den zentralen Ämtern, in den Ressorts der Landesverwaltung, in den Assessoraten alleine fast 11.000 öffentliche Angestellte haben. Insgesamt gibt es in Südtirol 40.000 Angestellte. Ich will jetzt nicht in Frage stellen, ob es in der Sanität zu wenige oder zu viele Angestellte gibt. Ich will jetzt nicht darüber diskutieren, ob es bei den Lehrkörpern zu wenige oder zu viele gibt. Ich will jetzt nicht in Frage stellen, ob die Gemeinden Engpässe haben oder ob sie teilweise zu viel Personal haben. Ich rede jetzt von den Ressorts der Landesverwaltung mit fast 11.000 Beamten, und das ist zu viel.

Wir sollten diese Verwaltungsreform sicherlich mit einem Personalaufnahmestopp in der Landesverwaltung Hand in Hand gehen lassen und auch die Ämter und die Strukturen dabei möglichst zusammenlegen. Sie wurden auch aus politischen Überlegungen teilweise aufgeteilt. In der letzten Legislatur wurden sozusagen neue Sessel für die Landesräte, zumindest einer, geschaffen. Dann mussten wieder Einheiten aufgeteilt, neue Beamtenapparate aufgebaut, neue Strukturen geschaffen werden. Das alles könnte man vermeiden, das alles könnte man reduzieren, zusammenlegen und möglichst in einem vernünftigen Ausmaß dezentralisieren, damit jemand draußen als Bürger seine Vorhaben, Geschäfte und Gesuchswege abwickeln kann und das alles nicht unbedingt immer zentral machen muss.

Es braucht natürlich auch eine Sozialpolitik und eine Reform der Familienpolitik. Diese findet weiterhin nicht statt. So lesen wir es zumindest aus dieser Regierungserklärung. Das Wort "Kind" kommt in der Regierungserklärung nicht vor. Es wird keine finanzielle Entlastung für die Familien geben. Es wird nicht mehr Förderungen für Familien mit Kindern geben. Die Familien werden weiterhin sich selbst überlassen. Die soziale Gerechtigkeit wird nicht in einem programmatischen Punkt, in einer programmatischen Aussage angesprochen und umgesetzt. Die Belastungen werden wahrscheinlich höher, nicht geringer. Außerdem räumt man in der Regierungserklärung zum Beispiel – ich will jetzt nicht Bereiche gegeneinander ausspielen – der Entwicklungshilfe umfangmäßig mehr Raum, mehr Platz ein als beispielweise der Familien- und Kinderpolitik. Alles, was im Wahlkampf, vor dem Wahltag in Sachen Familienpolitik versprochen wurde, wurde bereits gebrochen. Kurz vor den Wahlen hat man ein großartiges Konzept angekündigt. Das hat es nicht gegeben und jetzt wenige Wochen nach den Wahlen ist das alles kein Thema mehr, kein Konzept wird mehr angekündigt, schon gar nicht ausgearbeitet. Man könnte wenigstens ankündigen, dass man sich darum kümmern wird, ein Konzept für die Familienpolitik, für mehr Entlastung in diesem Bereich, für mehr Förderung in diesem Bereich auszuarbeiten. Das geschieht nicht. Man hat es nicht einmal für notwendig empfunden, es in einer Regierungserklärung als mögliche Perspektive anzukündigen. Vor der Wahl wurde es aber versprochen, nach den Wahlen wird fleißig das Wort gebrochen. Das gebrochene Wort "Familienpolitik" ist ad acta gelegt.

Wir bräuchten ein – ich setze auch dies unter Anführungszeichen – "Familienpaket" auf Landesebene, ein echtes Familienpaket und nicht eines, das wir aus der Region mit Entlastungsmaßnahmen kennen, denn die Belastungen sind enorm gestiegen, steigen ständig an. Auch Land und Gemeinden belasten kräftig mit öffentlichen Abgaben. Man möchte meinen, in der Steuerpolitik lässt man Rom werkeln. Man hat aber selbst einiges in der Hand, nämlich 15 Prozent aller Steuereinnahmen werden mittlerweile auf Landesebene als echte Steuern und dann noch einiges mehr in Form von Abgaben auf Gemeindeebene und auch auf Landesebene eingehoben. Die Menschen zahlen viele Steuern. Jeder Cent, der irgendwo irgendwann von einem Landespolitiker oder einem Bürgermeister, irgendeinem Bürger, einem Unternehmen, einer Körperschaft, einer Organisation übergeben wird, kommt von den Steuerzahlern. Es wird fleißig versprochen, zugesprochen, gewährt und Subventionitis ausgebaut und geplant. Man redet fleißig davon, das Land werde schon das eine oder das andere beisteuern, die Gemeinde werde schon das eine oder das andere beisteuern und immer wieder wird so getan, als ob hier in der Landesverwaltung, in der Landesregierung, in den Gemeinden, in den Gemeindeausschüssen, bei den Bürgermeistern diese politischen Funktionäre etwas in der Hand hätten und sozusagen das Geld von irgendwoher zaubern und es den Bürgern, Unternehmen, Körperschaften und Vereinen übergeben könnten. Letztlich kommt das Geld immer von den Bürgern, von den Steuerzahlern und nichts kommt aus den Taschen der Landesräte, des Landeshauptmannes, der Bür-

germeister, der Gemeindeausschüsse! Es kommt einfach alles immer vom Bürger und es wird ihm nur ein Teil von dem zurückgegeben, was man ihm vorher, entweder selbst oder auf dem Umweg über Rom, aus der Tasche gezogen hat. Das Geld kommt vom Bürger. Von der Politik wird es noch ein bisschen abgezweigt und dann wird letztlich ein Teil in irgendeiner Form wieder dort investiert, hier investiert, ob unsinnig oder sinnig, darüber will ich jetzt an dieser Stelle nicht diskutieren. Wenn es aber darum geht, direkt Beiträge oder Subventionen zu bezahlen, für was auch immer, ob das irgendeine Veranstaltung eines Kasperltheatervereines oder ein großes Unternehmen ist, das irgendwo mit ein paar Millionen Euro für eine neue Standortöffnung finanziert wird, die dann ein paar Jahre später wieder schließt, ... Es kommt immer alles vom Steuerzahler. In dieser Form sollte sich die öffentliche Verwaltung, sollte sich die Politik, sollte sich auch die Landesregierung verhalten, dass sie weiß, woher das Geld kommt. Es ist wirklich noch einmal zu betonen, dass in Wirklichkeit nicht die Bürger Subventionsempfänger sind, sondern es sind die Politiker, es ist die Politik, es ist die Landesregierung, es sind die Bürgermeister, die in diesem Sinne Subventionsempfänger seitens der Bürger sind.

Es ist eine Schande, mit welcher Allmacht und Selbstherrlichkeit in diesem Lande regiert wird, wie großmäulig manche herumspazieren. Dabei hätten sie, wie gesagt, allen Grund dazu leise zu sein, wenn es um die Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik geht. Wir haben eine – ich sage es noch einmal – verschleierte Haushaltsverschuldung von 650 Millionen Euro. Wir haben jedes Jahr ein neues Finanzloch in der Sanität von über 100 Millionen Euro. Wir haben einen Bürokratenapparat von fast 40.000 Beamten. Wir haben fast den höchsten Steuersatz im Vergleich zu anderen Regionen und auch zu österreichischen Bundesländern. Wir zahlen 75 Prozent unseres Einkommens als direkte oder indirekte Steuern. Das mag manchen verwundern und mancher mag meinen, diese Zahl könne nicht stimmen. Es ist letztlich so, dass wir bis zu 75 Prozent des Einkommens in irgendeiner Form als Steuerabgaben, indirekte Steuern bezahlen, was ein Wahnsinnswert ist. Wenn man jeden Bürger, statistisch gesehen, ob Baby oder Greis, hernimmt, dann zahlt im Jahr jeder über 9.300 Euro Steuern allein für den Landeshaushalt. Noch weitere fast 1.000 Euro gehen an den Staat. Jeder Steuerzahler, nimmt man Erwerbstätige und Rentner zusammen, zahlt durchschnittlich 14.110 Euro Steuern für den Landeshaushalt im Jahr, was eine gewaltige Menge ist, wenn man bedenkt, dass dabei nicht einmal alle indirekten zusätzlichen Ausgaben und Abgaben zusammengenommen sind. Allein für die Sanität bezahlt jeder Bürger 2.000 Euro, direkt und indirekt, im Jahr, und dann kassiert man noch das Ticket fleißig ab und stempelt die Patienten zu Schmarotzern am Sanitätssystem! Offensichtlich muss man ihnen das Ticket abknöpfen, jenes für Krankenhausaufenthalte, weil sich die Leute frisch und fröhlich einmal zum Ausruhen oder weil sie zu faul zum Arbeiten sind, in die Krankenhausbetten legen! Sie sollen dafür bezahlen, als hätten sie vorher über die Steuern nichts in die Sanität miteinbezahlt.

Die Probleme werden verschleiert. Man hat 24.000 Familien, deren Verdienst unter der Armutsgrenze liegt. Wir haben in Südtirol die niedrigsten Renten, die höchste Selbstmordrate, die höchste Krebsrate. Wir haben die höchste Rate an Konkursen, die höchste Rate an gescheiterten Familien und gescheiterten Existenzen und die niedrigste Geburtenrate. Wir haben die höchsten Lebenshaltungskosten, die höchsten Preise, die höchsten Preissteigerungen, sei es im privaten als auch im öffentlichen Bereich. Bei uns werden Millionen über Millionen Euro verbaut, für Fehlplanungen verschwendet, für unnötige Protzbauten verschleudert. Wir füttern damit den Größenwahn mancher Politiker in diesem Land, die unter dem Zwang stehen, sich jährlich, zweijährlich oder zumindest einmal in der Legislatur oder in der Amtsperiode - das ist auch draußen in den Gemeinden so - in irgendeiner Form ein Denkmal zu setzen, wie immer das dann zum Schluss auch aussieht.

Man sollte wirklich leise sein und nicht so großmundig herumspazieren und vom starken Land und von Erfolgen predigen, denn die Leute glauben das mittlerweile nicht mehr. Es ist ein positiver Umstand, der sich aus dem Wahlkampf und aus dem Wahlergebnis ableitet, dass man das so in dieser Form nicht mehr glaubt. Einige hier in diesem Haus aber reden es sich wahrscheinlich selbst ein und glauben es auch noch, dass hier in den letzten Jahren oder Jahrzehnten hervorragende Verwaltungsarbeit und Haushaltspolitik und insgesamt hervorragend gearbeitet wurde. Wir reden nicht alles schlecht, wir erlauben uns aber aufzuzeigen, was falsch, was fehlerhaft läuft, was besser laufen könnte. Loben tut sich die Regierung schon selber. Dazu braucht sie nicht noch die Opposition.

Man kann nicht alles mit Subventionen und überdimensionierten Feuerwehrrhallen und marmorbewährten Kulturhäusern zupflastern. Diese Pflaster helfen nicht, denn wenn die Wunde darunter bleibt, dann muss man irgendwann den Arzt zur Verantwortung ziehen. Man schaue sich nur das Desaster, das komplette und völlige Scheitern in jeder Legislatur, in den letzten zwei bis drei Legislaturen zumindest, der Pflegeversicherung an. Man ist seit drei Legislaturen nicht imstande, die Pflegeversicherung einzuführen. Trotzdem hat aber Landesrat Saurer vor den Wahlen eine Broschüre verschickt und darin vermittelt, dass es die Pflegeversicherung bereits gibt. Viele Leute haben dann gefragt, wie man diese in Anspruch nehmen könne. Die Beamten wussten selbst nicht so recht darüber Bescheid, was in dieser Hochglanzbroschüre steht, die massenhaft verschickt wurde und auch über Internet einsehbar war. Die Beamten mussten zugeben, dass es diese Pflegeversicherung noch nicht gibt, dass sie noch nicht einmal im Plenum des Landtages behandelt worden ist. Sie ist eigentlich noch nicht einmal in der zuständigen Gesetzgebungskommission behandelt worden, weil man dort lange über Verfahrensfragen diskutiert hat.

Die Erneuerung der Familien- und Sozialpolitik muss dem Fass ohne Boden, in dem das Geld der Bürgerinnen und Bürger fließt, einen Boden eben einsetzen. Wir müssen durch vorsichtige Einflussnahme, warum nicht auch durch vorsichtige und geschickte Steuerung auch der Preispolitik und durch die Verringerung der Abgaben-

last bei gleichzeitiger Verringerung der öffentlichen Abgaben, der öffentlichen Ausgaben den Menschen und den Familien wieder Luft verschaffen. Am Ende des Monats muss wieder mehr übrig bleiben, denn das Geldverdienen und das Über-die-Runden-Kommen nehmen den zentralen Punkt im Leben unserer Gesellschaft, der Menschen, der Familien ein. Für das Leben von Werten wie Gemeinschaft, Familie, Zusammenhalt und Solidarität bleibt zu wenig Zeit. Nicht von ungefähr kommen auch zunehmend Zukunftsängste vor allem bei jungen Menschen und auch jungen Familien auf. Die Gemeinschaft ist zu fördern, die Familie stärker zu entlasten und auf ein solides Fundament zu stellen. Ich sage entlasten auch durch Steuerentlastungen. Vor dem Einheben des Geldes soll bereits entlastet werden. Man soll nicht zuerst Geld einheben, dann dieses durch den großen Verwaltungsapparat laufen lassen und dann den Leuten davon wieder etwas zurückgeben. Vor dem Einheben des Geldes müssen wir bereits mit Maßnahmen, die wir hier auch haushalts- und steuerpolitisch mit unserem wenn auch begrenzten steuer-, haushalts- und finanzpolitischen Rahmen tätigen können, den Familien eine größere Entlastung bringen, denn alles andere ist im Prinzip nichts anderes als eine Fortsetzung der bisherigen Art der Verwaltung, nämlich einheben, ein bisschen abzwacken und einen kleinen Teil wieder zurückgeben. So funktioniert die Umverteilung auch in Südtirol, umverteilt wird nach oben, nicht nach unten! Wir könnten über eine ganze Reihe von Maßnahmen diskutieren, dazu wird es aber sicherlich noch im Laufe der Legislatur Gelegenheit geben.

Ich darf noch die Frage der Europaregion und der Region Trentino-Südtirol ansprechen. Die Europaregion wird so bezeichnet und nicht mehr als Europaregion Tirol. Sie soll oder wird zu Grabe getragen, wurde zu Grabe getragen. Ich weiß nicht, auf wessen Beschluss hin das so gemacht wurde. Auf jeden Fall wird in der Regierungserklärung und wohl auch im Koalitionsprogramm diese Europaregion Tirol zu Grabe getragen. Die Regierung Trentino-Südtirol wird allerdings am Leben erhalten, warum auch immer. Sie wird künstlich am Leben erhalten, aber sie wird am Leben erhalten. Der Europaregion wird der Zusatz "Tirol" genommen. Es ist dermaßen beliebig wie alles in diesem Regierungsprogramm, in dieser Erklärung, muss man sagen, denn man kann es nicht Programm nennen, dass morgen jeder oder niemand, dass alles oder nichts in diese Europaregion hineingepackt wird. Es gibt keine verbindlichen Aussagen, keine Zeiträume. Es gibt keine Konzepte, die in irgendeiner Form eine Zielsetzung auch in diesem Bereich vermuten lassen. Die Europaregion ist ein nebulöses Gebilde, die höchstens dann aus der Mottenkiste geholt wird, wenn man wieder einmal für ein paar Millionen Euro, für sehr viele Millionen Euros irgendwo ein Bürogebäude in Brüssel ankauft. Dann ist es wieder eine Initiative im Rahmen der Europaregion, sonst bleiben diese Initiativen eher auf Sonntagsreden beschränkt, die dann am Dienstag wieder vergessen sind.

Für eine Europaregion Tirol braucht es mehr politischen Einsatz. Die Europaregion sollte nicht nur ein abstraktes leeres Gebilde auf dem Papier sein, sondern sollte in mehreren Schritten wirklich zu einem europäisch institutionellen Rah-

men ausgebaut werden. Die Europaregion Tirol ist heute ein leerer Begriff, ein politischer Papiertiger, zumindest was die Landesregierung, die Mehrheitspolitik angeht, die für alles Mögliche herhalten muss. Sie sollte vielmehr in einem Mehrschritteplan - warum nicht? - zu einer echten auch politisch institutionalisierten europäischen Region im Herzen Europas ausgebaut werden. Dabei sollen dann in erster Linie Nord-, Ost- und Südtirol zusammenwachsen, während das Trentino seinen eigenen Weg finden muss. In diesem Zusammenhang bräuchte es eine Europaregion der zwei Geschwindigkeiten. Dazu und darauf sollten sich Innsbruck und Bozen verständigen und, warum nicht, auch Trient? Trient muss, wie gesagt, seinen eigenen Weg finden, kann dann dazustoßen, wann immer es will. Es kann aber nicht gezogen, nicht geschoben werden. Es betätigt sich in diesem Falle weiterhin als Bremsklotz für eine neue Südtirol-, Tirol- und Europapolitik in Südtirol. Das Trentino wird bequemerweise immer dann hergenommen, wenn etwas nicht getan werden soll. Dann heißt es, wir können nicht so schnell, wir müssen noch zuwarten, die Trentiner sind einfach noch nicht so weit. Wir müssen noch Überzeugungsarbeit leisten! Die Trentiner bremsen uns aus und bei uns im Lande gibt es genügend Kräfte, die froh darüber sind, dass es das Trentino als schwere Kugel am Bein oder als Bremsklotz in Richtung Europaregion Tirol gibt. Wir sollten schon einen möglichen Rahmen auch abstecken. Warum nicht in mehreren Schritten denken, die vielleicht auch gleichzeitig ablaufen können? Die wirtschaftliche Einheit, die geistig kulturelle Einheit, warum nicht die Einheit in den Zukunftsinteressen?

Derzeit wird darüber noch heftig diskutiert. Noch vor den Wahlen oder kurz vor Beginn des Wahlkampfes wurde alles, was in irgendeiner Weise mit einer näheren Zusammenarbeit zu tun hatte, wie zum Beispiel Verkehrsfragen - eine der wesentlichen Zukunftsbedrohungen und Interessen unseres Landes und des Bundeslandes Tirol - von Seiten der Landesregierung abgelehnt, bis man im Wahlkampf dann draufkam, dass es vielleicht doch die eine oder die andere positive Bewertung von Seiten der Bürger bringt. Dann ist man schnell auf den Zug aufgesprungen, den man jetzt offensichtlich wieder entgleisen lassen will, denn Großartiges wird in der Regierungserklärung auch in dieser Hinsicht nicht geboren und geboten.

Die Gründung der Europaregion sollte in einem Mehrschrittekonzept vonstatten gehen. Letztlich bleibt und muss immer eine politisch-institutionelle Einigung und Einheit als Zielvorgabe stehen. Die Gründung dieser Europaregion über die wirtschaftliche, soziale, verkehrs- und umweltpolitische sowie kulturell-gesellschaftliche Zusammenarbeit ist eine wesentliche Aufgabe, die wir hätten und haben. Das bringt uns in allen Politikbereichen, Gesellschaftsbereichen Rechte und Vorteile, das hat man aber in bestimmten Bereichen der Südtiroler Politik noch nicht erkannt. Die Südtiroler Landespolitik hat die Europaregion Tirol weitgehend vergessen und zieht sich nur noch aus der Affäre, indem man, wie gesagt, das eine oder das andere Mal das Thema leicht und einfach anspricht.

Die Toponomastikfrage wurde auch schon erwähnt. Im Rahmen der Debatte wird sie in der Regierungserklärung auch nicht unbedingt mit einem großartigen Reformwillen oder Lösungswillen angesprochen. Man will sie einfach irgendwann einmal so langsam aber sicher auf den Müllhaufen aus der einen Sicht, ins Museum aus der anderen Sicht stellen. Wenn man die Toponomastikfrage nicht regelt, dann regelt man nämlich auch irgendetwas, und das ist sicherlich die Absicht auch dieser neuen Landesregierung, sie nicht zu regeln. Da regelt man halt etwas, wie immer auch die einzelnen Sichtweisen zur Toponomastik dann sind.

Einzig von einer gerechten Lösung wird in der Regierungserklärung gesprochen, was immer das dann auch sein mag, was immer darunter auch verstanden wird. Ich bin fast sicher, dass man von Seiten des Landeshauptmannes und der Landesregierung unter einer gerechten Lösung versteht, dass die Südtiroler endlich einmal akzeptieren sollen, dass diese faschistischen Namenserverfindungen weiterhin mit der einen oder anderen Einschränkung bestehen. Da kann man schon die eine oder die andere Namensgebung wieder rückgängig machen, im Großen und Ganzen soll aber die "gerechte Lösung", die diese Mehrheitskoalition wahrscheinlich im Auge hat, so aussehen: Wir, die Südtiroler, akzeptieren halt einmal wieder das, was uns - wenn auch vor vielen Jahrzehnten - so in dieser Form aufoktruiert, aufgezwungen wurde. Wir akzeptieren es halt wieder einmal und sind wieder einmal still, denn was soll das ganze Gerede von der Wiederherstellung der historisch gewachsenen Namen? Das ist ja nur Revanchismus und sonst gar nichts. So wird es halt verstanden. Niemandem soll, auch von unserer Seite nicht, der private Gebrauch der Namen, wie sie auch erfunden wurden, genommen werden, amtlich sollten aber nur die gewachsenen Namen sein. Das wäre wirklich einmal ein mutiger Schritt auch in Richtung Zukunft und wahrscheinlich auch in Richtung Befriedung, in Richtung Zusammenleben, denn das Zusammenleben in Südtirol kann nicht eine Einbahnstraße sein, kann nicht nur in eine Richtung funktionieren, sondern muss in alle Richtungen funktionieren.

Recht und billig wäre dabei auch eine konsequente Haltung zur Region Trentino-Südtirol. Doch gibt es auch in diesem Zusammenhang nur diffuse Aussagen des Landeshauptmannes. Die Menschen wollen die Region nicht, das wissen wir. Deshalb sollte sie abgeschafft werden und in ein Museum, in ein politisch historisches Geschichtsmuseum, verbannt werden. Trotzdem will man sie aber am Leben erhalten, warum auch immer. Um die Trentiner oder die Italiener im Lande nicht zu verärgern? Wenn man die Bürger draußen fragt, glaube ich, wird man auch im Trentino nicht allzu viel Zustimmung zu dieser Region Trentino-Südtirol erhalten. Und auch dort würde man, wenn man die Rechnung präsentieren würde, was sie kostet und was sie bringt, letztlich so weit kommen, dass man sagt, nein, wir müssen diese Region Trentino-Südtirol wirklich einmal abschaffen.

Kurz zur Lebensqualität, obwohl dieser wesentliche Bereich nicht angesprochen wird. Lebensqualität bedeutet die Schaffung von Lebensgrundlagen, die Verbesserung der Lebensqualität, den Schutz des Landes, der Umwelt. Hier sollte es auch

eine Erneuerung geben, und zwar eine echte Reform der Landesraumordnung, dass sie wieder eine Landesraumordnung wird und nicht eine Anleitung für Spekulanten und Geschäftemacher, sondern eine Raumordnung, die Raum vor Verbauung und Zersiedelung ordnet und schützt. Das wäre eine wesentliche Aufgabe, die wir zur Erhaltung des Raumes, der Landschaft, des Landes hätten. Wir müssen die Landschaft vor Spekulanten und Baulobbys, vor dem Verkehrswahn, vor der Betoniermentalität, vor den Planierern, den Straßenbauern schützen. Nichts dergleichen wird aber getan oder wurde bisher getan, im Gegenteil. Diese Raumordnung wird immer verzwickter und verzweigter. In der letzten Legislatur hat es, glaube ich, 22 oder 23 Änderungen am Landesraumordnungsgesetz gegeben - die eine mehr oder die andere weniger -, und das ist keine Raumordnung! Das beklagen auch jene, die berufsmäßig im weitesten aber auch im engeren Sinne mit Raumordnung zu tun haben. Das sind zum Beispiel Architekten und andere. Die Dörfer- und Städteplaner müssen wissen, wie lange man auf eine Regelung, auf ein Gesetz über die Landesraumordnung wartet. Ein grundlegendes, zukunftsweisendes und gezwungenermaßen zukunftssicherndes Gesetz sollte es sein, auf das man bauen kann und nicht, dass alle paar Monate eine Änderung eingefügt wird, die dann irgendeine Lobby befriedigt, die laut genug an die Tür des Landeshauptmannes und des Landesrates geklopft hat. Es ist überlebenswichtig für uns, die einzigartige Landschaft in Südtirol zu schützen, die Landesraumordnung wieder zu einer echten Landesraumordnung auszubauen, und vielleicht kommt man dazu, ein homogenes Gesetzeswerk für alle Bereiche zu erlassen, die mit dem Schutz der Lebensqualität, des Lebensraumes, der Landschaft, der Umwelt, der Ressourcen und des Lebensraumes zusammenhängen. Wenn man die Verbesserung angeht, dann braucht es eine homogene Vorgangsweise, ein homogenes Gesetzeswerk.

Zum Thema Verkehrspolitik beschränkt sich die Regierungserklärung auch auf Allgemeinplätze, beim Brennerbasistunnel allerdings nicht. Den will man auf Biegen und Brechen, wahrscheinlich um Aktionismus zu betreiben, ... Letztlich geht es dann aber darum, vielen Beteiligten von überall her, aber nicht aus Südtirol zum Beispiel, Geldressourcen zu verschaffen, Aktionismus mit dem Brennerbasistunnel zu betreiben und zu hinterfragen, was er bringt und was er kostet. Diese Rechnung wurde bisher noch nie ehrlich angestellt, ich meine die Rechnung, was er auch an Lebensqualität kostet, was er an Entlastung bringt. Das ist auch sehr fraglich. Diese Fragen wurden nie ausreichend beantwortet. Hier bräuchte es, aufgeteilt auf die einzelnen Bezirke, Abstimmungen darüber, ob man diesen Brennerbasistunnel in der bisherig vorgestellten Form überhaupt will. Warum sollen sich die einzelnen Bezirke von anderen, von der Politik insgesamt diese Neubelastungen aufzwingen lassen, die mit dem Bau des Brennerbasistunnels und den folgenden Zulaufstrecken verbunden sind? Sie sollten darüber abstimmen können. Dann wäre es ehrlich.

Ich möchte, was die Verkehrsfrage angeht, nur noch eines in Erinnerung rufen, was so gerne in Vergessenheit gerät. Letztlich gab es eine Verkehrslobby oder die Vertretung, als Unternehmen, der Verkehrslobby, die die SVP im letzten Jahr gespon-

sert hat, nämlich die FERCAM. Diesem Unternehmen gegenüber scheint man von Seiten der SVP und der Landesregierung noch eine Bringschuld zu haben. Die Kampagne "Zurück in die Zukunft" wurde von der FERCAM gesponsert. Das ist natürlich eine ganz - wenn sie nicht so traurig und so bestürzend wäre - witzige Angelegenheit. Wenn man bedenkt, dass in der Verkehrspolitik nichts weitergebracht wird, dann weiß man doch, dass man irgendwo verpflichtet ist, denn letztlich wurde die Regierungspartei, die dann wieder Regierungspartei wird und als Regierungspartei gewählt wurde, von der Vertretung der Verkehrslobby der FERCAM gesponsert, und hier gibt es offensichtlich eine Bringschuld. Das "V" im Wort "SVP" steht in diesem Fall für Verkehrslobby.

Eine Wirtschaftsreform wäre dringend notwendig, ohne im Einzelnen darauf einzugehen. Es wird davon gesprochen, dass 40 Prozent der Betriebe eine Steigerung des Umsatzes erzielt haben. Es gibt aber dann immerhin 60 Prozent von Betrieben, die Umsatzeinbußen erlitten haben oder bei denen es nur knapp gleich geblieben ist. Deshalb soll man nicht die 40 Prozent als großartigen Wert herausstreichen, sondern man muss die 60 Prozent anschauen.

Auch in der Landwirtschaft wird nicht allzu Großartiges angeboten. Dort spricht man die derzeitig heftig auch in der Öffentlichkeit diskutierte MILKON-Affäre überhaupt nicht an. Man lobt das Genossenschaftswesen insgesamt sogar noch, obwohl sich hier eine der schlimmsten Affären in den letzten Jahren oder Jahrzehnten anbahnt bzw. abzeichnet. Man sollte – erlauben Sie mir den Hinweis – in diesem Zusammenhang wirklich einmal, bevor man die Landwirtschaftsagenden neu verteilt, auch die Ergebnisse einer Untersuchung abwarten, die der Landtag sich, zum Glück, anschickt durchzuführen. Man soll ja nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, man sollte aber auch nicht zu schnell zur Tagesordnung übergehen und jenen, die zugehört und in dieser ganzen Affäre, die letztlich die Bauern draußen geschädigt hat, dahinter wahrscheinlich noch ein bisschen gestichelt und gestachelt haben, nicht noch mit den Agenden neu belohnen. Mit der Verteilung des Landwirtschaftsressorts sollte somit zugewartet werden.

Abschließend möchte ich sagen, dass es eine ganze Reihe von Reformen und Erneuerung braucht. Es ist nicht erkennbar. Es wird eine sehr, sehr traurige und graue Legislatur werden, wenn diese Landesregierung wirklich diese Politik so betreibt wie angekündigt. Eine verstaubte Regierungserklärung. Wir als Opposition können versuchen, den Staub ein bisschen herunter zu kehren oder herunter zu wischen, wie auch immer. Die Landesregierung und die SVP sind demokratie- und zukunftsresistent, wir allerdings sind zukunftswillig.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Designierter Herr Landeshauptmann, Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht nur mir aufgefallen, dass bei der ersten Bewertung dieser Regierungserklärung die gesamte Opposition, mit Ausnahme von Giorgio Holzmann, ein klares Nein ausgesprochen hat. Offensichtlich ist er nicht

mehr bei der Opposition. Das hat schon einige Leute verwundert. Zum Schluss der Regierungserklärung wird der feste Wille ausgedrückt, dass sich im Regierungsprogramm und in den Zusatzerklärungen alle finden, dass sich somit alle vertreten fühlen können und dass all unsere Kräfte sprachgruppenübergreifend und in einer einzigen gemeinsamen Anstrengung unserem Projekt Südtirol gelten. Das klingt vielleicht sehr banal, das hat aber einen tieferen Sinn. Das Projekt Südtirol müsste, zumindest so wie ich es verstehe, schon in einem Projekt Tirol eingebettet sein. Die Europaregion Tirol wird zwar einmal sogar eigens erwähnt, im Konkreten liest man aber nichts, wie man in dieser Regierungserklärung überhaupt sehr wenig Konkretes liest. Ich habe gesagt, es ist eine Aneinanderreihung von Themen, die effektiv da sind, wo aber die Antwort überall schuldig geblieben ist. Herr Landeshauptmann! Sie sind uns die Antwort überall schuldig geblieben, was im Konkreten, mit einigen wenigen Ausnahmen, daraus werden soll. Dort, wo es konkret ist, ist es problematisch, wie beispielsweise bei der Toponomastik. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Ich glaube, wir sind alle Zeugen eines Ereignisses geworden, das letztthin in Südtirol ein bisschen beiseite geschoben wurde, und zwar was sich auf europäischer Ebene abgespielt hat. Wir sehen uns durchaus auch immer als Teil dieser europäischen Entwicklung, gerade wenn es darum geht, den Minderheitenschutz zu verankern. Der EU-Konvent ist gescheitert. Europa ist in einer tiefen Krise wie noch nie. Wenn man die Kommentatoren verschiedener Mitgliedsländer oder auch Außenstehender liest, dann, muss ich sagen, erfüllt einen das mit Sorge, wenn man an das Projekt Europa geglaubt hat. Ich habe an dieses Projekt Europa nur dann geglaubt, wenn die einzelnen Bestandteile etwas dazu zu sagen haben und einen Beitrag leisten können.

Wenn man sich heute den Kommentar in der Tageszeitung "Dolomiten" auf der ersten Seite anschaut, dann – ich bin nicht immer mit dem einverstanden, was dort steht – ist dieser treffend, nämlich "Europa ohne Europäer". Alle Staaten haben die nationalen Interessen in den Vordergrund gekehrt. Von Regionen ist überhaupt keine Rede mehr. Von der Verankerung des Minderheitenschutzes, den wir hier beschlossen haben - auch überzeugt, davon gehe ich aus, auf unseren Antrag hin übrigens -, ist nichts geblieben. In welche Richtung geht dieses Europa? In welche Richtung geht Tirol bzw. Südtirol? Gerade in diesem Bereich möchte ich das ganz deutlich herausstreichen, weil wir uns immer als Teil dieser europäischen Entwicklung gesehen haben, weil wir immer schon in Europa waren. Wir hatten nie die Pflicht oder das Vergnügen, abstimmen zu dürfen, ob wir irgendwo teilnehmen dürfen oder nicht. Im nächsten Jahr kommen zehn neue Länder ganz unterschiedlicher Art dazu. Wir haben auch hier im Vorfeld immer wieder angemahnt, dass diese Beitrittsländer einen bestimmten Standard - in Minderheitenfragen beispielsweise, aber auch im Bereich Umweltschutz und Sicherheit – mitbringen müssen, damit man sich in diesem gemeinsamen Haus Europa auch sicher und wohlfühlen kann. Natürlich sind einige Dinge passiert, die nicht passieren dürften, wenn man ein langfristiges, ein tragfähiges Projekt auf die Beine stellen möchte. Nicht nur die Beitrittsländer wurden nicht gefragt, ob sie

so oder anders teilnehmen möchten, sondern auch diejenigen, die schon dabei sind, wurden nie gefragt, ob sie damit einverstanden sind. Ich denke mir, das wäre eigentlich eine wichtige Voraussetzung.

Ich bin ein Befürworter der europäischen Integration, die aber in Schritten gemacht werden sollte, so wie man Tirol in Schritten zusammenführen muss. Wir haben bereits vor Jahren vom Tirol der zwei Geschwindigkeiten oder zwei Kreise gesprochen. Hier muss man eines ganz klar und deutlich sagen. Dieses Spiel, das man mit der Region Trentino-Südtirol, mit der Europaregion Tirol macht, ... Aus diesen Begriffsvermischungen wird eine Begriffsverwirrung und die Leute kennen sich nicht mehr aus. Alle haben geglaubt, die Region wird jetzt endgültig abgeschafft, aber spätestens seit dem unwürdigen SVP-internen Postengerangel hat man eines verstanden, nämlich dass es die Region braucht, weil sonst die Martha Stocker keinen Hocker hätte. Das ist die Quintessenz der ganzen Diskussion. Das verstehen die Leute bzw. das bleibt bei den Leuten zurück. Von wegen Sparmaßnahmen, von wegen Abschaffung der Region! Eines ist dieses äußere Korsett, die Hülle und das andere ist der Inhalt. Darum geht es schlussendlich.

In der letzten Legislatur haben wir die Delegierungsgesetze verabschiedet, welche wir jetzt auch umsetzen werden. Diese Region wird noch hohler werden, das stimmt. Das äußere Korsett bleibt aber erhalten und es dient vor allen Dingen dazu, jene Leute zu stützen, die sonst gefallen wären, die keinen Posten bekommen hätten, um das klar auszudrücken, und nicht dazu, Kompetenzen zu erhalten, die man nicht will. Ich habe heute mit einiger Verwunderung in der Zeitung gelesen, dass sich der designierte Landeshauptmann plötzlich wieder auf die Region beruft, wenn es darum geht, die Politikergehälter festzulegen. Das sollte man lieber bei der Region belassen, sagt er, ansonsten müsste man viel mehr Geld für die Verwaltung ausgeben. Wahrheit ist, dass es eine heiße Kartoffel ist, die man lieber wegschieben möchte. Es freut mich, dass diese Diskussion in der Südtiroler Öffentlichkeit stark geführt wird. Seit zehn Jahren, seit wir im Landtag sind, haben wir immer wieder darauf hingewiesen. Diese unselige Ankoppelung an die Gehälter der Parlamentarier ... Es ist ein Gesetz vom Jahre 1995, welches, hoffe ich, jetzt abgeschafft wird. Heute ist es klar zum Ausdruck gekommen. Ich freue mich, dass wir mit unserer Meinung Recht haben, dass der Landtag für die Gehälter zuständig ist. Im Wahlkampf hat man uns immer wieder vorgeworfen, wir würden Dinge verlangen, wofür wir keine Kompetenz hätten. Ich lasse mir diese Dinge nicht gefallen!

Herr Landeshauptmann! Jetzt komme ich auf ganz klare Dinge zu sprechen, und zwar auf die Diskussion, als es darum ging, die Bestimmungen betreffend den Punkteführerschein abzuändern. Jeder weiß, dass es ein Staatsgesetz gibt und dass das Land deshalb nicht von vornherein hergehen und sagen kann, jetzt ändern wir dieses oder jenes. Wir können aber hier einen Antrag stellen, eine Initiative ergreifen, dass ungerechte, teilweise verfassungswidrige Bestimmungen abgeschafft werden. Ich finde es verfassungswidrig, dass man Jugendlichen die doppelte Punktezahl abzieht. Entwe-

der man ist oder man ist nicht volljährig. Warum muss einer, der den Führerschein nicht länger als drei Jahre hat, die doppelten Punkte abgeben? Ist das ein Rechtsstaat? Das frage ich mich. Es ist so und ich wünsche mir, dass es abgeändert wird. Uns wirft man vor, wir hätten keine Zuständigkeit. Wenn es aber um die Forderung ging, dass die Strafgeelder nach Südtirol kommen, haben wir im Landtag sehr wohl einen entsprechenden Beschluss gefasst. Kurz vor den Landtagswahlen hat es sogar eine eigene Sitzung gegeben, weil es ums Geld ging. Wenn es aber um die Rechte der Bürger geht, dann macht man keine Sondersitzung. Dann wirft man uns vor, dass wir populistisch seien und Dinge verlangen würden, für die wir keine Zuständigkeit hätten. Das ist eben nicht so. Dasselbe gilt in vielen anderen Bereichen auch.

Einwanderungsfrage. Dafür ist natürlich der Staat zuständig. Seit Jahren verlangen wir mit Beschlussanträgen – es liegt bereits wieder einer auf -, dass das Land mehr Zuständigkeiten in dieser Frage bekommt, weil wir andere Voraussetzungen haben. Ich bin überzeugt, dass sich gerade in Südtirol, in dem wir schon Probleme, nicht mehr so viele, aber Probleme im Zusammenleben dreier Sprachgruppen haben, die Einwanderungsfrage anders als in einem anderen europäischen Land stellt. Denken wir an die Schule, in der wir mittlerweile 60 oder 70 – die Frau Landesrätin wird es genau wissen – verschiedene Nationalitäten haben. Das schafft natürlich Probleme. Wenn man die Probleme anspricht und Lösungen formuliert, dann ist man sofort ein Populist, ein Rassist und weiß Gott was alles. Man hat sich nie die Mühe gemacht, sich mit den Anträgen der Freiheitlichen wirklich auseinander zu setzen. Ich erinnere an den Beschlussantrag, den wir bezüglich Integrationsvertrag eingereicht haben. Es wird nicht funktionieren, wenn die Leute, die zu uns kommen, die wir größtenteils auch rufen, nicht ein Mindestmaß an Integrationswilligkeit mitbringen. Das heißt nicht, dass sie die Identität aufgeben müssen, aber ein Mindestmaß an Integrationswillen verlange ich. An dieser Stelle zitiere ich immer gern den deutschen Innenminister Otto Schily, der nicht in Verdacht steht, ein Freiheitlicher zu sein, welcher gesagt hat: *"Die Integration können wir vergessen. Wir müssen auf Assimilation hingehen"*. Er sagt das, weil in Deutschland das Problem viel, viel größer ist. Wir sind aber auf dem besten Weg dahin zu kommen, weil wir die ganzen Fehler nachmachen, anstatt aus Fehlern anderer zu lernen und sie nicht zu wiederholen.

Wenn ich in der Regierungserklärung lese, dass es in den Bezirken draußen neue Betriebsansiedlungen braucht, dann frage ich mich, wo wir die Arbeiter hernehmen. Wenn wir Vollbeschäftigung haben, dann müssen sie von auswärts kommen. Wir züchten uns bestimmte Probleme, abgesehen von der Zersiedelung, vom Verkehr usw. selber. Ich möchte aber ganz klar den Finger in diese Richtung zeigen, weil ich möchte, dass man über Themen, die die Leute beschäftigen, die sie betreffen, offen und ehrlich diskutiert. Da muss ich nicht immer recht haben, da kann man uns kritisieren. Mit dem Wegleugnen und mit dem Beiseite-Schieben hat man aber noch nie ein Problem gelöst. Dieses Problem wird uns aber einholen, ob wir wollen oder nicht.

"Wohlstandsland Südtirol" war ein Schlagwort im Landtagswahlkampf. Hier steht auch etwas über die versteckte Armut drinnen. Im Wahlkampf hat man davon wenig gehört. Da geht man natürlich lieber mit den schönen Dingen hausieren und verheimlicht die Dinge, die auch da sind. Wenn in Südtirol 23.000 Familien unter der relativen Armutsgrenze liegen, wenn die Südtiroler im Schnitt mit 25.000 Euro verschuldet sind, ... Irgendwo steht der wunderschöne Satz: *"Wir haben im Wohnbau so viel investiert, ohne uns zu verschulden"*. Das Land hat sich nicht verschuldet, die Bürger haben sich aber verschuldet! Die Bürger wurden in diese Schuldenfalle regelrecht hineingetrieben.

Die von den Freiheitlichen seit Jahren geäußerte Kritik, dass die Wohnbaupolitik des Landes zu diesen hohen Wohnungspreisen beiträgt, ist mittlerweile vom AFI bestätigt worden. Unlängst hat es diese vom "Asterisco" veranstaltete Tagung über die Wohnungsnot und über die Wohnungsprobleme in Südtirol gegeben. In dieser AFI-Studie, welche vom Land und nicht von den Freiheitlichen bezahlt wurde, steht drinnen, dass die Wohnungspreise in Südtirol nicht trotz der Wohnbauförderung so hoch sind, sondern gerade wegen der Wohnbauförderung. Es braucht eine Strukturänderung, sonst kommen wir aus diesem Teufelskreis nicht heraus. Wenn wir wissen, dass wir so viele leerstehende Wohnungen haben, dann müssen wir nicht in die Eigentumsverhältnisse der Leute eingreifen, wohl aber steuerlich so eingreifen, dass es wieder interessant wird, Wohnungen zu vermieten. Wir haben nämlich keinen Mietwohnungsmarkt. In einer Zeit, in der die Flexibilität der Bürger immer gefragter ist, in der nicht unbedingt jeder eine eigene Wohnung besitzen will, muss es ein Angebot an Mietwohnungen geben, und das ist nicht da. Das Vorhaben durch die Ausweisung von neuen Zonen die Preise zu senken, wird mit diesem System nicht funktionieren. Ich zitiere hier gerne einmal aus den Fraueninfo "Eres". Ich nehme mir diese Freiheit heraus, Frau Kollegin Kury. Nachdem sie mir einmal den goldenen Hosenträger verliehen hat, getraue ich mich auch daraus zu zitieren. Dort steht Folgendes: *"Nimmt man etwa den durchschnittlichen Angestellten, teilt man sein Bruttogehalt von ca. 23.000 Euro auf die 12 Monate im Jahr auf und zieht die Steuer ab, so fließen rund 1.300 Euro monatlich auf sein Konto. In den Städten Südtirols sind Wohnungen, welche die Minimalforderungen für eine kleine Familie erfüllen, derzeit nicht unter 600 Euro monatlich zu bekommen. Mit Heizung und allen anderen Unkosten steigt die monatliche Belastung bereits auf 750 Euro, dann bleiben der Familie bei einem Verdiener nur noch 550 Euro zum Leben"*. Das ist nicht viel. Das ist, denke ich, herzlich wenig! Wir haben das öfters gesagt. Es ist eher hoch gegriffen. Wir haben im Wahlkampf das Beispiel gebracht, dass jemandem, wenn er 1.150 Euro verdient, eine Familie erhalten, eine Wohnung zahlen muss und vielleicht auch noch ein Auto besitzt, ihm zum Leben eigentlich herzlich wenig bleibt. Ich frage mich wirklich immer, wie einige Familien in Südtirol überhaupt über die Runden kommen. Eine Wohnung kostet 250.000 Euro, für welche er einen Landesbeitrag von 90.000 oder 100.000 bekommt, den er auch wieder zurückzahlen muss. Wenn er nicht geerbt oder im Lotto gewonnen hat, wo nimmt er

dann das Geld her? Wie soll das funktionieren? Dann wundert man sich aber, dass die Leute verschuldet sind. Beim Handy fängt es an, haben wir gelesen. Man fährt mittlerweile auch in Südtirol auf Pump in den Urlaub usw. Das kann man noch der Verantwortung der einzelnen Personen zuschreiben. Wo aber die Landesförderung unterwegs ist, sollte man die Leute nicht noch zusätzlich in die Schuldenfalle treiben, so wie es auch beim Wohngeld ist, was ich in diesem Haus schon öfters nachgewiesen habe.

Ich komme jetzt auf einige Kapitel zu sprechen, die Sie in diesem Regierungsprogramm angesprochen haben, nämlich die Europaregion und die interregionale Zusammenarbeit. Ich erwarte mir hier wirklich einen stärkeren Schulterschluss mit dem Bundesland Tirol, auch wenn die Trentiner nicht immer mitmachen. Vom Zweier-Landtag redet man ja nicht mehr. Ich wünschte mir, dass dieser endlich wieder eingesetzt wird, weil wir uns bestimmte Peinlichkeiten in der Öffentlichkeit erspart hätten, beispielsweise im Zusammenhang – das mag eine Kleinigkeit sein – mit dem jüngsten vorgestellten Kochbuch "Tirol kocht", wo man sich öffentlich darüber streitet, ob man einen Beitrag gewährt oder nicht. Es ist nicht so sehr um den Beitrag gegangen, was wir kritisiert haben, sondern um die Argumentation des Landesrates für Tourismus, dass wir uns hüten müssen, zu sehr in Verbindung mit Österreich genannt zu werden. Wo ist die Internationalisierung des Tourismus? Wo ist der gemeinsame Auftritt mit dem Bundesland Tirol, den wir hier mehrmals beschlossen haben? Das Gegenteil ist der Fall. Landesrat Frick hat übrigens Südtirol in einer anderen Frage blamiert, und zwar im Zusammenhang mit dem Verkehr, wo man jetzt groß von Zusammenarbeit redet. Er hat nichts Besseres zu tun gewusst als der Verkehrspräsidentin De Palacio zu schreiben und die Tiroler Landleute "zusammenzuschimpfen". Wenn man das unter Zusammenarbeit versteht, dann, muss ich sagen, habe ich damit ein Problem. Ich sehe das schon ein bisschen anders.

Bei dieser interregionalen Zusammenarbeit wird auch auf das Projekt Brennerbasistunnel Bezug genommen, das natürlich ein lieb Kind des Landeshauptmannes ist. Das wissen wir. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass er nicht das bringt, was man sich erwartet, außer dass es für einige ein großes Geschäft und eine große Belastung für die Bürger des Eisacktales und des Unterlandes bedeutet, und das nicht nur während der Bauzeit. Wer heute den Leuten sagt, dass mit dem Bau des Brennerbasistunnels ein einziger LKW weniger auf der Autobahn fährt, der gibt sich einer Illusion hin. Die gesamte Verkehrsproblematik sowie das Thema Vinschgerbahn werden uns sicher in den nächsten Jahren sehr oft beschäftigen. Die Pustertaler Straße ist jetzt wieder ins Gerede gekommen, weil der entsprechende Wettbewerb vorgestellt worden ist. Wir haben auch gelesen – das ist zwischendurch eine gute Nachricht –, dass die Alemagna doch nicht gebaut wird, weil die Italiener jetzt nach Osten Richtung Tolmezzo ziehen. Das haben wir aus der Presse erfahren. Es ist nicht so, dass ich den Bewohnern von Tolmezzo mehr Verkehr wünsche, ich bin aber natürlich froh, wenn die Alemagna nicht gebaut wird. Einen zeitgemäßen Ausbau der Pustertaler Straße

wird es sicherlich brauchen. Ich habe die Projekte nicht gesehen. Wenn man beispielsweise die großräumige Umfahrung von Vintl kritisiert hat, dann – das ist mein persönlicher Eindruck – muss ich sagen, verstehe ich diese Variante. Wenn man in Vintl – ich zeige jetzt vielleicht mit dem Finger auf die Grünen – die Umfahrung engräumiger machen würde, dann würde man die Felder noch viel, viel mehr zerschneiden. Wenn ich zur Rienz hinüberfahre, dann habe ich zumindest eine Verkehrsstruktur. Wie gesagt, man muss das Projekt genau studieren. Ich denke, der Heimatpflegeverband des Pustertales hat einen guten Vorschlag gemacht, indem er vorschlägt, dass man alle Projekte oder Vorschläge, die eingereicht wurden, noch einmal überprüfen und das Beste herausuchen sollte, um eine vernünftige Lösung zu finden, denn man hat ja keinen Sieger gekürt. Vielleicht auch um nicht zu großzügig zu wirken, hat man den Siegerpreis auf zwei aufgeteilt, um ein bisschen objektiver zu sein. Ich weiß es nicht. Ich möchte mir hier kein endgültiges Urteil anmaßen, weil ich die Studien noch nicht gesehen habe. Dass es grundsätzlich etwas braucht, ist auch klar.

In den letzten Wochen, vor allem anlässlich der Christkindlmärkte ist es augenscheinlich geworden, dass auch im urbanen Bereich Handlungsbedarf besteht. Es darf also nicht nur das Land angemahnt werden, sondern auch die Gemeinden sind im Verzug sind. Ich denke an Brixen beispielsweise. Ich komme selber aus der Gemeinde Vahrn und es tut mir weh, wenn ich mit ansehen muss, dass seit Jahren die Gemeinden Brixen und Vahrn sich nicht an einen Tisch setzen und vernünftig miteinander reden, die Leute aber die negativen Auswirkungen dieser Situation zu tragen haben.

Beim Brennerbasistunnelprojekt habe ich bezeichnend gefunden, dass man diese europäische Interessens- und Wirtschaftsgemeinschaft Brennerbasistunnel in der Europäischen Akademie ansiedelt. Einen ganzen Stock hat man dort angemietet. Ich war immer der Meinung, dass die Europäische Akademie mit der Bildung zu tun hat. Jetzt hat man aber dort einen ganzen Stock dieser Gesellschaft, die eine Finanzgesellschaft ist, zur Verfügung gestellt. Was in der Europäischen Akademie sonst alles passiert ist, ist bestens bekannt, wie übrigens im gesamten Bildungsbereich einige Defizite bestehen, meiner Meinung nach. Es ist hier viel von Forschung und Entwicklung die Rede, wo wir bisher nichts getan haben, wo man endlich Ansätze sieht und zusichert, etwas tun zu wollen. Wir haben zwar Einrichtungen wie das BIC-Center, die Business-School ist flöten gegangen. Sie wurde erst im März eröffnet und hat nun Konkurs angemeldet. Es ist schon seltsam hören zu müssen - Frau Landesrat hat mir darauf geantwortet -, dass das Land damit nichts zu tun habe, weil diese Bildungseinrichtung von der Europäischen Akademie und von der Universität getragen worden sei. Dann frage ich mich, wer die Universität, wer die Europäische Akademie finanziert. Das ist ein Hin- und Hergeschiebe von Geld, das immer öffentliches Geld ist. Diese Business-School beispielsweise hat es nicht zustande gebracht, dass die Studientitel anerkannt werden. Die Universität Bozen macht die Kurse und macht einen Beschluss, dass sie die Studientitel nicht anerkennt. Das habe ich noch nirgends gehört! Auch hier sieht man eine unkoordinierte Vorgangsweise.

Schule. Hier ist schon auch etwas zu sagen. Ich möchte den Kollegen Heiss ansprechen, weil er die Noldin-Feier in Salurn zitiert hat. Ich bin nicht der Amtsverteidiger des Herrn Dr. Scrinzi. Ich war in Salurn und habe die ganze Rede gehört. Wenn jemand an dieser Rede etwas Verwerfliches findet, dann muss ich sagen, war er nicht dabei. Ich möchte jetzt nicht das Leben des Dr. Scrinzi beurteilen. Was die Rede in Salurn anbelangt, war sicherlich nichts dabei was anstößig wäre oder was in Richtung Nationalsozialismus ginge. Wenn er sagt, dass die Autonomie eine Etappe und das Endziel die Selbstbestimmung ist, dann ist es eine Meinung, die, denke ich, jeder Demokrat vertreten kann, ob man sie nun teilt oder nicht. Mir ist etwas anderes viel, viel wichtiger. Wenn ich höre, dass vor allem in Bozen, aber nicht nur, immer mehr italienische Kinder deutsche Schulen besuchen und somit de facto einen zweisprachigen Unterricht schaffen, dann weiß der SVP-Obmann nichts Besseres als herzugehen und zu sagen: "Stellen wir deutsche Stützlehrer an". Ich habe gedacht, ich lese nicht richtig! Wenn das die Philosophie der Schulpolitik der Volkspartei ist, dann sind wir sicherlich auf dem Holzweg! Ich möchte eines einmal ganz klar stellen. Ich denke, dass niemand in diesem Raume ist, der dagegen wäre, dass die Kinder mehrere Sprachen besser lernen. Es geht wenschon um die Vorgangsweise, um das Wie und auch um die Absicherung eines Grundrechtes des Minderheitenschutzes, des Rechtes auf den muttersprachlichen Unterricht. Uns ist es immer darum gegangen.

Ich möchte noch einmal sagen, dass es die Freiheitlichen waren, die beispielsweise zuerst verlangt haben, dass die englische Sprache in den Mittelschulen eingeführt wird. Das hat man uns zweimal abgelehnt. Dann hat es aber die Landesregierung beschlossen. Wir sind auch dafür, dass die Südtiroler besser Deutsch und dass die Italiener besser Italienisch lernen, aber wann und mit welchen Methoden, darüber muss man diskutieren. Ich denke, dass mit dem Vorziehen eines Jahres überhaupt nichts gewonnen ist, wenn man nicht gleichzeitig die Ausbildung der Zweitsprachenlehrer verbessert. Dort liegt das wahre Problem. Da kann man sich drehen und wenden, wie man will. Dieses zu lösen, ist Aufgabe der Politik. Solange das nicht gemacht wird, werden wir uns hier im Kreise drehen.

Finanzautonomie. In der entsprechenden Formulierung sehe ich einen Rückschritt. In der Regierungserklärung vor fünf Jahren, Herr Landeshauptmann, haben Sie noch von Steuerhoheit gesprochen. Jetzt ist es nur mehr Steuerföderalismus. Das ist nicht dasselbe. Sie sagen, dass man am Anfang möglicherweise mit einer Steuerverminderung rechnen müsse – das klingt eigentlich als "lamento" –, und wir dann weniger Geld im Landshaushalt haben würden. Seien wir froh, wenn der Staat die Steuern senkt, dann sind unsere Bürger weniger belastet! Die Landesregierung denkt aber offensichtlich umgekehrt und zeigt sich besorgt, dass, wenn der Staat die Steuern senkt, dann weniger Geld zu verteilen ist. Offenbar ist das die einzige Sorge, wobei die Wirtschaft uns dauernd vorrechnet, dass wir mittlerweile die höchste Steuerbelastung haben. Wenn in der Region 47 Prozent des Bruttosozialproduktes an Steuern draufgeht, dann haben wir eine Quote erreicht, die, glaube ich, nicht mehr übertroffen werden

kann. Dann bleibt nichts mehr weder für Investitionen noch für die Arbeitnehmer zum Leben übrig. Deshalb braucht es auf jeden Fall so schnell als möglich die Steuerhoheit. Ich weiß nicht, was die Landesregierung in den letzten fünf Jahren konkret unternommen hat, diese auch umzusetzen bzw. diese vom Staat einzufordern. Ich habe den Eindruck, man scheut sich regelrecht oder man wehrt sich, dass der Staat einem die Steuerhoheit früher oder später im Zuge des Steuerföderalismus aufdrängt.

Das sind dann interessante Diskussionen, die wir jetzt haben, weil sie der ehemalige Minister Costa ausgelöst hat, der bei jeder Gelegenheit und auch schon damals den Südtirolern vorgeworfen hat, sie wären privilegiert usw. Heute lese ich wieder, dass wir bei der ICI privilegiert wären, weil wir in Bozen und in Trient die geringsten Steuersätze haben. Nur muss ich dem Minister Costa sagen, dass die Festlegung der Steuersätze Sache der Gemeinde ist. Es ist nämlich ein Staatsgesetz, welches an die Gemeinden die Befugnis delegiert, den Steuersatz, die Freibeträge usw. selber festzulegen. Er müsste wenschon die italienischen Städte, die italienischen Gemeinden aufrufen, andere Steuersätze anzuwenden.

An einem demokratiepolitischen Grundkonsens, glaube ich, sind wir alle interessiert. Wenn in der Regierungserklärung steht, dass wir eine Wahlreform angehen und dass wir die Geschäftsordnung ändern sollen, dann wird sich natürlich jeder Demokrat herausgefordert fühlen und sich fragen, wo die Notwendigkeit besteht. Wir haben ein System, das gezeigt hat, dass man damit sehr gut leben und umgehen kann, dass man damit auch alle Erfordernisse berücksichtigen kann. Eine Änderung der Geschäftsordnung erachte ich in keiner Weise als notwendig. Sie effizienter zu gestalten, darunter versteht man natürlich die Opposition einzuschränken. Wenn heute alles bei der Landesregierung ist, dann noch mehr Kompetenzen dem Landtag zu entziehen oder ihn noch unbedeutender zu machen, wäre nicht das richtige Signal an die Bevölkerung und würde den demokratischen Grundsätzen widersprechen. Das muss ich einfach sagen.

Zur Wahlreform ist bereits gesprochen worden. Ich möchte nur einen Satz sagen, weil hier die Wahlkosten angesprochen sind. Herr Landeshauptmann! Sie wissen, dass von Seiten der Opposition beim entsprechenden Regionalgesetz gesetzlich vorgeschlagen wurde, die Wahlkosten zu definieren. Das wurde von der SVP und von der Mehrheit abgelehnt. Hätten wir es gemacht, dann hätten Sie keinen Ehrenkodex gebraucht, über den das ganze Land lacht, weil er alles eher als ehrenhaft ist, denn was an Wahlwerbung in die Haushalte geflattert ist, davon habt Ihr selber von Euren Wählerinnen und Wählern gehört.

Öffentliche Verwaltung – Einsparung. Wenn ich einen Fehler mache, dann bin ich gerne bereit, ihn einzugestehen. Im Wahlkampf habe ich eine falsche Zahl genannt. Ich habe gesagt, Südtirol hätte 41.000 öffentliche Bedienstete. Ich korrigiere mich. Südtirol hat 43.000 öffentliche Bedienstete, wie wir unlängst dem ASTAT-Bericht entnehmen konnten. Das ist ein Prozentsatz, den kein europäisches Land aufweisen kann! Hier besteht Handlungsbedarf. Wir haben einen aufgeblähten Apparat, über

10.000 Beamte sind nur beim Land beschäftigt und wenn man alle anderen öffentlichen Verwaltungen dazuzählt, dann sind es 43.000 Bedienstete. Das heißt, dass mindestens jeder Fünfte im öffentlichen Dienst arbeitet.

Zivildienst – Ehrenamtlichkeit. Um das soziale Jahr werden wir nicht herkommen. Auch hier darf ich daran erinnern, dass man unseren entsprechenden Antrag schon zweimal abgelehnt hat. Mir wurde vor drei Jahren der Vorwurf gemacht, ich wäre zu früh dran. Dass ein Politiker zu früh dran ist, hört man eigentlich selten. Meistens kommt man zu spät, und dann gibt es Kritik. Weil jetzt der Staat die Abschaffung des Präsenzdienstes um ein weiteres Jahr vorgezogen hat, kommen wir erst recht unter Zugzwang.

Zur Familie möchte ich nicht reden. Dazu wird meine Kollegin, Ulli Mair, etwas sagen.

Zur sozialen Sicherheit möchte ich noch einen Satz sagen, weil es sicherlich ein Thema wird. Hier sind zwar die Themen wie die Pflegeversicherung und die Zusatzrente aufgelistet. Es wird aber nicht gesagt, wie diese gestaltet werden sollen. Wir wissen von den bisherigen Absichtserklärungen, dass es nicht so sehr eine Pflegeversicherung, sondern eine Pflegesteuer werden soll, wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit aussprechen. Man kann darüber reden, ob man diese Pflegeversicherung von allen verlangt oder ob sie für Minderbemittelte von der öffentlichen Hand übernommen wird, eine Versicherung muss es aber auf jeden Fall sein. Wir verlangen auch eine Polizza dafür. Sonst passiert genau das, was wir jetzt mit den Renten haben. Die jungen Leute werden ein ganzes Leben lang einzahlen und wenn sie dann morgen alt und pflegebedürftig sind, dann ist kein Geld da oder sie verdienen zu viel. Das ist nicht das Ziel einer Versicherung. Versicherung heißt für mich, dass ich abgesichert bin, wenn ich in diesen Notfall komme. Bestraft werden vor allem die jungen Leute heute. Wenn das Geld, das man hier einzahlt, hergenommen wird, um die heutigen Löcher zu stopfen, dann fehlt es morgen genauso wie es heute bei der Rente fehlt. Das ist meine große Sorge. Hier braucht es schon noch einige Gespräche, denke ich.

Menschen mit Behinderung. Weil das Jahr für Behinderte zu Ende geht, möchte ich einen Satz dazu sagen. Ich habe Ende 2002 eine Anfrage an den Landesrat gerichtet und gefragt, was das Land konkret zum europäischen Jahr der Behinderten machen wird. Landesrat Saurer hat mir daraufhin eine lange Liste von Vorhaben usw. geschickt. Man müsste jetzt überprüfen, was da wirklich verwirklicht worden ist. Ich werde auch nachfragen. Wenn man aber in diesem Bereich Tätige fragt oder wenn man liest, was sie darüber schreiben, dann kommt die Kritik, dass man sehr viel Geld für Broschüren ausgegeben, aber sehr wenig für konkrete Maßnahmen unternommen hat. Mir hat beispielsweise eine Verantwortliche dieses Bereiches gesagt, dass man versprochen habe, 30 Personen mit Downsyndrom in die Arbeitswelt zu integrieren. Geschafft hat man es dann für eine einzige Person. Ich denke, dass wir auch das sogenannte Harmonisierungsdekret überdenken müssen, denn für viele ist dieses Harmoni-

sierungsdekret wahrlich ein Harmonisierungshammer geworden, der sie zusätzlich belastet hat.

Ticket. Wir wissen nicht, was daraus wird. Hier ist alles auf eine Kommission verwiesen worden, was ich natürlich als Zumutung empfinde. In diesem Bereich wurden viele Unterschriften gesammelt, vor allem was die Abschaffung des Tickets auf Spitalsaufenthalte anbelangt. Wir, Gewerkschaften und andere Organisationen haben Unterschriften gesammelt.

In diesem Regierungsdokument ist auf die künftige Verantwortung der Basisärzte hingewiesen worden. Ich denke, es muss auch in Zukunft die große Aufgabe sein, wenn man Kosten sparen will, dass man wirklich die Basisärzte aufwertet, ihnen allerdings auch mehr Verantwortung gibt. Es kann doch nicht sein – das habe ich letztes Wochenende gehört –, dass, wenn am Wochenende ein Kind erkrankt, man mit dem Kind nicht mehr zum Hausarzt darf, weil man zum Kinderarzt gehen muss, der Kinderarzt aber keinen Turnusdienst hat. Das heißt im Klartext, dass das Krankwerden der Kinder am Wochenende verboten ist. Das sind Dinge, die bei unserem so ausgezeichneten Sanitätswesen nicht tragbar sind.

Ich bin für die Einführung der Sani-Cart, wenn dabei der Datenschutz bestmöglich geschützt wird. Ich finde das schon eine vernünftige Maßnahme.

Zu den Rettungsdiensten auch einen Satz, weil das Ticket für bestimmte Bereiche eingeführt worden ist. In einigen Bereichen mag es sinnvoll sein, aber nicht bei Spitalsaufenthalten. In das Krankenhaus gehe ich ja nicht freiwillig, da muss ich von einem Arzt eingewiesen werden. Wir sind die einzige Region in diesem Staate, die ein Ticket auf Spitalsaufenthalte einhebt.

Vor dem Krankenhaus Bozen haben wir einen Hubschrauberrettungsplatz, der immer noch nicht kollaudiert ist. Auch hier, denke ich, besteht wirklich Handlungsbedarf.

Zur Toponomastik möchte ich auch noch einen Satz sagen. Hier gibt es eine klare Aussage, aber eine, die mir natürlich nicht gefällt, denn das Projekt, das die Landesregierung vorantreibt, wird der historischen Wahrheit in keiner Weise gerecht. Ich weiß, dass es schwer ist, eine Regelung zu finden, die allen gut geht. Und es wird auch keine geben, die allen gut geht. Mit welcher Leichtfertigkeit Sie, Herr Landeshauptmann, die Wissenschaft abtun, ist ein starkes Stück. Ich denke, dass genau in einem solchen Bereich, der so sensibel ist, wenschon wissenschaftliche Kriterien anzuwenden sind. Wenn man hier von Vernunft usw. spricht, dann ist das schon eine gewagte Aussage, die Sie hier gemacht haben. Natürlich hat jeder Respekt vor dem Anspruch auf Heimatgefühl aller und, auf dieser Ebene, auch vor der geschichtlichen Wahrheit. Wer definiert die geschichtliche Wahrheit? Wir sehen das bei der Diskussion betreffend den Siegesplatz, das Siegesdenkmal. Hier ist es immer auch entscheidend, von welcher Warte aus man es betrachtet, so wie es mit den Helden und mit den Terroropfern ist. Für einige sind es Freiheitskämpfer, für andere Terroristen. Das ist immer sehr schwierig zu definieren. Es muss aber Parameter geben, auf die man sich berufen

kann, denke ich. Hier sollte man nicht die von der UNO aufgestellten Richtlinien so leichtfertig beiseite schieben, denn die sind vielleicht die einzige Grundlage, bei denen man nicht Gefahr läuft, von vornherein abgestempelt zu werden, dieses oder ein anderes Interesse zu vertreten. Es gibt halt Prinzipien wie die Zweisprachigkeit, die Zweinamigkeit, was ich nicht zu wiederholen brauche.

Hier geht es aber auch um etwas anderes. Weil wir einen Landtagsvizepräsidenten und morgen wahrscheinlich Landtagspräsidenten von Alleanza Nazionale haben, möchte ich noch einmal das sagen, was ich bei der ersten Sitzung gesagt habe: Ich gestehe jedem Menschen zu, dass er sich ändert, dass er seine Meinung korrigiert, dass er sich auch entschuldigt, solange wir aber die Situation haben, dass ein Gianfranco Fini vor das sogenannte Siegesdenkmal kommt und dort Reden gegen den Friedensplatz, für die Rückbringung des Siegesplatzes schwingt, solange ist diese Geschichte nicht aus der Welt und solange werdet Ihr in Südtirol auch wenig Glaubwürdigkeit nachweisen können! Hier braucht es nicht eine Vorleistung, sondern eine klare Aussage. Bei dieser Gelegenheit kannst Du Deinem Vorgesetzten Fini noch einmal ausrichten, dass wir verlangen, dass er sich, wenn er noch einmal nach Südtirol kommt, auch bei den Südtirolern für das faschistische Unrecht entschuldigt und zwar nicht deshalb, weil er es angerichtet hat - er hat damals noch nicht gelebt; wenn ich mich recht erinnere, ist er im Jahre 1950 geboren -, aber die geschichtliche Dimension, die der Faschismus in Südtirol hat, die muss einer, der die Nachfolgepartei führt, erkennen, denn er hat auch beim Holocaust nichts zu tun gehabt. Dann hätte sich Gianfranco Fini auch bei den Juden nicht entschuldigen müssen. Er hat auch diesen gegenüber persönlich sicherlich nichts verbrochen. Er ist erst im Jahre 1950 auf die Welt gekommen. Das wäre aber ein Zeichen, ein Signal in die Richtung, dass es in dieser Partei eine Änderung gegeben hat. Da werden wir aber auf die Taten warten und Worte sind in diesem Zusammenhang sehr, sehr viele gefallen.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Was die Sicherheit anbelangt, haben wir Freiheitliche im Landtag schon immer klare Forderungen gestellt. Wir haben das Problem Sicherheit auch immer im Zusammenhang mit der Einwanderung genannt, was nicht bedeutet, dass alle Ausländer kriminell sind, was aber heißt – und das sagen die Zahlen der Polizei -, dass unter den Einwanderern der Prozentsatz an Kriminellen viel, viel höher ist als unter der restlichen Bevölkerung. Schauen wir uns nur das Bozner Gefängnis an, das übrigens immer noch in einem katastrophalen Zustand ist und wo sich immer noch keine Lösung abzeichnet, was auch menschenunwürdig ist, ganz gleich wer dort eine Strafe zu verbüßen hat oder nicht. Es schmerzt aber schon, wenn man hört, dass beispielsweise ein Einwanderer einen Südtiroler Discopächter vorsätzlich mit einem Hammer niederschlägt und dafür keine sehr hohe Strafe bekommt, abgesehen davon, dass er flüchtig ist, und dass man dann noch hört, dass möglicherweise die Caritas dessen Anwalt bezahlt. Wenn solche Dinge der Wahrheit entsprechen, dann darf man von der Südtiroler Bevölkerung kein Verständnis erwarten! Ich sage - und das haben wir immer betont -, wir haben als Abgeordnete des Südtiroler Landtages die

erste Pflicht, für unsere Landsleute und, in zweiter Linie, sofern wir die Möglichkeiten dazu haben, auch für Leute zu sorgen, die in unser Land kommen um zu arbeiten. Es kann aber nicht sein - und wir erleben es -, dass mittlerweile in den Rangordnungen, wo es um soziale Leistungen geht, die Einwanderer vor unseren Leuten aufscheinen und unsere Leute damit das Nachsehen haben. Das ist nicht akzeptabel!

Zur Berglandwirtschaft möchte ich einen Satz sagen, weil das Thema aktuell ist. Wir sind dafür, dass die Bergbauern geschützt werden. Deshalb darf das, was bei der MILKON passiert ist, nicht passieren. Deshalb haben wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, und zwar nicht um jemanden von vornherein zu verurteilen und uns in die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft einzumischen, sondern einfach weil sehr sehr viele Bauern in den letzten Monaten aufgrund dieser Dinge, die auch öffentlich ausgetragen worden sind, das Vertrauen in die Genossenschaft, teilweise aber auch auch in die Politik verloren haben. Ich verurteile hier niemanden. Man hat mich von Seiten der Presse gefragt, was dabei herauskommen soll. Wenn ich eine Untersuchungskommission einsetze und ich schon weiß, was dabei herauskommt, dann brauche ich doch keine Untersuchungskommission einzusetzen, denn dann wären die Fakten schon auf dem Tisch. Es geht somit einfach darum zu klären, zu prüfen, ob bestimmte Vorwürfe stimmen. Es braucht Transparenz, dass diese Leute wieder das Vertrauen in diese Institutionen bekommen. Wenn man das Gefühl hat, dass die Kontrolleure sich selber kontrollieren, ... Wie gesagt, hier muss man die Dinge auseinander halten: was eine strafrechtliche Relevanz hat, das interessiert die Politik nicht, wenn aber im Verwaltungswege Fehler gemacht worden sind oder wenn die Politik in irgendeiner Weise involviert ist, dann hat der Bürger einen Anspruch auf Aufklärung seitens der Politik. Für die anderen Aspekte gibt es andere Instrumente. Ich wünsche mir wirklich, dass die Berglandwirtschaft, die in Südtirol doch beachtlich gefördert wird, auch in Zukunft diesen Stellenwert behält, weil er für das Land wichtig ist. Vor allem trägt die Berglandwirtschaft dazu bei, dass unsere Kulturlandschaft erhalten bleibt, die auch ein wesentlicher Faktor für den Tourismus ist.

Ich kann dieser Regierungserklärung nicht zustimmen, weil sie, wie gesagt, sehr beliebig ist. Wir werden im Laufe der nächsten fünf Jahre sehr aufmerksam die Initiativen der Landesregierung beobachten und uns von Fall zu Fall entscheiden. Wir nehmen den Aufruf uns konstruktiv an der Arbeit im Landtag zu beteiligen, sehr ernst und wir werden auch, weil wir unseren Wählerauftrag ernst nehmen - uns haben die Leute gewählt, weil wir ein Programm vorgelegt haben -, entsprechende Anträge einbringen und erwarten uns, dass diesen von der anderen Seite fallweise auch zugestimmt wird.

KURY (GAF-GVA): Herr "zwischenzeitlicher" Landtagspräsident! Herr designierter Landeshauptmann! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die die zukünftige Landesregierung bilden sollen, sofern sie unter uns weilen! Genaues weiß man ja nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen ohne Posten! Entschuldigen Sie diesen Jargon,

aber ich habe ihn aus SVP-Diskussionen übernommen, weil er ganz einfach ins Ohr gedrungen ist, weil täglich vom Posten die Rede war, mit denen Bezirke, Strömungen usw. belohnt wurden. Ich denke, dass in dieser Diskussion um die Besetzung der Spitzenpositionen von Südtirols Institutionen und Südtirols Landesverwaltung tatsächlich ein Tiefpunkt in der Diskussion erreicht worden ist, wie man mit wesentlichen demokratischen Ämtern umgeht. Nun, diesen Tiefpunkt, denke ich, müssen wir jetzt weiter fortsetzen, denn es wäre eigentlich wunderschön, wenn wir in diesen zwei Tagen tatsächlich seriös – ich zitiere den Landeshauptmann – auch auf die Bedürfnisse der anderen eingehen, uns über die Zukunft Südtirols unterhalten könnten. Das wäre schön und wünschenswert. Ich denke auch, dass sich das die Bevölkerung von uns erwarten würde. Allerdings fehlen uns, leider Gottes, wesentliche Informationen, die die Voraussetzung bilden, dass wir uns seriös über Südtirols Zukunft unterhalten können.

Wir wissen nichts von den zukünftigen Kompetenzen, wie sie verteilt, wie sie hoffentlich neu zusammengestellt werden, auf dass Missstände aus der Vergangenheit endlich beseitigt werden können, wie zum Beispiel in der Arbeitssicherheit, wie zum Beispiel in der Berufsbildung usw. Wir wissen nicht, an wen diese Kompetenzen übertragen werden sollen. Ich denke, es ist einfach eine Zumutung jetzt über Südtirols Zukunft zu diskutieren, wenn wir nicht wissen, wer denn dann in der Verwaltung die Führung der verschiedenen Bereiche übernehmen soll.

Es bleibt uns die Regierungserklärung des designierten Landeshauptmannes, die, aus meiner Sicht, eine quantitative Ansammlung von Absichtserklärungen ist, einige gute, einige weniger gute, die in ihrer Beliebigkeit aber, wie sie aneinandergereiht werden, absolut keine Garantie geben, was denn prioritär vorangetrieben werden soll und die in ihrer Widersprüchlichkeit zum Teil, vor allem wenn ich die Regierungserklärung, den Landeshauptmann und das Koalitionsprogramm vergleiche, im Grunde nichts aussagen, außer dass man so fortfahren will wie man in den letzten fünf Jahren verwaltet hat, nämlich ad hoc jenen nachgeben, die den größten Druck ausüben, und insofern keine klare Prioritätensetzung für die nächsten fünf Jahre anstreben. Dieses Dokument bzw. die Art und Weise wie die Diskussion hier stattfinden muss, weil man uns die Informationen versagt, ist eigentlich wieder ein Beweis dafür, dass im Landtag die demokratische Auseinandersetzung im Grunde nichts anderes als eine lästige Pflichtübung ist. Soweit sie vorgeschrieben ist, muss sie gemacht werden, in Wirklichkeit wird sie aber als lästig empfunden und man sollte sie eigentlich so schnell wie möglich über die Bühne bringen. In Wirklichkeit ist es so oder sollte es so sein – und das beweist auch die Diskussion zur notwendigen Reform der Geschäftsordnung –, dass in dem Augenblick, in dem die SVP-Zentrale entschieden hat, eigentlich jede andere weitere Diskussion müßig oder als Zeitverschwendung angesehen wird.

Herr designierter Herr Landeshauptmann! In Ihrer Regierungserklärung beginnen Sie mit der Einbettung des Autonomiestatutes in Europa und in den Gesamtstaat. Ich denke, es ist richtig so. Allerdings, was die Art und Weise anbelangt, wie Sie das abhandeln, kann ich Ihnen nicht immer beipflichten, so leid es mir tut, Herr Lan-

deshauptmann! Ich würde es sehr gerne einmal tun. Ich weiß nicht, ob Sie die Diskussionen am Samstag, Sonntag oder Montag über das Debakel der gescheiterten Verfassungsreform in Brüssel verfolgt haben. In allen Kommentaren war die Rede vom Scheitern, das, denke ich, auch Sie bedauern und das wir sicherlich alle bedauern. Von einer Verfassung für Europa sind wir weit entfernt und damit von einer Miteinbeziehung der Bürger und klaren demokratiepolitischen Mitbestimmungsregeln für Bürger. Dieses Scheitern ist zum Großteil, jetzt banal gesagt, auf den Egoismus der Nationalstaaten, vor allem aber darauf zurückzuführen, dass niemand bereit war, ein Stückchen seiner Macht zum Wohle des Allgemeinen nach oben weiterzugeben. Daraufhin habe ich mir noch einmal Ihre Regierungserklärung angesehen, wie Sie Ihr Verhältnis zu Europa sehen. Ich denke, man kann das genauso aus Ihrer Regierungserklärung herauslesen, was allgemein an der Haltung der Nationalstaaten bedauert wurde, nämlich Europa ist gleich Melkkuh, Strukturfonds her, wir wollen möglichst viel Geld herauschinden, aber sonst – ich zitiere Sie - haben wir nichts Schlimmes davon zu erwarten, sonst können sie uns nichts antun und wir werden unsere eigenen Interessen verteidigen.

Bezüglich der defensiven Haltung gegenüber Europa ist nichts von der Euphorie zu sehen, die uns angesichts der großen Veränderungen, die im nächsten Jahr bevorstehen, mindestens bis Freitag alle beseelen hätte sollen. Wir haben von Europa nichts zu befürchten. Sie zitieren einige Urteile des Europäischen Gerichtshofes, und ich nehme an, dass Sie sich auf den Fall Angonese und auf das Urteil Pickel und Franz beziehen, wobei ich auch da Ihren eindeutig positiven Interpretationen nicht folgen kann. Sie sagen: *"Europa hat erkannt, dass unser Minderheitenschutz weitblickend ist"*. So argumentieren Sie! Da sagen Sie nur die halbe Wahrheit, denn immerhin sind in den beiden Urteilen Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut gekappt worden bzw. ist in beiden Urteilen auf die Verhältnismäßigkeit der Regeln bezüglich des Minderheitenschutzes hingewiesen worden. Und das ist eigentlich die Linie, die wir seit langer Zeit verteidigen, nämlich Minderheitenschutz selbstverständlich ja, aber die Mittel sollten so wenig wie möglich die Individualrechte einschränken. Das ist im Fall Angonese zum Ausdruck gekommen. Das ist im Fall Pickel und Franz zum Ausdruck gekommen und das würde, Herr Landeshauptmann, auch dann zum Ausdruck kommen, wenn andere Bestimmungen vor dem Europäischen Gerichtshof landen würden.

Ich denke zum Beispiel an den Proporz oder auch an die Unverhältnismäßigkeit der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung. In diesem Zusammenhang möchte ich gleich, weil es vor allem Frau Gnecci, aber auch den Landeshauptmann betrifft, eine große Kritik und auch eine große Enttäuschung anmelden. Herr Landeshauptmann bzw. Koalitionspartnerin des Landeshauptmannes und der SVP! Ich möchte meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass man sich im Jahre 2003, also 8 Jahre vor der nächsten Volkszählung, nicht ein bisschen hin in Richtung der allgemeinen Kritik bewegt und überlegt, ob diese Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung und

Erhebung nicht eigentlich ein riesiger bürokratischer Aufwand ist, ohne die entsprechenden Vorteile zu finden, nämlich wenigstens die Informationen zu bieten, die wir dann – ich komme in der weiteren Rede darauf zurück – nicht haben, wenn es darum geht zu analysieren, in welcher Situation die einzelnen Sprachgruppen in Südtirol sind. Ich kann hier wirklich nur meiner Enttäuschung Ausdruck verleihen, dass nun diese Form der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung auch von den Koalitionspartnern eindeutig verteidigt wird und man nicht gemeinsam versucht – man hat mindestens fünf Jahre Zeit -, eine Verbesserung herbeizuführen und eigentlich mehr stur darauf besteht sie so weiterzuführen.

Sie haben über die Einbettung der Autonomie im europäischen Rahmen, aber auch natürlich im gesamtstaatlichen Rahmen gesprochen. Was hätte man sich eigentlich in dieser Legislatur erwartet angesichts der Tatsache, dass in der letzten Legislatur 2000 und 2001 zwei große Reformen über die Bühne gegangen sind? Einmal ist die Verfassung, der fünfte Titel, und, zweitens, das Autonomiestatut reformiert worden. Eigentlich wäre es doch selbstverständlich, dass der Südtiroler Landtag in der anschließenden Legislatur nach diesen, denke ich, doch großen Reformen, auch wenn sie nicht ganz genügen, ... Immerhin sind sie ein wesentlicher Schritt hin in Richtung Föderalismus und beim Autonomiestatut in Richtung der Beseitigung einiger Mängel. Da konnte man sich schon erwarten, dass man nun in dieser Legislatur diese Reformen in Südtirol rezipiert.

Verfassungsreform - Stichwort. Etwas Wesentliches der Verfassungsreform ist die Konzeption, dass die Subsidiarität per excellence, nämlich die Verwaltungsbefugnis dort anzusiedeln ist, wo sie am nächsten beim Bürger ist. Die Gemeinden haben die Verwaltungsbefugnis inne, was eine wichtige Reform ist. Was tun wir mit diesem Passus? Nichts! In der Regierungserklärung kommt das nicht vor. Im Koalitionsprogramm kommt vor, dass es notwendig ist, die Gemeinden mehr in die Mitsprache mit einzubeziehen, und das soll in Form des vor kurzem eingerichteten Rates der Gemeinden erfolgen. Wenigstens eine Erwähnung ist das wert. Bei Ihnen ist es keine Erwähnung wert! Da ist einfach ein Indiz, leider Gottes, was man unter Subsidiarität in Südtirol zu verstehen hat. Zwar gebraucht man dieses Wort immer, wenn man von wo anders her, von Europa her, von Rom her etwas verlangt, kaum ist aber die Kompetenz in Südtirol, dann ist es mit der Subsidiarität, nämlich Befugnisse nach unten weiterzugeben, nicht mehr so weit. Was dem Bürger näher ist, kommt offensichtlich der Südtiroler Verwaltung nicht so leicht in den Sinn. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, Herr Landeshauptmann, dass Sie mir hier – ich glaube, es war im September, also kurz vor den Landtagswahlen – erzählt haben, dass dieser Rat der Gemeinden, wie Sie in konzipiert haben, die Gemeindeautonomie stärken würde. Danach sehen wir, dass nach erfolgter Wahl mit diesem, aus meiner Sicht, theoretisch wichtigen nur in Südtirol total vergammelten Rat der Gemeinden in Wirklichkeit nichts anderes passiert ist, als dass man das Schildchen "Gemeindenverband" mit dem Schild "Rat der Gemein-

den" ausgetauscht hat. Das ist schade, und damit tun Sie der Zukunft Südtirols keinen Gefallen.

Ich möchte bezüglich der Reform des Autonomiestatutes in Erinnerung rufen, dass der Artikel 47 des Statutes reformiert worden ist und dass man sich von dieser auch von der SVP vorangetriebenen Reform wie üblich immer nur die Rosinen herauspickt. Der Artikel 47 sagt nämlich, dass mittels Landesgesetz die Mitbestimmung der Bevölkerung zu regeln sei: Referenden, Einbringung von Gesetzentwürfen usw. In Ihrer Regierungserklärung für die nächsten fünf Jahre steht diesbezüglich nichts, außer dass Sie es mit den Koalitionspartnern halten. Das sagen Sie, und diese sagen auch nicht viel. Diese sagen leider auch nicht viel, weil hier ein Satz gestrichen worden ist. Weiters sagt der reformierte Artikel 47 des Statutes, der jetzt umzusetzen ist, dass der paritätische Zugang der Frauen zu den politischen Ämtern zu fördern sei. Im ersten Wahlgesetz sollte dieses Prinzip verwirklicht werden. Es wäre höchst an der Zeit, dass man, nachdem man die erste Gelegenheit bereits versäumt hat, dringend daran geht diesen Grundsatz umzusetzen.

Zu diesen großen Reformen sagt man nichts. Dann sagt man etwas, was auf den SVP-parteiinternen Clinch gemünzt zu sein scheint, nämlich, dass man die Wahlkosten beschränken will. Ich verstehe schon, dass Sie, Herr Landeshauptmann, Probleme mit Ihren Schützlingen gehabt haben und dass es jetzt feiner wäre, wenn hier ein Gesetz eine klare Sprache gesprochen hätte. Der Abgeordnete Baumgartner ist nicht da. Ich möchte ihn nur daran erinnern, dass wir – der Abgeordnete Denicolò ist ja da und kann es bestätigen – bei der Wahlrechtsreform massiv darauf gedrängt haben, eine Beschränkung der Wahlkosten einzuführen, dass es die SVP war, die hier partout kein Einsehen gehabt hat und dass das eigentlich sogar einer der entscheidenden Gründe dafür war, dass die Wahlrechtsreform nicht über die Bühne gegangen ist. Hinterher sind Sie auch soweit. Ich freue mich, dass wir einer Meinung sind, dass die Wahlkostenbeschränkung dringend einzuführen ist, aber damit kann sich ... Das ist nicht erschöpfend für die Umsetzung des Artikels 47 des reformierten Autonomiestatutes.

Ich möchte jetzt zum Hauptthema meines Beitrages kommen, weil es mir am Herzen liegt und weil ich hier, Herr Landeshauptmann, eine ganz große Zurückentwicklung feststelle. Es handelt sich um den gesamten Bereich Zusammenleben. Ich habe mir Ihre Regierungserklärungen von 1993 und 1998 herausgesucht. 1993 war ich ein Neuling und ich habe damals eigentlich mit großem Erstaunen und mit großer inneren Anteilnahme Ihren Worten gelauscht, als Sie gesagt haben, dass es vertrauensbildende Maßnahmen braucht, dass wir allen ein Heimatrecht verschaffen, dass wir den Dialog suchen wollen. Wenn Sie den Text nicht mehr in Erinnerung haben, dann händige ich ihn Ihnen gern aus. Es gab eigentlich ein Aufmuntern. Sagen wir, der Tenor Ihres damaligen Diskurses hat Hoffnung gemacht, dass es jetzt wirklich aufwärts geht, dass Sie es ernst meinen. So, das war vor zehn Jahren. 1998 war es schon etwas schwächer, immerhin gab es aber noch ein Kapitel zum Thema Zusammenleben. Habe ich es richtig interpretiert, Herr Landeshauptmann? Wenn wir uns Ihre jetzige Regie-

nungserklärung anschauen, dann ... Wissen Sie wie oft die Worte "Sprachgruppe", "sprachgruppenübergreifend" oder irgendetwas von "vertrauensbildenden Maßnahmen" im Zusammenleben der Sprachgruppen vorkommt? Nie! Auf der letzten Seite stehen unter dem Titel "zuletzt" auch nicht sehr ermunternd einmal die Worte "... sprachgruppenübergreifend das Projekt Südtirol pflegen". Auf der letzten Seite zitieren Sie das. Ansonsten verlieren Sie keine Zeile über dieses Thema, in der Sie sagen, mit welchen Maßnahmen Sie das offensichtlich angespannte Verhältnis unter den Sprachgruppen, das Sie wohl nicht leugnen können, in den Griff bekommen wollen, mit diesen Dauerdiskussionen Siegesdenkmal, Topnomastik, Liktorenbündel hin und her, dass hier dauernd geschürt wird, und was zu tun ist, um einen Qualitätssprung zu machen, damit wir in der Diskussion weiterkommen. Es ist nicht zu leugnen, Herr Landeshauptmann, dass auch die Resignation, wie sie im Wahlverhalten der Italiener bei der letzten Landtagswahl zum Ausdruck kommt, für uns alle ein Auftrag ist, uns Ihrer Anliegen besser anzunehmen, auch wenn sie nicht präsent oder unterrepräsentiert sind. In Ihrer Regierungserklärung sehe ich nichts dergleichen, dass Sie sich weiterhin, oder so wie im Jahre 1993, dieses Problems annehmen wollen, dass es vor allem von Seiten der starken Sprachgruppe in diesem Landtag klare Botschaften der Versöhnung, aber auch klare Botschaften braucht, dass man die schwache Sprachgruppe auch in institutionell wichtigen Rollen vertreten sehen will.

Wenn ich daran denke, dass offensichtlich wieder einmal – ich entnehme es nur der Presse - die SVP beschlossen hat, sich alle vier Präsidenschaften der Gesetzgebungscommission unter den Nagel zu reißen, dann ist das eben nicht Demokratie, Herr Landeshauptmann! Demokratie heißt nicht, dass eine Partei, die 55,6 Prozent hat, sich 100 Prozent der wesentlichen Funktionen unter den Nagel reißt, weil es zu diesen 55,6 Prozent der Wählerstimmen, die Sie bekommen haben, auch noch 44,4 Prozent Menschen in Südtirol gibt, die anders gewählt haben, und auch diese haben ein Vertretungsrecht in den Institutionen! Ich empfinde es ganz einfach eine unglaubliche Präpotenz und Arroganz, wie Sie mit den – um in Ihrem Jargon zu bleiben – Posten verfahren, im Präsidium gehören nämlich von 5 Mitgliedern 4 der SVP an. Auch hier nimmt die SVP 80 Prozent der Stellen ein, obwohl sie, großzügig gerechnet, 56 Prozent hat, so als ob es die anderen nicht gäbe bzw. man beschränkt sich bei ihrer Mitteinbindung der anderen Fraktionen auf das Minimum vom Minimum, auf das was vorgeschrieben ist. Dieses Ausschließen statt Einschließen macht böses Blut.

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): *(unterbricht)*

KURY (GAF-GVA): Wo denn genau? Jetzt rede ich einmal von den vier Präsidenschaften der Gesetzgebungscommissionen. Wenden Sie doch mindestens den von Ihnen hochgelobten Proporz an und teilen Sie ihn womöglich auf zwei oder auf vier auf, damit nicht immer nur die SVP zum Zuge kommt! Da liegt eben einer der Hunde begraben, warum sich eine bestimmte Sprachgruppe in Südtirol ausgeschlossen

fühlt. Beim Landtag gibt es keinen Proporz, aber bei den Führungspositionen hat sie aufgrund der Auslegung des Proporz bei Führungsfunktionen immer das Nachsehen, weil Sie ihn am liebsten in immer kleineren Portionen unterteilen, damit immer nur die Großen zum Zuge kommen, und die Großen heißt in diesem Fall ausschließlich die Volkspartei. Das macht böses Blut, es fördert die Resignation, wie sie bei dieser Wahl zum Ausdruck gekommen ist, oder es fördert auch die radikale Gegnerschaft, und mit beidem, Herr Landeshauptmann, tut man Südtirol nichts Gutes an. Es hemmt nämlich das Entstehen eines gemeinsamen Verantwortungsbewusstseins für Südtirol, wenn man die einen gegen die anderen ausspielt.

Was die Toponomastik anbelangt, gibt ein Satz zur Hoffnung Anlass, dass Sie doch zumindest Ihre vor zehn Jahren ausgegebene Botschaft, allen ein Heimatgefühl gewähren zu wollen, nicht ganz vergessen haben. Sie sagen: *"Es braucht Respekt vor dem Anspruch aller auf Heimatgefühl"*. Wunderschön! Das freut mich sehr. Nur, im nächsten Satz machen Sie es gleich wieder zunichte, indem Sie die vorher doch sehr kritisch betrachtete geschichtliche Wahrheit, den Respekt des Heimatgefühls wieder auf die gleiche Ebene heben. Da sieht man wieder, dass Sie schon in eine Richtung möchten, dann müssen Sie aber gleich wieder auch der anderen Richtung ein Zuckerle geben, damit Sie nicht unter die Räder kommen. Dieser Zickzackkurs ohne eindeutige Botschaft in diesen Angelegenheiten lässt uns in Südtirol nicht weiterkommen.

Nachdem Sie, Herr Landeshauptmann, um 18 Uhr eine Verpflichtung haben, muss ich mich beeilen, damit ich noch mein zweites wichtiges Kapitel hier anbringen kann, das im engen Zusammenhang mit dem steht, was ich vorher gesagt habe, nämlich mit dem Nicht-Qualitätssprung, sondern sogar Rückschritt im Verhältnis der Sprachgruppen, was die ganze Bildung anbelangt. Auch da hat Ihr früherer Redenschreiber mehr verstanden als der jetzige. Ich würde ihn wieder wechseln, wenn es möglich ist. Ich weiß nicht, ob Sie auf den alten wieder zurückgreifen können, denn der alte Redenschreiber hat von Bildung mehr verstanden als der neue. Auch von Umwelt und vom Zusammenleben hat er mehr verstanden. Die Bildung ist, denke ich, doch ein wesentliches Thema in Südtirol oder sollte zumindest ein wesentliches Thema sein. In Ihrer Regierungserklärung gibt es zwei Kapitel, nämlich die Schule und die Aus- und Weiterbildung. In beiden Kapiteln steht nicht viel drinnen. Aussagekräftiger ist da schon eigentlich die Broschüre, in der die Auswertung der Volkszählung bezüglich Bildung aufgelistet ist. Unter dem Titel *"Triumph, Triumph, wir holen auf"*, so ungefähr, wird angegeben, dass – laut letzter Volkszählung – 5 Prozent der Südtiroler nun einen Laureatsabschluss haben. Vergleich: Italien hat 9 Prozent, Europa hat 9 Prozent. Wir liegen bei 5 Prozent. Dann schaue ich weiter und diese Info-Broschüre sagt: *"Leider Gottes kann man keine Aufschlüsse geben über Unterschiede zwischen den Sprachgruppen aufgrund der vermaledeiten Art und Weise, wie die Sprachgruppenerhebung nicht mehr gekoppelt ist an die Volkszählung"*. Also, wir haben diese Information nicht mehr und es ist schade darum. Indirekt wird das auch kritisiert. Wir haben keinen Hinweis auf die Unterschiede des Bildungsstandes zwischen

Deutschsprachigen, Italienischsprachigen und Ladinischsprachigen, und das ist schade. Es gibt aber doch indirekt Hinweise, dass in den großen Zentren wie Bozen, Meran, Leifers, Brixen und Bruneck die Laureatsabschlüsse doppelt so hoch wie in den Landesgemeinden sind. Auch mit dem Hinweis, dass dort konzentriert die italienische Sprachgruppe lebe, kann man, leider Gottes, nur annehmen und nicht nachprüfen, dass die italienische Sprachgruppe im nationalen Durchschnitt liegt und dass die deutsche Sprachgruppe massiv dem nationalen und europäischen Durchschnitt nachhinkt. Der Bildungsnotstand vor allem auf der Seite der Deutschsprachigen sollte eigentlich in einer fünfjährigen Planung der Zukunft in Südtirol eine Rolle spielen, nachdem Italienischsprachigen wahrscheinlich im Durchschnitt liegen. Ein Grund ist natürlich die Tatsache, dass die Deutschen vermehrt die Berufsbildung in Anspruch nehmen. Aus einer anderen Statistik ist nämlich zu entnehmen, dass gleich viele, die zur Mittelschule gehen, die Berufsausbildung in Anspruch nehmen. Um so mehr wäre es doch eine Verpflichtung, dass man dann in dem Augenblick, in dem ein ganz großer Teil der deutschsprachigen Bevölkerung ausschließlich diese Art der Ausbildung genießt, die Reformen zügig vorantreibt, den Bildungsplan, der beschlossen worden ist, umsetzt und nicht, dass man so sibyllinische Phrasen ins Regierungsprogramm hineinschreibt, dass man nicht wisse, ob sich die Wirtschaft durchgesetzt hat - und es kommt das vierte Jahr - oder ob sich die anderen durchgesetzt haben und dass im dualen Bildungssystem mehr zur Schule gegangen wird. Das ist die Kernfrage für mich. Dazu möchte ich eine Antwort von Ihnen, Herr Landeshauptmann.

Weiters möchte ich noch darauf hinweisen, dass das ganze Konzept Bildung, ein einheitliches organisches Bildungskonzept vom Kindergarten bis zur Uni bzw. bis zum Tode zu diskutieren wäre, wenn man das lebenslange Lernen ernst nimmt. Was den Kindergarten anbelangt, möchte ich mich nur dem anschließen, was der Abgeordnete Minniti heute gesagt hat. Seit zehn Jahren reden wir hier von der Notwendigkeit der Reform des Kindergartenwesens. Im letzten Jahr gab es eine helle Aufruhr, dass die Kinder im Kindergarten nicht mehr die Sprache lernen, man tut aber nichts. Wertvolles Personal putzt anstatt sich der Erziehungstätigkeit zu widmen. Das, denke ich, ist nicht zukunftsorientiert, sondern kleinkrämerisch auf Einsparungen bedacht, die sich ganz bestimmt nicht langfristig bezahlt machen.

Ich möchte eine Frage an die Schullandesrätin, sofern sie noch die Schullandesrätin oder auch nicht mehr sein sollte, stellen. Es ist im Grunde genommen egal, weil sie sowieso nicht da ist. Insofern wende ich mich vertrauensvoll an Herrn Pürgstaller. Vielleicht wird er der Schullandesrätin berichten, oder hat er vielleicht schon Beziehungen zum neuen Schullandesrat? Herr Pürgstaller, Schullandesrat oder auch nicht! Haben Sie auch in Erinnerung, dass man in den letzten fünf Jahren regelmäßig von einer Bildungsoffensive gesprochen habt? Das Wort "Offensive" war mir nicht so richtig sympathisch, das Wort "Bildung" klingt aber ganz gut. Jetzt schaue ich, was im Regierungsprogramm des designierten Landeshauptmannes von dieser Offensive übrig geblieben ist. Übrig geblieben ist eine sehr beschränkte auf die Pflege der

Muttersprache reduzierte Bildungsoffensive. Herr Landeshauptmann! Haben Sie die Texte gelesen, die Ihr Schreiber uns vorgelegt hat? Sie haben sie laut vorgelesen, Sie sind aber selbst da und dort über Formulierungen gestolpert, die nicht immer so richtig elegant waren. Noch hübscher, sagen wir, für die Faschingskalender oder noch aussagekräftiger ist das Koalitionsprogramm über die Art und Weise, wie im Südtiroler Landtag die Pflege der Muttersprache stattfindet. Es ist eigentlich ein Skandal! Wenn jemand in Südtirol wirklich ein Dokument so verfassen würde wie offiziell die wichtigsten Planungsdokumente verfasst werden, würde dieser dem allgemeinen Gespött ausgesetzt sein. Und das ausgerechnet von einem Gremium, Herr Pahl, das Tag und Nacht herumgeht und schreit: "Muttersprache, Muttersprache, Muttersprache!" Also bitte! Es wäre ganz gut, wenn man ich sage nicht mit gutem Beispiel vorangehen würde – dazu sind wir ja nie imstande –, sondern wenigstens versuchen würde nicht so verquerte Wortbildungen als offizielle Dokumente zu verteilen, weil es eigentlich zum Schämen ist. Ich möchte sagen, dass diese Bildungsoffensive, die im Grunde genommen nur mehr Muttersprachpflege ist, wirklich kleinkrämerisch ist, dieses Ausspielen der Kompetenzen in der Erst, Zweit- und in der Drittsprache, ein Gustostückchen des Landeshauptmannes. Sie haben es nicht überrißen! Jetzt sage ich es Ihnen noch einmal. Es ist halt schwer, alles zu überreißen, wenn man es zum ersten Mal liest.

Was die Schule anbelangt, möchte ich auf die Sprache zu sprechen kommen. Herr Landeshauptmann! Wer darf, Ihrer Meinung nach, eine Sprache lernen? Die deutschsprachigen Südtiroler dürfen die Muttersprache lernen, sie sollen die Muttersprache lernen. Zweitens, die Erwachsenen dürfen die englische Sprache und die Einwanderer dürfen auch beide Landessprachen lernen. Das steht in Ihrem Text bezüglich Schule drinnen. Ich möchte eigentlich als junger deutscher Südtiroler auch Deutsch und Englisch zugleich lernen, das ist aber nach Ihrer Vorstellung nicht möglich. Es ist einfach eine Blockade in den Köpfen, dass man nicht mehr normal in der Sprachkompetenz reden kann. Wenn jemand das Wort "Sprachkompetenz" in den Mund nimmt, dann schreit ein anderer "Muttersprache, Muttersprache, Muttersprache!", als ob in unserem Hirnkastl nicht Platz für mehr als eine Sprache wäre und als ob die eine Sprache offensichtlich die andere in unseren Köpfen behindern würde. So haben es vielleicht einmal die Wissenschaftler im 19. Jahrhundert gesehen, so ist das aber tatsächlich nicht mehr.

Ich freue mich, dass die italienischen Koalitionspartner gesagt haben, dass man sich in der italienischen Schule auch um eine gute Kenntnis der zweiten Sprache bemühen darf. In der italienischen Schule darf man das schon. In der deutschen Schule darf man das leider nicht mehr. Dort beschränkt man sich darauf zu debattieren, dass eigentlich zu viel Kinder in die falsche Schule gehen, und verbieten kann man es ihnen nicht. Wie tut man jetzt? Man kommt nicht drauf, dass im Grunde die Lösung ziemlich einfach wäre. Um die muttersprachliche Schule zu retten, braucht es ein zusätzliches Bildungsangebot in zwei Sprachen. Die Lösung ist ziemlich einfach und die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Wenn Menschen wollen, dass ihre Kinder zweisprachig

aufwachsen und diesen Menschen dieses Angebot geboten wird, dann werden sie die Kinder dorthin schicken und jene Menschen, denen der Wert der eigenen Sprache das Hauptanliegen ist, können die andere Sprache lernen. Die Bedürfnisse der Eltern scheinen eigentlich keine Rolle mehr zu spielen, sondern die Ideologie hat eine sachliche Auseinandersetzung mit einem Thema, das interessant ist und, wirklich symptomatisch für die Zukunftsentwicklung, offensichtlich die Köpfe blockiert.

Frau Landesrätin! Herr Landeshauptmann! Koalitionspartner! Immer wieder ist von der Autonomie der Südtiroler Schulen die Rede. Letzthin ist auch der sogenannte Evaluationsbeirat oder Bewertungsbeirat eingesetzt worden. Ich empfinde es nach wie vor, Frau Landesrätin Gnecci, Frau Landesrätin Kasslatte Mur, einfach schade, dass wir in einer neu geschaffenen Institution drei Beiräte eingesetzt haben. Der deutsche Beirat bewertet die deutsche Schule, der italienische Beirat bewertet die italienische Schule und der ladinische Beirat bewertet die ladinische Schule, untereinander vergleichen wir aber die Schulen nicht und untereinander lernen wir nicht voneinander. Wir könnten sehr viel vom ladinischen Schulsystem lernen. Vielleicht könnte die deutsche von der italienischen Schule allherhand übernehmen und umgekehrt, das wollen wir aber nicht. Wir bleiben in unseren Ghettos, vergleichen uns nicht und haben deshalb auch keine klaren Grundlagen der politischen Entscheidung für die Zukunft. Also, da werde ich - Frau Landesrätin Gnecci weiß, dass ich das schon seit fünf Jahren immer wieder vorbringe - weiterhin den Finger drauflegen, weil ich glaube, dass man der Südtiroler Schule nichts Gutes tut, wenn man nicht wirklich die Konkurrenzfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Schulen untereinander vergleicht. Das, was Südtirols Bildung braucht, wäre ein organisches Konzept. Ich habe es bereits erwähnt. Es bräuchte ein Konzept vom Kindergarten bis ins hohe Erwachsenenalter, Erwachsenenbildung miteingeschlossen, ein differenziertes Bildungsangebot je nach Bedürfnissen, motivierte Lehrer, die man allerdings nur dann motiviert halten kann, wenn man ihnen nicht dauernd politisch ins Handwerk pfuscht und ihnen in jedem Augenblick politisch sagt, wo es langzugehen hat, indem man solche konfuse Ideen wie sie Parteiobmann Brugger geäußert hat, in die Welt setzt, nämlich dass man Zugangsbestimmungen für die deutsche Schule oder Kriterien, was die deutsche Schule ist, einführen will. Damit tut man niemandem etwas Gutes.

Es bräuchte einen einheitlichen Bewertungsbeirat mit großer wissenschaftlicher Unterstützung, eine Vernetzung all jener Projekte, die in Südtirol mit großem Engagement von Seiten der Lehrer laufen, die aber niemand sammelt, vergleicht, ausarbeitet und auf eine neue Ebene hebt, indem er sie auch den anderen weitergibt usw. Vor allem braucht es Freiheit, klare politische Richtlinien, was sein soll, was ein Südtiroler nach 18 oder 20 Jahren Schule beherrschen soll. Dann braucht es Freiheit in der didaktischen und in der pädagogischen Umsetzung und, Herr Landeshauptmann, last but not least, genügend Personal. Ohne Personal werden sie auch in der Schule nichts erreichen, und hier klemmen Sie. Einerseits putzt das Kindergartenpersonal - teures Personal macht also Putzarbeit - andererseits klemmen Sie bei der Neueinstellung von

notwendigen Lehrern. Auch das, denke ich, ist in Ihren Entscheidungen oft nicht ausgewogen.

Was ich nicht akzeptieren kann, ist der Vorschlag oder die Verpflichtung, wie sie aus dem Koalitionspapier hervorgeht. Was die öffentlichen Wettbewerbe anbelangt, Folgendes. Ich muss es vorlesen, damit die Leute wissen, wie es formuliert ist. Es geht um die öffentlichen Stellen. Zur Erreichung der Zweisprachigkeit will man, nehme ich an, Wettbewerbe einführen, in denen ein Teil der schriftlichen Prüfung auch in der bei der Sprachgruppenerklärung abgegebenen Sprache abgelegt wird. Ich denke, hier liegt ein Missverständnis vor. In der Sprachgruppenerklärung gebe ich keine Sprache an, sondern ich gebe an, welcher Sprachgruppe ich mich zugehörig fühle oder welcher ich mich angliedere, wenn ich mich keiner zugehörig fühle, aber ich gebe keine Sprache an. Wenn ich ein Holländer bin, dann kann ich mich der deutschen Sprache angliedern. Die holländische Sprache spielt aber in dieser Frage keine Rolle. Es ist schon einmal falsch formuliert. Das wollte ich nur sagen. Im Übrigen empfinde ich aber diese Art, wie man hier verfahren will, nämlich bei öffentlichen Wettbewerben einen Teil der Prüfung in der Sprache jener Sprachgruppe zu verlangen, der man sich in der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung angegliedert erklärt hat, ganz einfach als ethnische Schnüffelei. Das hat nichts damit zu tun, dass die Südtiroler Verwaltung in Zukunft zweisprachig sein soll. Wenn ich echt will, dass die Südtiroler Verwaltung ...

Sind neue Koalitionsverhandlungen gerade im Gange, Herr Baumgartner? Tu puoi parlare con Baumgartner finchè vuoi. Se permetti, vorrei parlare con il Presidente, perché è lui che dovrebbe ascoltare una volta in cinque anni. Poi può parlare sempre, grazie!

Wer eine zweisprachige Verwaltung in Südtirol möchte - wir sind die ersten, die das möchten, weil es uns darauf ankommt, dass die Sprache beherrscht wird, dass man mit den Bürgern dieses Landes reden kann, und nicht, dass die Blutgruppe der Inhaber der Stammrollen untersucht wird - braucht nur zweisprachige Wettbewerbe vorschreiben. Das wäre der richtige Weg, nämlich zweisprachige Wettbewerbe und zwar in der zweiten Sprache nur bezogen auf das Arbeitsfeld, das jemand dann ausüben muss. Es darf also nicht ein literarischer Wettbewerb o.ä. sein. Im Koalitionsabkommen wäre hineinzuschreiben, dass jemand einen Teil in der Sprache der Sprachgruppe, zu der er sich zugehörig erklärt hat, ablegen muss. Es ist ethnische Schnüffelei, ist im Grunde nichts anderes als hinterher zu überprüfen, ob jemand bei der Erklärung wohl die Wahrheit gesagt hat. Das kann doch nie und nimmer die Absicht der Landesregierung sein! Ich ersuche die Koalitionspartner und die Volkspartei darüber nachzudenken, ob man dieses Instrument Zweitsprache eigentlich nicht so benützen sollte, dass es für alle eine Chance ist und dass jeder es sich erwerben kann, wenn er nur will und die Motivation dazu hat, und es nicht an eine Abstammung gebunden wird, die man hat oder nicht hat, die man aber nicht überwinden kann. Da ist eigentlich das Problem.

Ich möchte zuallerletzt auch etwas zum Thema Luft und Lärm und zum Verkehr sagen. Zum Sozialen, denke ich, wird noch Kollege Kusstatscher ausführlich Stellung nehmen. Ich kann es mir aber nicht versagen und verbeißen, etwas zum Thema Luft zu sagen, dem Sie, Herr Landeshauptmann, zehn Zeilen widmen. Der Sicherheit widmen Sie eineinhalb Seiten. Nachdem gestern die Städte Bozen und Meran gesperrt wurden, nachdem die Ärzte im Eisacktal Alarm geschlagen haben, weil die Asthmakrankheiten ansteigen, und nachdem die Ärzte im Burggrafenamt Alarm geschlagen haben, sagen Sie: *"Wir werden uns in diesem Bereich noch mehr bemühen"*. Sehr viele Bemühungen konnte ich in den letzten zehn Jahren eigentlich nicht feststellen. Ich erinnere nur daran, dass im Jahre 1995 im LEROP, den sie jetzt reformieren wollen, drinnen stand, dass ein Fachplan für Luft und Lärm zu erlassen sei. Ich habe nachgeschaut. Alle anderen Fachpläne, wo es darum ging, die Bauleitpläne von Amts wegen abzuändern, weil große wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen - siehe Sportstättenplan, siehe Skipistenplan - sind sehr wohl verabschiedet worden. Vom Luftplan gibt es die einzige Spur, dass es im Jahre 2000 ein Gesetz gegeben hat, und dann hat es wieder drei Jahre gebraucht, bis eine Durchführungsverordnung erlassen worden ist. In dieser Durchführungsverordnung vom Jahre 2003 steht drinnen, dass wir einen Luftplan brauchen. Im Jahre 2003 sind wir wieder dort angelangt, wo wir im Jahre 1995 gewesen sind. Dann sagen Sie, wir brauchen noch größere Anstrengungen! Sehr wohl brauchen wir endlich einmal irgendetwas gegen die Luftverbesserung im Lande. Was den Lärm anbelangt, ist die Situation noch katastrophaler. Standhaft hat man sich fünf Jahre lang immer geweigert, meinen Anträgen zuzustimmen ein 25 Jahre altes Lärmschutzgesetz endlich zu novellieren. Es wird doch jeder Mensch zugeben, dass sich in den letzten 25 Jahren irgendetwas verändert hat. Die Welt ist lauter geworden, kommt mir vor, und die Wissenschaft weiß inzwischen auch, dass der Lärm Krankheiten hervorruft. Wir haben ein Gesetz, das 25 Jahre alt ist, und dann sagen Sie, man wolle sich noch mehr anstrengen.

Energie. Herr Landeshauptmann! Offensichtlich waren Sie im Sommer viel in Pfalzen und haben nicht geschwitzt. Andere Menschen haben heuer im Sommer geschwitzt und auch die Renitentesten haben gesagt: *"Womöglich haben die Grünen recht, es gibt eine Klimaveränderung"*. Ihnen ist das noch nicht untergekommen, denn sonst hätten Sie sich vielleicht einmal überlegt, dass man das Thema Energie irgendwie anders hätte abhandeln können als Sie es in Ihrer Regierungserklärung getan haben. Es sollte zumindest so sein, dass internationale Vereinbarungen wie das Kyoto-Protokoll, das von Italien, das nicht der Vorreiter in Umweltsachen ist, unterzeichnet worden ist, zum Beispiel bei Verkehrsplänen einzuhalten sind. Also, hier sehe ich einfach überhaupt keine Sensibilität. Wenn Sie dann sagen, Herr Landeshauptmann – Herr Widmann, einen Augenblick noch, dann bin ich fertig –, dass es Ihnen ein Herzensanliegen ist, mit den lokalen Körperschaften der Stromerzeuger zusammenzuarbeiten, dann bin ich über diesen Sinneswandel echt gerührt. Es ist Ihnen ein Herzensanliegen, bei der Stromerzeugung mit Graun, mit den Etschwerken zusammenzuar-

beiten. Habe ich in den letzten fünf Jahren irgendetwas falsch verstanden, als Sie nichts anderes getan haben als versucht haben, die lokalen Körperschaften an die Wand zu drängen und aufzufressen? Das war das Bemühen der SEL bzw. des Landes. Jetzt sagen Sie, es sei Ihnen ein Herzensanliegen. Ich freue mich, dass mein Herzensanliegen auch Ihres wird und dass man vielleicht die lokalen Körperschaften doch noch irgendwann einmal an einen Tisch bringt.

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): *(unterbricht)*

KURY (GAF-GVA): Das weiß ich nicht genau. Ihren Zwischenruf kann ich nicht so genau beurteilen. Herr Landeshauptmann! Vielleicht kommen wir in den nächsten fünf Jahren trotzdem Ihrem Herzensanliegen nach und setzen die lokalen Körperschaften an einen Tisch, ohne dass die SEL sie aufzufressen, sie zu dominieren, sie an die Wand zu drücken versucht. Dann – das war nämlich unser Vorschlag vor fünf Jahren, als die Diskussion virulent war – ist alles an all Ihren schönen Artikeln im Finanzgesetz - nicht ihren, sondern von Landesrat Laimer vorgetragene(n) Artikeln im Finanzgesetz - gescheitert, wo sie nichts anderes im Sinne gehabt haben als den Etschwerken das Wasser abzugraben.

Fazit: In der Regierungserklärung gibt es einige schöne Sätze vor allem in den Titeln, dann im Konkreten einige Sätze, die eher besorgniserregend sind. Wenn im Koalitionsprogramm von Ihnen dauernd darauf verwiesen wird, dass die Sozialpolitik nicht mehr ausschließlich von der öffentlichen Hand gemacht werden kann und dass die gesamte Finanzierung der Behinderten neu konzipiert werden muss, dann fürchte ich mich, wenn ich sehe, was bei der Wirtschaft drinnen steht, nämlich Steuererleichterung, wirtschaftliche Anreize usw. Ich sehe hier auch wieder eine Diskrepanz. Fazit also: In der Regierungserklärung steht sehr viel Schönes, allerdings nichts Konkretes und ich fürchte, dass man sich in Zukunft nur wieder das herauspickt, was der Machterhaltung und nicht so sehr der Zukunft von Südtirol dient.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

GIORGIO HOLZMANN

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Siamo arrivati al termine della seduta. Comunico che la discussione sulle dichiarazioni programmatiche del Presidente della Provincia designato Durnwalder proseguirà domani. Informo i consiglieri che tra dieci minuti ci raggiungerà il Vescovo per qualche pensiero in occasione del Natale. Prego i presenti a trattenersi. La seduta è chiusa.

ORE 18.00 UHR

SEDUTA 3. SITZUNG

16.12.2003

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri:

Heiss (34)
Klotz (3,4)
Kury (67)
Leitner (55)
Minniti (24)
Pöder (39)
Seppi (13)